

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren



Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren

Gesprächskreis Geschichte

Heft 97

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke und Meik Woyke
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: Eva.Vary@fes.de
<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

© 2013 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen
Medien ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers nicht gestattet.

Redaktion:
Johannes Platz, Tommy Stöckel, Christian Testorf, Eva Váry

Gestaltung und Satz:
PAPYRUS – Schreib- und Lektoratsservice, Buxtehude

Umschlag:
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung:
Katja Ulanowski

Druck:
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86498-410-5
ISSN 0941-6862

Inhalt

Vorwort	5
----------------------	---

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren	7
---	---

I. Einleitung	7
II. Die SPD und die katholische Kirche	12
III. Die katholische Kirche und der Sommer 1980	13
IV. Der neue Primas – Józef Glemp und die Destabilisierung Polens ..	19
V. Der Kriegszustand	21
VI. Katholische Kirche als Gesprächspartnerin und Sprecherin der Polen	22
VII. Das Verhältnis der SPD zur katholischen Kirche in Polen nach 1982	31
VIII. Fazit und Ausblick	40

Anhang	43
---------------------	----

1. Mitteilung über die Sitzung des Hauptrats des Polnischen Episkopats, August 1980	43
2. Mitteilung über die Sitzung des Hauptrats des Polnischen Episkopats, Dezember 1981	46
3. Wojciech Jaruzelski an Erzbischof Józef Glemp, Primas von Polen, Februar 1982	49
4. Mitteilung über die Plenumskonferenz des Polnischen Episkopats, Februar 1982	54
5. Hirtenbrief der polnischen Bischöfe, Januar 1982	58
6. General der Armee Wojciech Jaruzelski an Papst Johannes Paul II., Mai 1982	62

7. Joseph Kardinal Höffner an den Bundeskanzler Helmut Schmidt, Juli 1982	67
8. Zur Lage in Polen, Überlegungen des polnischen Episkopats, Juli 1982	68
9. Thesen des Gesellschaftlichen Rates beim Primas zur Frage einer gesellschaftlichen Verständigung in Polen, April 1982	73
10. Zur Lage in Polen nach dem Papst-Besuch, Juni 1983	84
11. Information bezüglich mancher Wahrnehmungen zum Verlauf des Papstbesuchs in Polen, Juni 1983	89
12. Zur Lage der katholischen Kirche in Polen, Februar 1984	94
13. Gespräch Willy Brandts mit dem Primas von Polen, Kardinal Józef Glemp, Warschau, Dezember 1985	102
14. Die wichtigsten politisch-kirchlichen Aspekte der Tätigkeit von Kardinal Józef Glemp, Dezember 1985	106
15. Mitteilung der 235. Plenumskonferenz des Polnischen Episkopats, Juni 1989	117
Quellenverzeichnis	119
Literaturverzeichnis	120
Zu der Autorin	123

Vorwort

Die politische Zusammenarbeit zwischen SPD und polnischer katholischer Kirche war keine Selbstverständlichkeit, die sich aus der Natur der Sache ergab, vielmehr schien sie, wie Małgorzata Świder aufweist, einer Vernunftfeie zu gleichen, die aber auf einer soliden Basis geteilter Grundüberzeugungen stand.

Während die SPD seit der Kanzlerschaft Willy Brandts und infolge des Warschauer Vertrags von 1970 tragfähige Beziehungen zur polnischen Regierung aufbaute, zeigte sich spätestens in der polnischen Systemkrise in den Jahren 1980/81, dass Beziehungen auch zur polnischen Opposition zwingend erforderlich waren. Die polnisch-katholische Kirche bot sich innerstaatlich wie auswärtigen Beobachterinnen und Beobachtern als Mittlerin an, die die Krise angesichts des im Dezember 1981 ausgerufenen Kriegszustands zu entschärfen half und dennoch entscheidende Schritte zur Transformation der osteuropäischen Staatenwelt einleitete.

Die Verständigung fiel den Akteuren, wie Małgorzata Świder in ihrem Beitrag aufzeigt, nicht schwer, weil Sozialdemokraten und die polnischen Katholiken die Veränderung der polnischen innenpolitischen Verhältnisse anstrebten, aber keinem Aufstand das Wort redeten. Hierbei ergaben sich Synchronisierungseffekte zwischen der sozialdemokratischen und polnisch-katholischen Interpretation der Lage, insofern die entscheidenden Akteure Deutungsansätze teilten. Auf der einen Seite einte die Akteure die Einsicht in eine grundlegende Reformbedürftigkeit der staatssozialistischen Länder Osteuropas, andererseits trachteten sie eine Verschärfung der Lage, insbesondere nach Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981, unbedingt zu vermeiden.

Die führenden Akteure Bundeskanzler Helmut Schmidt, der Parteivorsitzende Willy Brandt und der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner konnten sich auf die Expertise der katholischen Kirche stützen, weil diese in den sozialdemokratischen Politikern wichtige Ansprechpartner sahen, die sie in den Unionsparteien wegen ihrer Haltung in der Frage der deutschen Ostgrenze mitunter vermissen. Hier zeigten sich Früchte der von Willy Brandt und Egon Bahr eingeleiteten

Neuen Ostpolitik. Von Bedeutung für die Positionierung der Bundesregierung und der SPD waren auch die Kontakte des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der DGB-Einzelgewerkschaften zur polnischen Oppositionsgewerkschaft Solidarność. Die deutschen Einheitsgewerkschaften als Träger einer breiten Solidarbewegung in der Bundesrepublik gaben den sozialdemokratischen Politikern bedeutende Anregungen für ihre außenpolitische Positionierung.

Die tragfähigen Kontakte, die die SPD und die polnische katholische Kirche aufgebaut hatten, blieben auch nach dem Wechsel der SPD in die Opposition erhalten und trugen zur Positionierung der deutschen Politiker bei.

Dr. Johannes Platz

Referent für Gewerkschaftsgeschichte und Geschichte der Arbeitsbeziehungen
Archiv der sozialen Demokratie

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren

I. Einleitung

Als im August 1980 Bilder von den Arbeiteraufständen an der polnischen Ostseeküste um die Welt gingen, konnte die Welt Tausende Arbeiter sehen, die unter Kreuzen beteten und Geistliche, die die heilige Kommunion spendeten. Gesellschaftlicher Protest, die Forderung nach Reformen und Veränderungen verbanden sich mit einem ostentativen und für außenstehende ausländische Beobachter oft unverständlichen Respekt für religiöse Symbole. Dabei wurde deutlich, dass die Kirche in Polen eine andere, nicht nur religiöse Rolle spielte. Darüber schrieb Jerzy Holzer: „Ein Jahr später [1980, MŚ] als es zu einer Welle von Streiks und zur Gründung der Solidarność kam, waren religiöse Akzente neben den sozialen und nationalen in den Aktionen der Opposition kaum zu übersehen. In den Industriebetrieben wurden Messen abgehalten, in den Büros der Solidarność hingen Kruzifixe an den Wänden. Unter den Beratern der Gewerkschaft fanden sich Mitglieder des Klubs der Katholischen Intelligenz¹ sowie Laien, die enge Verbindungen zu kirchlichen beziehungsweise geistlichen Institutionen unterhielten. Solidarność arbeitete mit Seelsorgern in den großen Industriebetrieben.“²

Für die polnische Bevölkerung war die Teilhabe Geistlicher am gesellschaftlichen Leben, insbesondere im Angesicht von oppositionellen Handlungen, we-

1 Klub der Katholischen Intelligenz (KIK – Kluby Inteligencji Katolickiej) ist ein Netzwerk von Verbänden, die die Treffpunkte von gläubigen katholischen Laien Polens bilden. Die ersten Klubs entstanden während der politischen Tauwetterperiode nach dem Umbruch vom 21. Oktober 1956, als der Parteisekretär Władysław Gomułka eine Verständigung mit der gemäßigten Opposition suchte. 1957–1976 bildeten die Vertreter der Klubs eine legale katholische Opposition im polnischen Parlament (Sejm). In den 1970er Jahren begannen viele KIK-Mitglieder das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter zu unterstützen. Nach den Streiks des Sommers 1980 waren KIK-Mitglieder als Berater der streikenden Arbeiter und der Solidarność-Gewerkschaft tätig. Auch der erste Premierminister des demokratischen Polens, Tadeusz Mazowiecki, kam aus den Reihen der KIK-Mitglieder.

2 Jerzy Holzer, Polen und Europa. Land, Geschichte, Identität, Bonn 2007, S. 140.

der etwas Unverständliches noch etwas Neues. Oftmals ist die Kirche in Polen Rückhalt und Mittelpunkt des nationalen und patriotischen Lebens gewesen. Insbesondere in schweren Zeiten bemühte sie sich, das nationale Bewusstsein zu pflegen und strebte nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit. So war es im 19. Jahrhundert, als Polen von der politischen Landkarte Europas verschwand, und so war es während des Zweiten Weltkriegs. Diese Aktivität spiegelte sich in den Zahlen der dabei ums Leben gekommenen Geistlichen wider.³ Es wunderte also nicht, dass sich die Polen im Angesicht der politischen Veränderungen auf die Kirche und die Geistlichen beriefen. Im Jahr 1946 schrieb Stefan Kisielewski über die Kirche und ihre Rolle in Zeiten des Umbruchs: „Um die Kirche, die ewige Institution, die auf ewige Ziele eingestellt und doch real und nahe ist, scharen sich die Massen und die Völker besonders in Zeiten großer Erschütterungen und Veränderungen, in Zeiten, da Traditionen zusammenbrechen und das Extreme dieser Veränderungen das Leben des Volkes bedroht, da die Zukunft finster und gefährlich scheint – denn die Kirche ist eine Verbindungsbrücke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft; sie erwächst aus der Tradition und hütet sie, aber sie fürchtet sich auch nicht, der Zukunft entgegenzugehen.“⁴

Die Hinwendung zur Kirche und die Anerkennung ihrer Autorität resultierten sowohl aus der Mentalität und dem Charakter der Polen als auch aus der Besonderheit der polnischen Kirche. So bemerkte Kisielewski dazu, dass „Polen [...] katholisch [ist]. Nicht nur seinem Glauben und seiner Tradition nach. Der Pole ist ein Katholik aus Temperament, aus Überzeugung und, was das Wichtigste ist, aus der Art seiner Weltanschauung. Der Katholizismus hat sich mit dem Begriff Europa vereinigt; er hat die Kultur, die Kunst und das Leben Europas umgepflügt; er vereinigt die scheinbaren Widersprüche und Antinomien zu einer harmonischen und vollendeten Ordnung, die sowohl unseren Bedarf an Glauben und Gefühl als auch den Hang zu konkreter und rationaler Konstruktion befriedigt.“⁵ Der besonderen Rolle der Kirche im gesellschaftlichen Leben waren

3 Mehr zu diesem Thema: *Wojciech Materski* (Hrsg.), *Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami* [Polen 1939–1945. Personenverluste und Opfer der Repression unter zwei Besatzungen], Warschau 2009. In den Jahren 1939–1945 kamen etwa 28 % der katholischen Geistlichen durch die Nationalsozialisten ums Leben.

4 *Stefan Kisielewski*, *An dieser Stelle Europas. Ein Pole über Ost und West – und andere Fragen von heute*, München 1964, S. 28.

5 Ebd., S. 27.

sich auch die Kommunisten bewusst. Im Jahr 1947 wurde im Politbüro des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei an einem Memorandum gearbeitet, in dem die Bedeutung der Kirche herausgestellt wurde. Damals sahen die Kommunisten sie als „materiell bremsende Kraft“ an. In diesem Memorandum fand sich auch der vielsagende Satz: „Die Kirche also als Organisation ist im Bewusstsein der Massen – vor allem der humanistischen Intelligenz – eine Bastion der Tradition und polnischen Kultur, die vollste Ausdruckskraft des Polentums.“⁶ Der Effekt dieser Einsicht war, dass die neue Staatsmacht versuchte, die unabhängigen Kirchenstrukturen zur Unterordnung zu zwingen beziehungsweise zu zerstören. Ein langjähriger Kampf gegen die Kirche und ihre Hierarchie begann.⁷ Zur Konfrontation auf der Linie kommunistische Machthaber gegen katholische Kirche kam es allerdings nicht sofort nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs und der Etablierung der neuen Regierung. Zunächst schien es, dass die Kirche zumindest teilweise ihre Position beibehielt. Von 1945 bis 1948 herrschte eine Übergangszeit. Gläubige und Geistliche hatten die Hoffnung, dass die eintretenden politischen Veränderungen nur vorübergehend seien. Diesen Glauben teilte auch der damalige Primas von Polen, Kardinal August Hlond (1881–1948).⁸

Viele erwarteten eine baldige Beendigung der Stationierung der Sowjetarmee in Polen beziehungsweise keine dauerhaften politischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Diese Überzeugung wurde anfangs durch Maßnahmen der neuen Machthaber gegenüber der Kirche genährt: Wiederherstellung der kirchlichen Strukturen und Institutionen, Teilhabe der Geistlichen und katholischen Gläubigen am öffentlichen Leben, hauptsächlich in den Schulen, aber auch öffentlicher Ausdruck des religiösen Lebens.

6 Zit. nach: *Jacek W. Wołoszyn*, „Walczyć o dusze młodzieży“. Zmagania Związku Młodzieży Polskiej z Kościołem katolickim na Lubelszczyźnie 1948–1957 [„Um die Seelen der Jugend kämpfen“. Der Kampf des Bunds der Polnischen Jugend gegen die katholische Kirche im Lubliner Land 1948–1957], Lublin 2009, S. 8.

7 Mehr zu diesem Thema siehe bei *Antoni Dudek/Ryszard Gryz*, *Komuniści i Kościół w Polsce 1945–1989* [Die Kommunisten und die Kirche in Polen 1945–1989], Krakau 2003; *Henryk Dominiczak*, *Organy bezpieczeństwa PRL w walce z Kościołem katolickim 1944–1990* [Die Sicherheitsorgane der Volksrepublik im Kampf gegen die katholische Kirche 1944–1990], Warschau 2000; *Jan Żaryn*, *Kościół a władza w Polsce* [Kirche und Macht in Polen], Warschau 1997.

8 *Jacek Żurek*, *Ruch „księży patriotów“ w województwie katowickim w latach 1949–1956* [Bewegung der „patriotischen Priester“ in der Wojewodschaft Kattowitz in den Jahren 1949–1956], Warschau/Kattowitz 2009, S. 39.

Im August 1944 nahm die während des Kriegs geschlossene Katholische Universität Lublin ihren Betrieb wieder auf, Religionsunterricht wurde wieder in den Schulen erteilt, auch die Strukturen der Caritas stellte man wieder her. Die neue Regierung erlaubte die Herausgabe katholischer Zeitschriften wie auch die Wiederherstellung einer Christlich-Konservativen Partei (*Stronnictwo Pracy*). Die Teilhabe der Kirche und der katholischen Gläubigen am öffentlichen Leben schien von den damaligen Machthabern gewünscht, insbesondere in den neuen Gebieten, die 1945 an Polen angegliedert wurden. Die spektakuläre Beteiligung bekannter Geistlicher oder auch von mit der Kirche verbundenen Laien auf verschiedenen Ebenen wurde publik gemacht und von den Machthabern für Propagandazwecke genutzt. Doch selbst Maßnahmen dieser Art konnten die sich verändernde Situation nicht überdecken. Im Jahr 1948 kam es zu den ersten öffentlichen und sehr aggressiven Angriffen auf die Kirche.⁹ Das war nicht nur mit der Innenpolitik verbunden, sprich mit der Fälschung der Wahlen zum Gesetzgebenden Sejm im Januar 1947, der Vereinigung der Arbeiterbewegung (gemeint ist die Entstehung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aus der Verbindung der Polnischen Sozialistischen Partei und der Polnischen Arbeiterpartei), der Abrechnung mit der politischen Opposition, sondern auch mit den sich deutlich verschlechternden Ost-West-Beziehungen. Zu erinnern sei hierbei an die Spannungen auf der Außenministerkonferenz im April 1947 in Moskau, die Ablehnung des Marshall-Plans durch die sogenannten Staaten der Volkdemokratie, dem politischen Umbruch in der Tschechoslowakei und die Spannungen in der russischen Besatzungszone.

Dazu kam der Wechsel des Primas von Polen. Nach dem Tode von Kardinal Hlond 1948 folgte ihm Erzbischof Stefan Wyszyński (1901–1981). Zwischenzeitlich verstärkten sich die Repressionen gegenüber der Kirche. Im März 1949 richtete der Minister für Öffentliche Verwaltung eine offizielle Regierungserklärung an die Kirchenleitung, in der unter anderem davon die Rede war, dass im Schoße der Kirche Gruppen bestehen würden, die Staatsfeinde, Verbrecher beziehungsweise Spione seien. Die Apostolische Hauptstadt wurde als eine „Agentur des Imperialismus“ angesehen, mit der die Bischöfe und der Primas in Kontakt stehen würden. Die Presse startete gemäß den Anweisungen der Regierung eine

9 Ebd. S. 41–50.

Hetzkampagne. Sie warf dem Klerus ein Bündnis mit der „internationalen Reaktion“ vor und forderte von ihr eine „patriotische Haltung“.¹⁰ Im Januar 1950 wurde die Caritas aufgelöst. Des Weiteren überführten die kommunistischen Machthaber kirchliche Güter in einen staatlichen Kirchenfonds. Finanzielle Förderung und Unterstützung erhielten nur regierungstreue Priester. Es wurde begonnen, die Strukturen der Bewegung der „Patriotischen Priester“ auszubauen, eine den sozialistischen Machthabern gegenüber loyale Gruppe von Geistlichen. Die Bezeichnung „Patriotische Priester“, die typisch für die stalinistische Propaganda war, ist dauerhaft in die polnische Sprache eingegangen. Der Begriff wurde von den meisten Geistlichen und Gläubigen angenommen und in der allgemeinen Wahrnehmung hatte er einen zynischen sowie höhnischen Beigeschmack. Auf diese Weise wurden „ihre“ Kapläne von den Machthabern ausgezeichnet, im Gegensatz zu den übrigen Geistlichen, denen ein geringerer Patriotismus attestiert und unterstellt wurde. Zudem würden sie sich „dem Vatikan, dem kapitalistischen und amerikanischen Imperialismus sowie dem westdeutschen Revisionismus“ andienen.¹¹ Die „Patriotischen Priester“ waren also engagiert für den Aufbau der „sozialistischen Heimat“, indem sie den Marxismus mit dem Christentum unter Nichteinhaltung der vatikanischen Verbote – dieser untersagte 1949 den Katholiken unter Androhung der Exkommunikation die Zugehörigkeit in und die Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien – vereinbarten. Sie waren eine Alternative gegenüber der ungehorsamen kirchlichen Hierarchie.¹²

Die politische Drangsalierung der katholischen Kirche in Polen kulminierte in den frühen 1950er Jahren, als am 25. September 1953 der Primas von den kommunistischen Machthabern gefangen genommen wurde. Nach seiner Entlassung am 26. Oktober 1956 warnte er in den 1960er und 1970er Jahren seine Priester vielfach davor, sich unmittelbar in politischer Arbeit weder für die Kommunisten noch für den bewaffneten und politischen Untergrund zu engagieren. Er verurteilte ebenfalls die 1950 entstandene Bewegung der „Patriotischen

10 Zit. nach ebd., S. 49.

11 Ebd.

12 Mehr zu diesem Thema: *Krzysztof Stachewicz*, *Dzieje ruchu „księży patriotów“ w Polsce Ludowej* [Die Geschichte der Bewegung der „patriotischen Priester“ in der Volksrepublik Polen], in: *Ethos* 37, 1997, S. 219–231; *Antoni Dudek*, *Sutanny w służbie Peerelu* [Soutanen im Dienste der VR], in: *Karta* 25, 1998, S. 110–114.

Priester“.¹³ In den 1970er Jahren trat der Primas mit dem Episkopat dafür ein, die Menschenrechte zu respektieren und die Bürger vor Repressionen und Schikanen zu schützen. Anfang der 1980er Jahre unterstützten sowohl die Hierarchie, ein großer Teil der Laien- und Ordensgeistlichen als auch katholische Laien die Schaffung der Struktur der *Solidarność*.¹⁴

In dieser schwierigen Zeit waren insbesondere westliche Beobachter gezwungen, sich zu entscheiden, ob sie einen politischen Dialog mit allen an den damaligen Ereignissen Beteiligten aufnehmen oder ihn unterlassen sollten. Es ging nicht nur um die Regierungsseite oder die *Solidarność*-Vertreter, sondern auch um die Kirche als dritten Partner bei den Ereignissen der 1980er Jahre.

In diesem Kontext untersucht diese Publikation die Beziehungen der SPD zur katholischen Kirche in den 1980er Jahren sowie ihrer Rolle in Polen. Grundlegende Frage ist dabei, ob die westdeutschen Sozialdemokraten Kontakte zur Kirche in Polen gehalten haben, wie sahen diese Kontakte aus und wer hat sie gepflegt? Wurde ihre Rolle bei den Veränderungen geschätzt und verstanden? Berücksichtigte die SPD auch Informationen, die von der kirchlichen Seite übermittelt wurden? Dieser Text enthält den Versuch einer Antwort auf die oben gestellten Fragen. Dazu wurden vorab Archivmaterialien sozialdemokratischer Provenienz, Presseberichterstattung, Erinnerungen von Politikern, Monografien und polnischsprachige Darstellungen sowie polnische Archivalien analysiert.

II. Die SPD und die katholische Kirche

Die Beziehungen zwischen der SPD und der katholischen Kirche in Polen lassen sich als Vernunfthehe umschreiben. Trotz des ideologischen Ballasts der Vergangenheit¹⁵ arrangierte man sich angesichts der in Polen nach 1945 entstandenen

13 Jan Żaryn, *Kościół katolicki a „Solidarność“ w latach 1980–1981* [Die katholische Kirche und die „Solidarność“ in den Jahren 1980–1981], in: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej* 118–119, 2010, S. 151–154, hier S. 152.

14 Ebd.

15 August Bebel hielt 1874 Christentum und Sozialismus für einander entgegengesetzte und unvereinbare Phänomene, vergleichbar mit Feuer und Wasser. Auch die Kirche sah keine Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit den Sozialisten. Der Effekt davon war die Verteufelung des Sozialismus in den päpstlichen Enzykliken, etwa in „*Syllabus errorum*“ von 1864, „*Quod Apostolici muneris*“ von 1878 und „*Humanum genus*“ von 1884.

politischen Situation sowie aufgrund der Rolle, die die Kirche in Polen gespielt hat, und es kam zu wichtigen bilateralen Kontakten. Für den Wandel der Beziehungen hatte der Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe¹⁶ sowie die neue Ostpolitik der SPD eine große Bedeutung.¹⁷ Die skizzierte Zweckgemeinschaft (Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen) hat die bilateralen Kontakte wesentlich erleichtert, obwohl sie nicht vollständig dazu beitragen konnte, die gegenseitigen Vorbehalte, Ängste und Stereotype zu überwinden. Zu den ersten direkten Kontakten von führenden SPD-Funktionären mit polnischen Kirchenoberhäuptern kam es 1977 beim Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Polen. Schmidt äußerte den Wunsch, sich mit dem damaligen Bischof von Krakau, Kardinal Karol Wojtyła, zu treffen, über den er viel Positives gehört hatte. Das Treffen kam jedoch nicht zustande, denn der Kardinal erklärte, dass es nicht von Warschau akzeptiert werden würde.¹⁸ Schmidt selbst war sich nicht schlüssig, ob entweder die Parteibeamten oder die Kirchenverwaltung für die Verhinderung des Treffens verantwortlich waren.¹⁹

III. Die katholische Kirche und der Sommer 1980

Zum Durchbruch in den Beziehungen zwischen SPD und der katholischen Kirche in Polen kam es nach den Ereignissen im August 1980, als die Kirche begann, eine konsolidierende und stabilisierende Rolle für die Lage in Polen zu überneh-

16 Es gab auch eine interessante Initiative der protestantischen Kirchen in Deutschland im Oktober 1965. Mehr darüber aus polnischer Sicht: *Bernd Krebs/Andrzej Wojtowicz*, Kościoły zakładnikami czasów. Kościoły protestanckie Niemiec i Polski w XX wieku. Z prac Komisji Historii Kościoła PRE i EKD 1989–1999 [Kirchen als Zeitgeiseln. Protestantischen Kirchen in Deutschland und Polen im XX Jh. Arbeiten der Historischen Kommission PRE und EKD 1989–1999], Warschau 2003, S. 259–284.

17 *Robert Żurek*, Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe von 1965, in: *Friedhelm Boll/Wojciech Wysocki/Klaus Ziemer* (Hrsg.), Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009, S. 67–76; *Tadeusz Krawczak*, Der Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe in den Augen der Partei und des Sicherheitsdienstes, in: ebd., S. 164–172; *Friedhelm Boll* (Hrsg.), „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. 40 Jahre Deutsch-polnische Verständigung, Bonn 2006; *Piotr Madajczyk*, Na drodze do pojednania. Wokół orędzia biskupów polskich do biskupów niemieckich w 1965 r. [Auf dem Weg zur Versöhnung. Über den Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe 1965], Warschau 1994.

18 *Helmut Schmidt*, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990, S. 492.

19 Ebd., S. 493.

men.²⁰ Diese Tatsache wurde in Westdeutschland registriert.²¹ So bezeichneten Kommentare von Presseagenturen und Journalisten die Kirche als wichtigen Faktor in der politischen Entwicklung Polens und charakterisierten dies als spezifisch polnisch, da sowohl die streikenden Arbeiter als auch die Regierungsglieder auf die Kirche zählten.²² Jerzy Holzer schrieb: „Von der kirchlichen Hilfe profitierten jedoch auch die kommunistischen Machthaber. Bei Konflikten traten oft die Bischöfe oder auch der Primas als Vermittler auf.“²³ Die Kirche ergriff eindeutig Partei für die Protestierenden, vermied es aber, zu einer Verschärfung des Konflikts aufzurufen. Die Kommentatoren betonten übereinstimmend, dass die Kirche alles in ihrer Macht stehende beitrage, um eine Eskalation der Spannungen zu verhindern.²⁴ Dies erkannten die politischen Beobachter in Deutschland ebenfalls. Auf einer Wahlveranstaltung in Hannover am 31. August 1980 hob Willy Brandt die ausgleichende Rolle der Kirche hervor, als er auf die komplizierte Lage in Polen zu sprechen kam. Ähnlich äußerte er sich auch auf der Sitzung des Parteivorstands am 1. September 1980. Auch Bundeskanzler Schmidt unterstrich die Bedeutung der katholischen Kirche für die Beruhigung der Emotionen der polnischen Bevölkerung.²⁵

Die polnische Kirche als Partner für politische Gespräche anzuerkennen, war eine heikle Angelegenheit und eben nicht alltäglich. In Westdeutschland wurde

20 Über die Beziehungen der SPD zur katholischen Kirche in Polen siehe: *Małgorzata Świder*, Kontakt SPD z Kościołem katolickim w Polsce. Lata 80. XX [Kontakte der SPD zur katholischen Kirche in Polen. Die 1980er Jahre] in: *Sobótka* 4, 2011, S. 39–56.

21 *Dieter Bingen*, Die Rolle der Kirche und ihre Prioritäten in der Forderung der Arbeiter, in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklung nach den Streiks, November 1980, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S.18–26.

22 *Carl. G. Strohm*, Noch hat Polen Seine Kirche, in: *Die Welt*, 23.8.1980; Votum der Kirche, in: *Stuttgarter Zeitung*, 23.8.1980; dpa, L'Osservatore veröffentlicht Papst-Brief an Wyszyński, 23.8.1980; Erste Regierungskontakte zu überbetrieblichen Streikkomitee?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.8.1980; *E. Neumaier*, „Wir glauben an Gott, und Gott ist mit uns“, *Süddeutsche Zeitung*, 23.8.1980; *R. Dodolo*, Für den Sieg beten sogar die Atheisten, in: *Kölner Stadtanzeiger*, 23.8.1980; Brief vom Papst: Ich bete für Polen, in: *Berliner Morgenpost*, 24.8.1980.

23 *Jerzy Holzer*, Polen und Europa, S. 140.

24 Etwas anderer Meinung war *Dieter Bingen*. Er meinte, dass die Kirche, die in diesem Fall vom Episkopat vertreten wurde, in den ersten Tagen des Protests ernsthafte Probleme hatte, ihre Haltung festzulegen. Davon können die Predigten von Primas Wyszyński vom August 1980 zeugen, insbesondere am 26. August. Im Gegensatz zum Episkopat hatten die Pfarrer in den Gemeinden keine Probleme, ihre Haltung gegenüber den August-Ereignissen zu definieren. *Bingen*, Rolle der Kirche, S. 23.

25 AdsD, 1/H5AA009495, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstands am 1.9.1980 in Bonn.

es nicht gern gesehen, dass sich die Kirchen in politischen Fragen engagierten.²⁶ Dies basierte auf dem interkonfessionellen Konsens, durch den es sich die Kirchen versagten, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Während eines Auftritts in Bremen im September 1980 sprach sich Bundeskanzler Schmidt gegen ein Engagement der Kirche in politischen Fragen aus, indem er die Kirche als politischen Partner ablehnte.²⁷ Ihre Aufgabe sei die Sorge um die Seele des Menschen, nicht jedoch die Sorge um seine politischen Ansichten.²⁸

Insbesondere in SPD-Kreisen erweckte die politische Positionierung der deutschen katholischen Kirche im Wahlkampf des Sommers 1980 einen schlechten Eindruck. Auf der Sitzung des Parteivorstands am 17. September 1980 wurde über die Beziehungen zwischen der Kirche und der SPD gesprochen, wobei die Haltung der deutschen Geistlichen heftig kritisiert wurde.²⁹ Ursache für die Erregung in den Reihen der SPD war der Hirtenbrief der deutschen katholischen Bischöfe, der am 21. September 1980 – eine Woche vor den geplanten Bundestagswahlen – von den Kanzeln verlesen werden sollte.³⁰ Der Brief betraf solche Fragen wie die Liberalisierung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, Erleichterungen im Scheidungsrecht sowie Kritik an der Staatsverschuldung. Die deutschen Bischöfe äußerten mithin direkte Kritik an der Politik von Bundeskanzler Schmidt und der sozial-liberalen Regierung.³¹ Mit diesem Brief gaben die Bischöfe die einige Jahre zuvor von Bischof Höffner vertretene Haltung auf,

26 Zum Thema Politik und Kirche in Deutschland im 20. Jahrhundert siehe: *Johannes Keppeler*, *Kirchlicher Lobbyismus? Die Einflussnahme der katholischen Kirche auf den deutschen Staat seit 1949*, Marburg 2007; *Antonius A. Liedhegener*, *Macht, Moral und Mehrheiten. Die politische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960*, Baden-Baden 2006.

27 Es bedeutet aber nicht, dass für Helmut Schmidt Kirchen und Religionen keine Rolle gespielt haben. Mehr darüber: *Rainer Hering*, „Aber ich brauche die Gebote ...“. Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Bremen 2012.

28 Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte am 15. September 1980 in Bremen: „Wir brauchen die Kirche für die Seelsorge, wir brauchen die Kirche für die Verkündigung. Aber Politik von der Kanzel herab ist mir ein Greuel.“ Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) e.V., URL: <<http://www.ibka.org/ir/352f.html>> [26.1.2010].

29 AdsD, I/HSA009460, Protokoll über die Sitzung des Parteivorstands vom 17.9.1980.

30 Wie aus dem Schreiben des Vorsitzenden Deutschen Bischofskonferenz Joseph Kardinal Höffner hervorgeht, wurde der Hirtenbrief vorzeitig durch Indiskretionen bekannt. AdsD, I/HWAA000045, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz an Hans-Adalbert Kierski vom 3.10.1980.

31 „Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden.“ AdsD, I/HWAA000045, Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980, Würzburg-Himmelsporten, 25.8.1980.

nach der die katholische Kirche keine Stellung in politischen Fragen beziehen würde.³² Der Hirtenbrief bewirkte nicht nur eine Abkühlung in den Beziehungen zwischen SPD und der deutschen katholischen Kirche, sondern rief auch heftige Kritik in den Reihen der Freien Demokraten³³ und Angriffe von Seiten katholischer Intellektueller hervor.³⁴

Diese Kritik am politischen Engagement der Kirche betraf nicht deren Aktivitäten in Polen. Die Organisation von Heiligen Messen, die Beteiligung von Geistlichen an Streiks wie auch die überall sichtbaren religiösen Symbole fanden sowohl in politischen Kreisen als auch in der westdeutschen Presse reichlich Beachtung. Die Rolle der Kirche bei den Ereignissen im August 1980 beschränkte sich jedoch nicht nur auf die geistliche Betreuung der Protestierenden. Die Seelsorge der Kirche erfüllte ebenfalls eine wichtige Funktion im Leben der Arbeiter (sogar unter den 21 Forderungen der *Solidarność* vom August 1980³⁵ fand sich eine, die den Zugang zu Massenmedien für Vertreter aller Konfessionen forderte)³⁶,

32 „Die Kirche wird zu politischen Fragen, in denen Christen unbeschadet ihres Glaubens verschiedener Meinung sein können, nicht autoritativ Stellung nehmen“, zit. nach: *Helmut Schmidt*, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, 2. Aufl., Berlin 1998, S. 383; Kardinal Höffner hat im einen Schreiben vom 3. Oktober 1980 über Hirtenwort der deutschen Bischöfe folgendes geschrieben: „Die Bischöfe haben anlässlich der Bundestagswahl wiederholt, was sie seit Jahren in einzelnen Stellungnahmen immer wieder eindringlich dargelegt haben. Die Bischöfe werden sich nicht einschüchtern lassen, auch weiterhin das zu bekunden, was die Botschaft Jesu Christi und die daraus sich ergebenden und vom II. Vatikanischen Konzil nachdrücklich dargelegten Grundsätze für die Gestaltung einer menschenwürdigen Gesellschaft dartun. Die Bischöfe sind der festen Überzeugung, damit allen Menschen und unserer Gesellschaft zu dienen.“ AdSD, 1/HWAA000045, Vorsitzender Deutschen Bischofskonferenz an Hans-Adalbert Kierski vom 3.10.1980.

33 Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) e.V., URL: <<http://www.ibka.org/ir/352f.html>> [26.1.2010].

34 *Rainer Hering*, Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht? Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: AfS 51, 2011, S. 237–266.

35 Am 17. August 1980 hängten die Streikführer eine Liste mit 21 Postulaten am Tor der Danziger Lenin-Werft aus. 21 Forderungen vom 17.10.1980, URL: <<http://www.solidarnosc.org.pl/pl/21-postulatow-1.html>> [1.8.2012]. Im August 2003 wurde das Originaldokument mit den 21 Forderungen von Danzig zusammen mit der durch das Forschungszentrum Ośrodek KARTA Warschau zusammengestellten Archivsammlung „*Solidarność*“ — *Geburt einer Bewegung* (originale Materialien aus der Zeit August 1980 – Dezember 1981) in das UNESCO-Register der weltweit wichtigsten Archivbestände im Rahmen des Programms „Gedächtnis der Menschheit“ eingetragen

36 „3. Die in der Verfassung der Volksrepublik Polen garantierte Freiheit des Worts, des Drucks, der Publikation einhalten, und desgleichen keine unabhängigen Verlage Repressionen aussetzen sowie Massenmedien für Vertreter aller Konfessionen zugänglich machen.“ 21 Forderungen vom 17. August 1980.

aber dies war nicht die einzige Aufgabe der Kirche zu dieser Zeit. Gerade darauf haben Historiker aufmerksam gemacht, die sich mit den Beziehungen der Volksrepublik Polen zur Kirche beschäftigen. Sie unterstrichen dabei den beruhigenden Aspekt der Anwesenheit von Pfarrern auf die Streikenden.³⁷

Nach Meinung von Jan Żaryn, hat der Ausbruch der Streiks im Juli/August 1980 die Hierarchen der katholischen Kirche überrascht. Zum ersten Mal äußerte sich Primas Wyszyński am 17. August 1980 in Wambierzyce zu den Ereignissen des Sommers 1980. In seiner Predigt in Jasna Góra³⁸ am 26. August 1980 appellierte er an die Arbeiter, vernünftig zu bleiben und forderte sie zur Bedachtsamkeit auf, wodurch er die gereizte Stimmung etwas milderte. Er sprach vom Recht auf würdige Arbeit und den Pflichten, die aus ihr resultieren. Viel interessanter war aus Sicht der streikenden Arbeiter die Mitteilung der polnischen Bischofskonferenz aus Jasna Góra, datiert auf den 27. August 1980: „Die Hierarchen unterstrichen in ihr das Recht des Menschen, würdig zu leben, sowie das der Bürger, sich frei zu versammeln, das Recht auf Eigenständigkeit der Arbeitnehmervertretungen und auf Selbstverwaltungen.“³⁹ Auch der am 16. Oktober 1978 zum Papst Johannes Paul II. gewählte vormalige Kardinal Karol Wojtyła unterstützte auf unmissverständliche Weise die Arbeiter. In seinem Brief vom 20. August 1980 an Primas Wyszyński, der am 25. August 1980 unter den Arbeitern verbreitet wurde, nahm der Papst wie folgt zur zugespitzten Lage Stellung: „Ich bete, dass noch einmal das Episkopat mit dem Primas an der Spitze [...] [...] das Volk in seinem Kampf um das tägliche Brot, soziale Gerechtigkeit und seine unantastbaren Rechte auf eigenes Leben und Entwicklung unterstützen möge.“⁴⁰ Unter den religiösen Symbolen jener Tage fand sich auch ein Porträt des Papsts, aufgehängt am Tor der Lenin-Werft in Danzig.

Die Worte der wichtigsten Kirchenhierarchen und vor allem des Papsts und des Primas zeigten jedoch eindeutig deren moralische Unterstützung für die August-Ereignisse. Gleichzeitig rief der Primas in seiner Predigt am 26. August 1980 auf

37 Zu den wichtigsten Publikationen zu diesem Thema gehören *Jan Żaryn, Kościół w PRL* [Kirche in der Volksrepublik Polen], Warschau 2004; *Dudek/Gryz, Komuniści i Kościół*.

38 Jasna Góra in Tschenschow ist der bedeutendste polnische Pilgerort, an dem die Schwarze Madonna verehrt wird.

39 Żaryn, *Kościół*, S. 152.

40 Zit. nach ebd.

der Jasna Góra zur Bedächtigkeit auf. In den folgenden Monaten unterstützte die Geistlichkeit aktiv den Prozess des Aufbaus der Strukturen von NSZZ Solidarność [Niezależny Samorządny Związek Zawowody Solidarność – Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarität] und die Vertreter der Hierarchie begannen, eine wichtige Mediatorenrolle in den folgenden Konflikten zwischen Obrigkeit und Gewerkschaft zu spielen. Im Dezember 1980 erließ Primas Wyszyński ein Dekret zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe beim Sekretariat des Episkopats von Polen, die sich mit den Problemen der katholischen Soziallehre für die Gewerkschaftsbewegung befassen sollte. Auch die Regierungsseite musste die Kirche als Gesprächspartner akzeptieren. Im September 1980 wurde die Arbeit der Gemeinsamen Kommission der Regierung und des Episkopats wieder aufgenommen.⁴¹ Die Kirche wurde zur dritten Kraft in Polen, ohne deren Hilfe Gespräche über die Zukunft des Landes unmöglich waren.

Ab August 1980 verband die SPD die Gespräche über Polen mit einer Analyse der Haltung der Kirche gegenüber den Veränderungsprozessen, die im Land eintraten.⁴² Der Einfluss wurde sogar unter Anhängern der PVAP gesehen. Beispielsweise beschrieb der Historiker Professor Imanuel Geiss nach seiner Rückkehr von einem Besuch in Polen im März 1981 in einem Brief an Willy Brandt die Ernsthaftigkeit der Lage an der Weichsel, auch vor dem Hintergrund der Befürchtung einer sowjetischen Intervention. Er machte auf den allgemeinen gesellschaftlichen Widerstand und den spezifischen polnischen Sozialismus aufmerksam, der viele Kennzeichen eines Liberalismus aufweise und der auf die Rolle der Kirche als allgemein anerkannte moralische Instanz zurückzuführen sei.⁴³

41 Zur Gemeinsamen Kommission der Regierung und des Episkopats gehörten: von kirchlicher Seite – Kard. Franciszek Macharski, Erzbischof Jerzy Stroba, Bischof Bronisław Dąbrowski, Pfr. Alojzy Orszulik (Sekretär der Kommission); von Seite der Regierung – Kazimierz Barcikowski, Jerzy Kuberski, Witold Lipski, Aleksander Merker (Sekretär der Kommission).

42 An dieser Stelle sind die Ergebnisse der Forschung von Dieter Bingen anzufügen, der schon in der ersten Hälfte des Jahres 1981 feststellte, dass die Kirche mit ihrem Engagement viel gewinnen aber genauso viel verlieren konnte. Es gab Befürchtungen, sie werde von den Gläubigen falsch verstanden werde und man könne ihr zu großes Engagement für die Machtübernahme und Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung vorwerfen. *Dieter Bingen*, Die offene Krise der Macht in Polen, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1981, S. 1–8.

43 AdsD, WBA, Sign. 282, Parteivorsitzender, Persönliche Korrespondenz, Bl. 55. Prof. Dr. Imanuel Geiss, Bonn 28.3.1981.

IV. Der neue Primas – Józef Glemp und die Destabilisierung Polens

Nach dem Tod von Kardinal Wyszyński am 28. Mai 1981 und der Nominierung von Józef Glemp zum Primas von Polen am 21. September 1981 kam es zur Intensivierung der Gespräche und Kontakte auf höchster Ebene. Dies wurde durch die Zuspitzung der Lage in der Volksrepublik Polen begünstigt. Spannungen und politische Destabilisierung bewirkten, dass die westdeutschen politischen Kreise eine sowjetische Intervention in Polen erwarteten. Die Lage an der Weichsel, aber auch die Rolle der katholischen Kirche, waren Gegenstand vieler Gespräche, unter anderem zwischen Hans-Jürgen Wischniewski, dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, mit Leonid Samjatin, dem Leiter der Auslandsabteilung des Zentralkomitees der KPdSU⁴⁴, oder zwischen Helmut Schmidt und Leonid Breschnew anlässlich seines Besuchs in der Bundesrepublik im November 1981.

Bei einem der erwähnten Gespräche zwischen Wischniewski und Samjatin im Oktober 1980 wurde das Problem des westlichen Engagements für Polen angesprochen. Ein wichtiges Element war die Bewertung der Lage an der Weichsel und ein Ratschlag zu den sich messenden politischen Kräften. Samjatin konzedierte, dass die Leitung der PVAP sich bei ihren Entscheidungen auf die katholische Kirche stützte. Der neue Primas von Polen befand sich unter wesentlichem Einfluss des Episkopats, was ein neues Element war, denn Wyszyński kannte eine solche Abhängigkeit noch nicht. In diesem Gespräch verwies Samjatin ebenfalls auf die Unterstützung der Kirche durch die USA. Angeblich kontaktierten die Amerikaner den Papst direkt, ohne dabei Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli einzuschalten.⁴⁵ Es ist schwer, den genauen Inhalt des Gesprächs von Breschnew mit Schmidt im November 1980 zu rekonstruieren, da der Bericht

44 Über Samjatin schrieb Der Spiegel 1981 unter dem Titel: „SAMJATIN. Alles wunderbar“ einen Hintergrundartikel. Siehe Der SPIEGEL, 30.11.1981, S. 20 f.

45 „Die polnische Regierung stütze sich bei ihren Entscheidungen auch auf die katholische Kirche Polens. Der neue polnische Primas befinde sich unter starkem Einfluß des Episkopats. Dies sei zu Zeiten Wyszynskis nicht der Fall gewesen. Die Amerikaner übten Druck auch unter Zuhilfenahme der katholischen Kirche aus. Sie hätten direkten Kontakt zum Papst. Casaroli bleibe dabei aus dem Spiel.“ AdsD, WBA, Sign. 48, Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums, Bl. 253–255, Vermerk betr.: Gespräch des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, H. J. Wischniewski mit L. M. Samjatin, Leiter der Abt. für Auslandsinformation des ZK der KPdSU, 2.10.1981.

darüber in lakonischer Weise verfasst wurde, dennoch finden sich auch hier Hinweise, dass die Kirche in Polen ein Thema der Konversation war. Unter anderem führte Schmidt, als er von der Weltwirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den Ostblock sprach, das Beispiel Polens an. Breschnew bestätigte nicht nur die Meinung des Bundeskanzlers, sondern bezeichnete Polen ebenfalls als Spezialfall, außerdem bestätigte er in diesem Zusammenhang, dass die Kirche in Polen eine Rolle bei der Milderung der Spannungen spiele.⁴⁶

An dieser Stelle ist auf die Dokumente zu verweisen, die im Archiv des IPN [Instytut Pamięci Narodowej – Institut für Nationales Gedenken] erhalten geblieben sind.⁴⁷ Die vom polnischen Geheimdienst erlangten Informationen, die von der Haltung des Papstes angesichts der Ereignisse in Polen in der Einschätzung der Römischen Kurie berichten, informierten eindeutig über die polnische Problematik in den zeitweise inoffiziell geführten Konsultationen zwischen der Sowjetunion und dem Vatikan. Dem Öffentlichkeitsrat der Kirche zufolge sollten diese Konsultationen die Sowjetunion überzeugen, dass „weder der Vatikan noch die Kirche in Polen Kräfte fördern werden, die das politische System der Volksrepublik Polen und die strategischen Interessen der UdSSR in dieser Region in Frage stellen würden; der Papst und die polnische Kirche können einer der Garanten für die kontrollierte Entwicklung der Lage in der Volksrepublik sein.“ Im Ergebnis der bis dahin erfolgten Gespräche zwischen Vatikan und Sowjetunion hatte sich ergeben, dass die UdSSR an einer steigenden internationalen Aktivität des Vatikans im Bereich der weltweiten Entspannung und Abrüstung interessiert sei, aber „nicht bereit ist, mit irgendjemand die Verantwortung für Polen zu teilen.“⁴⁸

Dass die westdeutsche Seite in internationalen Gesprächen die Ereignisse in Polen oder auch die Rolle der Kirche in diesen ansprach, war keine Ausnahme. Wie aus den verschiedensten Quellen hervorgeht, hat auch der Papst in dieser Zeit viele Gespräche mit Vertretern verschiedener Staaten geführt. Die polnische

46 AdsD, 1/EBAA000952, Egon Bahr an den Bundeskanzler, betr.: Ihr Gespräch mit GS Breschnew während der Autofahrt von Flughafen nach Gymnich am 22.11.1980 und Ihr kurzes Gespräch im Spiegelsaal in Gymnich.

47 IPN, BU Sign. 1585/3873, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Departament I /Wywiad/ [Innenministerium, Abteilung Abwehr], Informacja, Dotyczy: „polityki polskiej“ Jana Pawła II we ocenie Kurii Rzymskiej [Information zur „polnischen Politik“ Johannes Paul II. in der Einschätzung der Römischen Kurie], Warschau, 9.12.1981.

48 Ebd.

Problematik war eines der Hauptthemen in Gesprächen mit Vertretern der USA, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Österreichs.⁴⁹

V. Der Kriegszustand

Welchen Einfluss die polnische katholische Kirche hatte und welche Rolle sie in Polen spielte, lässt sich am besten an den Ereignissen nach Verhängung des Kriegszustands am 13. Dezember 1981 ablesen. Damals wartete die demokratische Welt auf eine Reaktion der Kirche.⁵⁰ Wesentlich war die Haltung der Hierarchen, insbesondere von Primas Glemp, der persönlich vom Sekretär des ZK der PVAP, Kazimierz Barcikowski, über den Kriegszustand informiert worden war. In seiner Predigt am 13. Dezember 1981 in Jasna Góra rief er dazu auf, den Kampf nicht wiederaufzunehmen, sondern bezog sich vor allem darauf, die Lage im Land zu beruhigen. Diese Worte des Kardinals scheinen bedeutsam zu sein: „Klugheit bedeutet nicht, mit dem Kopf eine Mauer niederreißen zu wollen, denn der Kopf hat eine andere Bestimmung. Auch Ihr müsst die Situation in Ruhe überdenken, die den Friede, die Rettung von Leben bringen soll, damit es zu keinem Blutvergießen kommt [...]. Hier muss der Kopf, der Verstand tätig werden, entsprechend seiner Bestimmung. Ihr dürft keine wahnwitzigen Taten vollbringen, denn eine wahnwitzige Tat kommt stets einer Niederlage gleich [...]“.⁵¹ Diese Worte, die eindeutig von der Taktik der Kirche zeugen, bewirkten, dass die Kirche für die internationalen Kräfte nicht nur eine potenzielle Informationsquelle zur Lage in der Volksrepublik wurde, sondern auch zur Hoffnung, ein weiteres Blutvergießen verhindern zu können. Sie wurde somit zu einem wichtigen politischen Partner.

Die Worte des Primas fanden nicht nur positiven Anklang. Viele Aktivisten der Opposition verstanden die Haltung der Kirchenhierarchen nicht – statt zum

49 Ebd.

50 Vgl. „Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt, 14. Dezember 1981“ sowie „Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, 21. Dezember 1981“, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Band III: 1. Oktober bis 31. Dezember 1981 (hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte), München 2012, S. 1984 ff. sowie S. 2034–2039. Ferner auch: *Helmut Schmidt*, Die Deutschen und ihre Nachbarn, S. 504–505.

51 *Hartmut Kuhn*, Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999, S. 272.

Widerstand aufzurufen, wurde dazu aufgefordert, ein Blutvergießen zu verhindern. Der Inhalt der Predigt war für die Regierung so positiv, dass der Hirtenbrief des Primas sogar in der Tageszeitung der Partei, der Trybuna Ludu [Volkstribüne], nachgedruckt wurde.⁵²

Es verwundert demnach nicht, dass einige enttäuschte Anhänger der Solidarność und der Konfrontation mit der Regierung den Primas polemisch als „Genossen Glemp“ bezeichneten. In der in den Abendstunden des 13. Dezember 1981 verkündeten Predigt in der Jesuitenkirche in Warschau sagte Primas Glemp unter anderem: „Die Kirche verteidigt jedes Menschenleben, also werde ich im Kriegszustand, wo ich nur kann, an die Ruhe appellieren, Gewalt zu unterlassen, von Bruderkämpfen abzusehen. Es gibt keinen höheren Wert als das Menschenleben. [...] Ich werde bitten, selbst wenn ich barfuß gehen und auf Knien flehen sollte: kämpft nicht Pole gegen Pole.“⁵³ Einige Vertreter der Opposition meinten, diese Worte hätten ihnen die Hoffnung genommen und die Aufforderung zur bedingungslosen Kapitulation dargestellt, andere waren der Meinung, dass der Primas eine Absicherungspolitik vertrete. Auch manche Geistliche schätzten die Haltung des Primas als zu nachgiebig gegenüber den Kommunisten ein.⁵⁴

VI. Katholische Kirche als Gesprächspartnerin und Sprecherin der Polen

Im Hinblick auf die innere Lage der Volksrepublik berief sich die SPD oft auf die Beobachtungen der polnischen katholischen Kirche. Ein zusätzliches Argument war die Tatsache, dass gerade die Kirche, wenn man von der Armee absieht, die einzige funktionierende Institution in dieser Zeit war. Gesprächspartner auf höchster Ebene für die SPD war der Primas selbst beziehungsweise Erzbischof

52 Kazanie prymasa Polski do wiernych [Predigt des Primas von Polen an die Gläubigen], Trybuna Ludu 295, 15.12.1981.

53 Zit. nach *Milena Kindziuk*, Kardynał Józef Glomp. Ostatni taki Prymas [Kardinal Glomp. Letzter derartiger Primas], Warschau 2010, S. 186. Der Primas sagte zu dieser Predigt: „Ich habe die Tränen der Gläubigen gesehen, die mit Enttäuschung meine Predigt gehört haben. Die Straße verlangte von mir, dass ich die Kappe aufsetze, ein Kreuz in die Hand nehme und zum Kampf aufrufe. Das habe ich verstanden. Das konnte ich nicht tun. Wirklich, ich konnte nicht! Ich wollte die radikalen Stimmungen löschen, ich wollte nicht zulassen, dass sie auf die Straße gehen und blutige Kämpfe führen.“ Zit. nach ebd., S. 188.

54 Ebd., S. 187ff.

Bronisław Waclaw Dąbrowski, Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz, ein hervorragender Kenner der Lage in Polen, Teilnehmer an vielen politischen Gesprächen und Vertrauter des Primas.⁵⁵ Als Beispiel dafür kann der Besuch Herbert Wehners, des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, im Februar 1982 in Warschau angesehen werden.⁵⁶ In Vorbereitung dieses Besuchs kam am 2. Februar 1982 der Journalist und Politiker Ryszard Wojna, Vizevorsitzender der Auslandskommission im Sejm, nach Bonn und traf sich mit Wehner in dessen Privatwohnung. Das Gespräch zwischen den beiden Politikern betraf die aktuelle Lage, allen voran den Kriegszustand, das Embargo und die Rolle der Kirche. Als er über die Kirche sprach, bezog sich der Gast aus Polen auf ihre Gesamtheit einschließlich des Vatikans. Vor allem übermittelte Wojna Wehner die Information, dass der Dialog mit der Kirche nie unterbrochen worden sei. Der Vatikan nehme eine sehr beruhigende Position ein, indem er seine Ostpolitik verfolge, deren Ziel die Re-Christianisierung Osteuropas sei. In diesen Fragen seien Differenzen zwischen dem Papst und Staatssekretär Casaroli bemerkbar, die er jedoch nicht näher erläuterte. Wojna unterstrich hingegen, dass die Kirche in Polen die *Solidarność* unterstütze, zugespitzt könne man sagen, dass sie sie repräsentiere. Jedoch waren in dieser Frage Differenzen innerhalb des Episkopats sichtbar. Vor allem Primas Glemp nahm eine ausgleichende Position ein und sprach sich für eine Politik der sozialen Beruhigung aus. Er war interessiert an der Entstehung christlich-demokratischer Gewerkschaften, weswegen er auch über seine Vertrauten ständigen Kontakt zu Wałęsa hielt.⁵⁷

Der Besuch Wehners vom 18. bis 22. Februar 1982 in Warschau wurde, obwohl als Privatbesuch deklariert, mit Wissen und Einverständnis der wichtigsten Personen im Staat vorbereitet, darunter auch höchstwahrscheinlich Bundeskanzler

55 Peter Raina (Hrsg.), Bronisław Dąbrowski, Ks[iądz] Arcybiskup Dąbrowski w służbie Kościoła i narodu. Rozmowy z władzami PRL [Pfarrer und Erzbischof Dąbrowski im Dienste von Kirche und Volk. Gespräche mit den Machthabern der Volksrepublik Polen]. Bd. 1: 1970–1981, Bd. 2: 1982–1989, Warschau 1995.

56 Mehr zum kontroversen Besuch bei Małgorzata Świder, Privatreise oder Spezialmission? Herbert Wehner in Warschau – Februar 1982, in: *Przegląd Stosunków Międzynarodowych/The International Affairs Review* 152, 2007, S. 133–139; *dies*, Wizyta Herberta Wehnera w Warszawie w lutym 1982 roku w *świecie* sprawozdań Frakcji SPD [Der Besuch Herbert Wehners in Warschau im Februar 1982 im Lichte der Berichte der SPD-Fraktion], in: *Rocznik Polsko-Niemiecki* 16, 2008, S. 72–94.

57 AdsD, 1/ESAG0000244, Aufzeichnung über des Gespräch von Herbert Wehner mit Ryszard [Ryszard] Wojna, stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Sejm am 2.2.1982.

Schmidt. Das belegt eine separate Notiz mit dem Vorschlag von Personen für direkte Gespräche in Polen.⁵⁸ Wehner traf sich jedoch nicht mit Primas Glemp, sondern mit Personen, die sich im Zentrum der politischen Ereignisse in Polen befanden: mit General Wojciech Jaruzelski, Bischof Dąbrowski und Andrzej Micewski. Bischof Dąbrowski brachte, Wehners Notizen gemäß, in erster Linie seine Beunruhigung über die bestehende Lage in Polen und die von den USA eingeführten Wirtschaftssanktionen zum Ausdruck. Vor allem in wirtschaftlichen Fragen brauchte Polen die Hilfe des Westens. Der Ernst der Lage spiegelt sich in den Äußerungen des Bischofs wider, der darauf hinwies, dass sich Polen am Rande des Abgrunds befinde. Bezogen auf seine persönlichen Kriegserlebnisse, Dąbrowski war im Zweiten Weltkrieg in einem Lager inhaftiert, merkte er an, er wolle es in der gegenwärtigen Situation nicht wieder dazu kommen lassen, sich nur etwas weiter östlich gelegenen Lager wiederzufinden. In der wirtschaftlichen und politischen Krise wurde der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung zugeschrieben, insbesondere finanzielle Fragen und die humanitäre Hilfe betreffend. Dass die deutsche Regierung sich mit wirtschaftlichen Sanktionen zurückgehalten hat, fand in den Augen von Bischof Dąbrowski Anerkennung. Er selbst war des Weiteren der Meinung, dass Sanktionen in erster Linie die Bevölkerung treffen würden. Das Episkopat teilte diese Haltung, was die gemeinsame Erklärung der Kirche und der Regierung vom 18. Januar 1982 belegt, in der sich beide Seiten entschieden gegen wirtschaftliche Sanktionen des Westens aussprachen.⁵⁹ Besonders interessant erscheint die Anmerkung Dąbrowskis zur Verortung Polens in einem neuen Weltkonflikt.⁶⁰ Die Gesprächspartner sprachen auch

58 In den Archivbeständen von Wehner befindet sich eine separate Notiz mit folgendem Inhalt: „Lieber Herbert, ich würde dazu raten, außer den Offiziellen der Militär-Regierung auch einen oder zwei andere Leute zu sehen, z.B.: Entweder 1) Erzbischof Glemp, oder 2) einen anderen herausragenden Kirchenmann, 3) oder einen von der Kirche hierzu benannten Vertreter um Glemp. Solidarnosc geht wohl nicht – aber vielleicht gibt es andere alte Bekannte, die nicht zur PVAP gehören?“ Die Notiz wurde mit „H.[elmut Schmidt]“ unterschrieben. AdsD, 1/HWAA001699.

59 AdsD, 1/ESAG000240, Stichworte über die Gespräche mit Bischof Dombrowski [Dąbrowski], Leiter des Sekretariats der Polnischen Bischofskonferenz und Herrn Mincewski, Beauftragter des Primas der Kirche von Polen, für die Gespräche mit Regierung und Solidarität.

60 Dąbrowski: „[...] denn man kenne doch im Westen die geopolitische Lage Polens. Man wisse, daß man zu dem östlichen Block gehöre. Man wolle aber eine Brücke zum Westen bleiben und nicht abgebrochen werden. Nur in Ruhe könne man in Polen zu demokratischen Formen zurückfinden. [...] Polen darf nicht der Determinator (sic!) sein, an dem sich ein neuer Weltkonflikt entzünde.“ Ebd.

die Verantwortung für die in Polen entstandene Lage an. Die polnische Seite sah diese sowohl bei den USA als auch auf bei der polnischen Regierung, der Solidarność und der Kirche, wobei der Bischof darauf verwies, dass für die USA Polen lediglich Mittel zum Zweck im sowjetisch-amerikanischen Konflikt sei.⁶¹

Wehners Informationen aus Warschau schienen die Nachrichten zu bestätigen, die Bundeskanzler Helmut Schmidt aus eigenen, ebenfalls kirchlichen Quellen hatte. Informationsquelle war in diesem Fall der katholische Militärbischof Franz Hengsbach. Aus den Informationen, die dieser dem Bundeskanzler übermittelte, ging eindeutig hervor, dass sowohl Primas Glemp als auch die kirchlichen Laienkreise der Meinung waren, Jaruzelski sei mit der Verhängung des Kriegszustands einer sowjetischen Intervention zuvorgekommen. Außerdem würden die Interneuten gut behandelt. Die kirchlichen Kreise hofften, dass die Solidarność nicht aufgelöst würde und es gelänge, die radikalen Akteure abzugewinnen. Sie sprachen sich auch dafür aus, der Bevölkerung Hilfe zu gewähren.⁶²

Vor dem Hintergrund der gespannten Lage in Polen nach der Verhängung des Kriegszustands kam es zur Zusammenarbeit zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Höffner. Der Meinungsaustausch betraf die Pläne der polnischen katholischen Kirche, eine landwirtschaftliche Stiftung ins Leben zu rufen.⁶³ Höffner sprach während seines Besuchs in Polen (3.–5. Juni 1982) mit Glemp über die Pläne des Episkopats zur Stiftung.⁶⁴ Vermutlich wurde er daraufhin um Unterstützung für diese Initiative gebeten sowie um eingehende, vertrauliche Gespräche mit verantwortlichen Personen in der EG und den USA zur möglichen Aufhebung der Wirtschafts-

61 Dąbrowski: „Polen scheine für die Vereinigten Staaten ein Mittel der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu sein und dies sei verheerend. [...] Schuld liege auf beiden Seiten, auf Seiten der Regierung, auf Seiten der Solidarität, aber auch auf Seiten der Kirche.“ Ebd.

62 Schmidt, *Weggefährten*, S. 394.

63 Anscheinend war die Zusammenarbeit und Konsultation von SPD und katholischer Kirche im Kontext der internationalen Lage, wie auch der Lage in Polen, nichts Außergewöhnliches. Wie aus dem Schreiben von Hans-Jochen Vogel von 1989 an Bischof Karl Lehmann hervorgeht, kam es zu persönlichen Treffen des SPD-Vorstands mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Dem Schreiben mit der Einladung zum Treffen waren die Berichte über die Reisen Vogels nach Washington, New York und Moskau beigelegt, mit der Bitte, sich mit ihnen vertraut zu machen. AdsD, Vogel 780 vom 19.4.1989.

64 AdsD, 1/HSAA0007314, Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Herrn Dr. Helmut Schmidt vom 19.7.1982.

sanktionen gegenüber Polen, insbesondere derjenigen, die die Landwirtschaft betrafen.⁶⁵ Höffner hatte auf dem Empfang aus Anlass der Beratungen des NATO-Rats (9.–10. Juni 1982) die Möglichkeit sowohl mit Bundeskanzler Helmut Schmidt als auch mit dem Präsidenten der USA, Ronald Reagan, zu sprechen. Beide Politiker baten darum, die Bemerkungen des Kardinals zur Lage in Polen sowie zur kirchlichen Initiative, eine Landwirtschaftsstiftung zu gründen, schriftlich zu übermitteln. Der Kardinal richtete daraufhin im Juli 1982 Schreiben an beide Politiker, um internationale Unterstützung für die Pläne zur Einrichtung der landwirtschaftlichen Stiftung zu erhalten. Zu dieser Zeit hielt sich der persönliche Gesandte von Glemp mit seinem Experten für Landwirtschaft in Bonn auf. Sie sollten inoffiziell eruieren, welche Möglichkeiten es gab, eine Stiftung ins Leben zu rufen, die die individuelle Landwirtschaft in Polen unterstützt. In Abhängigkeit von den Ergebnissen der Europa-Reise, die auch nach Brüssel führte, sollte das Episkopat entsprechende Entscheidungen fällen. Kardinal Höffner bat zum Abschluss seines Briefs Kanzler Schmidt, die Vereinbarungen mit den Gesandten von Primas Glemp zur Kenntnis zu nehmen und um Wohlwollen für die Initiative des Episkopats in Warschau.⁶⁶

Aus Sicht der deutschen Sozialdemokratie war es außerordentlich wichtig, die Lage in Polen zu analysieren. Die SPD wurde vielfach von der Opposition im

65 AdsD, 1/HSAA0007314, Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn Ronald Reagan, Bonn vom 19.7.1982.

66 Dem Brief wurden zwei Dokumente beigelegt, ein erstes über die Lage in Polen und die Überlegungen des Episkopats zum Entwurf der landwirtschaftlichen Stiftung, datiert auf den 15. Juli 1982, und ein zweites mit dem Vermerk „zum persönlichen Gebrauch“ über die Themen des Sozialrats des Primas zur Frage der sozialen Verständigung, datiert auf den 5. April 1982. Die SPD verfolgte die Frage der Einrichtung der Stiftung ebenfalls. Ein interessantes Schreiben hierzu findet sich in der Dokumentensammlung von Horst Ehmke. Die auf Februar 1986 datierte Notiz informiert über einige Aspekte der Vorbereitung zur Inangasetzung der Stiftung, unter anderem über die Finanzierung der Stiftung. Die polnische Regierung war gezwungen, einen Kredit in den USA bei der Rockefeller-Stiftung aufzunehmen, der mit 16% und zusätzlich 8% zur Absicherung des Kreditrisikos verzinst wurde. Das waren überaus gute Bedingungen für die Amerikaner. Die Regierung war mit diesen Bedingungen nur einverstanden, um eine Geste in Richtung der katholischen Kirche zu tätigen. Dabei war eine steigende Distanz der Kirche zum Projekt bemerkbar. Das resultierte wahrscheinlich aus der Enttäuschung über die Haltung der westlichen Staaten und aus der Furcht, dass die Kirche organisatorisch der Leitung der Stiftung nicht gerecht werde. AdsD, 1/HEAA000465, Arbeitskreis I, Bernhard Zepter, Vermerk für Horst Ehmke vom 24.2.1986.

eigenen Land⁶⁷, den Regierungschefs anderer westlicher Staaten⁶⁸, der Opposition in Polen und der internationalen öffentlichen Meinung kritisiert. Kritikpunkte waren der Vorwurf einer Rücksichtnahme auf die Regierung Jaruzelskis sowie fehlende politische Entscheidungen, am häufigsten im Kontext ihres Verhältnisses zu Wirtschaftssanktionen. Eine genaue Analyse der Lage in Polen, insbesondere aus einer solchen sicheren Quelle wie der polnischen Kirche, konnte wesentlichen Einfluss auf das Vorgehen der SPD und der Bundesregierung im Verhältnis zu Polen haben.

In Kardinal Höffners Analyse zur Situation in Polen auf Grundlage der Stellungnahme des polnischen Episkopats, die er der an Reagan und Schmidt gerichteten Korrespondenz beifügte, ist hauptsächlich die allgemeine Charakterisierung der Fraktionen im Lager der Machthabenden interessant. In dieser Analyse wurde auf die immer noch bestehende Drohung einer sowjetischen Intervention und eines Sturzes der Mannschaft von Jaruzelski aufmerksam gemacht. Dies hätte die Rückkehr zum Stand vor August 1980 zum harten sozialistischen System, einschließlich des Kampfes gegen die Kirche, bedeutet. Dabei wurde unterstrichen, dass die polnische Kirche sich der vollen Unterstützung durch die Bevölkerung erfreue, die volle Unabhängigkeit von der Militärregierung aufrechterhalte, die nicht versuche, sich in ihre internen Fragen einzumischen. Darüber hinaus habe die Regierung in keiner Weise die soziale Tätigkeit der Kirche eingeschränkt, da sie diese als wichtiges Element zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens betrachte. Die Kirche, insbesondere jedoch deren Episkopat, fühlte sich verantwortlich für die Zukunft des polnischen Volks, daher handelten sowohl der

67 Zu den schärfsten Auftritten kam es im Bundestag auf den Sitzungen im Dezember 1981 und im Januar 1982. Mehr zu diesem Thema siehe: *Aleksandra Trzcielińska-Polus*, Pomoc RFN dla Polski i Polaków w latach 1980–1983 (na podstawie dokumentów Bundestagu 9. kadencji) [Hilfe der Bundesrepublik für Polen und die Polen in den Jahren 1980–1983 (auf Grundlage der Dokumente der 9. Legislaturperiode des Bundestags)], in: *Małgorzata Świder* (Hrsg.), *Polityka i humanitaryzm 1980–1989* [Politik und Humanitarismus 1980–1989], Thorn 2010, S. 153–174.

68 Sehr kritisch wurde über das Verhalten der Bundesregierung und des Bundeskanzlers gegenüber Polen während des Besuchs von Helmut Schmidt in den USA im Januar 1982 gesprochen. Die deutsche Delegation notierte mit besonderem Widerwillen die Angriffe der US-Presse auf den Bundeskanzler und seine Politik. *Barbara D. Heep*, *Helmut Schmidt und Amerika. Eine schwierige Partnerschaft*, Bonn 1990, S. 226; *Mainhardt Graf von Nayhauf*, *Helmut Schmidt. Mensch und Macher*, Bergisch Gladbach 1988, S. 437ff.; *Helmut Schmidt*, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 300ff.

Primas als auch das Episkopat vor allem für eine Verständigung zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen in Polen. Bereits im Kommuniqué des Episkopats vom März 1982⁶⁹ waren die programmatischen Vorgaben zu einer nationalen Verständigung enthalten, die in den Thesen des Sozialrats des Primas entwickelt worden waren. Die Führer der *Solidarność* stimmten allen Thesen zu, selbst denen, die sich kritisch mit ihnen auseinandersetzten. Ein zweiter wichtiger Punkt war die Tätigkeit des Episkopats und des Primas, Militärregierung und Bevölkerung aufzurufen, alle Maßnahmen zu unterlassen, die Gewalt provozieren und die in letzter Konsequenz zu einem Bürgerkrieg und somit zu einer Intervention fremder Streitkräfte führen könnten. Das Episkopat vermied es, öffentliche Kritik an der Regierung zu üben und Druck auf diese auszuüben, um eine Eskalation und eine Stärkung der Position der Reformgegner zu vermeiden. Es unterhielt ununterbrochen Kontakt zu Wałęsa und den wichtigsten *Solidarność*-Vertretern, die vollständig die Handlungsweise der Kirche unterstützten. Zwar sah die Kirche extreme Äußerungen von *Solidarność*-Vertretern kritisch, das Episkopat jedoch trat entschieden ein für die Beibehaltung der grundlegenden, substanziellen Werte, die von der *Solidarność* vertreten wurden, sowie für ihrer Reaktivierung auf der Basis des geltenden Status vom 1980.⁷⁰

Wesentlicher Punkt der beschriebenen Analyse des Episkopats war die Darstellung von dessen Ansichten zur Frage westlicher Wirtschaftssanktionen.⁷¹ Die SPD und die Koalitionsregierung sprachen sich gegen Sanktionen aus, weil diese in erster Linie die Bevölkerung trafen. Diese Zurückhaltung stieß auf Unverständnis und Kritik in der internationalen Arena.⁷² In einer solchen Situation

69 Gemeint ist an dieser Stelle die dritte Sitzung des Gesellschaftlichen Rates beim Primas, der am 13. März tagte und als Ergebnis seine Thesen zur Frage gesellschaftlicher Verständigung vom April 1982 formulierte, siehe Dokument 9. Andrzej Friszke, *Porozumienie — mimo wszystko*, Prymasowska Rada Społeczna w stanie wojennym. [Einvernehmen – gleichwohl. Gesellschaftlicher Rat beim Primas in der Zeit des Kriegszustandes] w: *Wież*, URL: <http://laboratorium.wiez.pl/teksty.php?porozumienie_mimo_wszystko_prymasowska_rada_spoleczna&p=1> [7.7.2013]

70 AdSD, 1/HSAA0007314, Zur Lage in Polen und Überlegungen des polnischen Episkopates bezüglich eines Förderungsprogrammes der privaten Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden Bereiche (Handwerk, Handel und Dienstleistungen).

71 Ebd.

72 Die heftigste Kritik an der Haltung der Bundesregierung, insbesondere des Kanzlers, gegenüber den Wirtschaftssanktionen übte die amerikanische Presse. Dies war mit dem Besuch Schmidts in den USA und dem Zusammentreffen mit der amerikanischen Verwaltung verbunden. Es wurde vor allem die Haltung des Bundeskanzlers gegenüber den Wirtschaftssanktionen und gegenüber

war die Versicherung des polnischen Episkopats, sich ebenfalls gegen Sanktionen auszusprechen, ein wichtiges Element, das bestätigte, dass die von der deutschen Regierung geführte Politik im polnischen oppositionellen Lager Fürsprache fand, besonders in den Reihen der katholischen Kirche. Nach Meinung des Episkopats sollten Sanktionen, wenn sie verhängt werden müssten, die Staaten des Warschauer Pakts betreffen, die sich seit 1980 brutal in die internen Angelegenheiten Polens eingemischt und sogar im Namen des Schutzes des Sozialismus mit Intervention gedroht hätten.⁷³ In der Gemeinsamen Kommission aus Vertretern des Episkopats und der Regierung sprach man sich zweifach gegen Sanktionen aus, die eine Lösung der Krise erschweren würden und die Situation in Polen sogar verschlimmern könnten.⁷⁴ Eine andere für die SPD sehr wichtige Feststellung des Episkopats war die Anerkennung aller Kräfte im Westen, die sich gegen Wirtschaftssanktionen ausgesprochen hatten.

Bei der Analyse der Polen-Politik der SPD in den ersten Monaten des Kriegszustands kann man die These aufstellen, dass sie in bedeutendem Maße mit der Linie der katholischen Kirche in Polen übereinstimmte. Es ist nicht bekannt, inwieweit diese Politik tatsächlich aus den Konsultationen mit Kirchenvertretern resultierte oder ob diese einfach zufällig übereinstimmte. Ihre gegenseitige Kompatibilität war mit Sicherheit günstig für die SPD und ihre Politik. Sicher ist dagegen, dass breite Konsultationen sowohl mit den Kirchen in der Bundesrepublik als auch in Polen geführt wurden. In den Quellen beriefen sich die Sozialdemokraten nicht auf konkrete Papiere und Feststellungen, sondern auf allgemeine Meinungen aus Kirchenkreisen, ohne die Gesprächspartner zu nennen. Davon, dass die SPD Kontakte und Konsultationen mit der kirchlichen Seite zu den aktuellen Beziehungen zu Polen während des Kriegszustands hatte, gerade auch

den amerikanischen Maßnahmen kritisiert. Am 23. Dezember 1981 rief die amerikanische Verwaltung dazu auf, Wirtschaftssanktionen gegenüber Polen anzuwenden. Vgl. *Ronald Reagan*, Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten am 23.12.1981, *Europa Archiv* 36, 1981, 6, S. 163–164. Es begann eine Kampagne, die nach Meinung von Kanzler Schmidt sämtliche Anzeichen von Hysterie trug. Schmidt hingegen entschied sich nicht nur, die Wirtschaftshilfe nicht auszusetzen, was die internationale öffentliche Meinung und die Opposition erregte, sondern erklärte noch am 24. Dezember 1981, dass er keine Notwendigkeit sähe, dramatische Resolutionen zu verabschieden. Die amerikanischen Maßnahmen nannte er Pseudosanktionen von symbolischer Bedeutung, *Heep*, Helmut Schmidt und Amerika, S. 226.

73 AdsD, 1/HSAA0007314, Zur Lage in Polen und Überlegungen, S. 5.

74 Ebd.

zur deutschen katholischen Kirche, zeugt die Korrespondenz vom März 1982 zwischen Prälat Paul Bocklet, Leiter des Katholischen Büros des Kommissariats der Deutschen Bischöfe in Bonn, mit Eugen Selbmann, Leiter der Auslandsabteilung des Parteivorstands, und Wehner. Aus dieser Korrespondenz geht hervor, dass es am 3. März 1982 im Haus des Kommissariats der Deutschen Bischöfe zum Treffen Wehners mit Bocklet kam, in dessen Verlauf beide Fragen zur Lage in Polen besprachen. Obwohl beschlossen wurde, dieses Gespräch geheim zu halten, erschien am 10. März 1982 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Artikel mit dem Titel: „Bewegendes Plädoyer Wehners gegen Sanktionen“, in dem auf die Inhalte der im Büro geführten Gespräche verwiesen wurde. Dabei wurde das Thema Wirtschaftssanktionen gegenüber Polen thematisiert.⁷⁵ Von den Gesprächen und dem Meinungsaustausch nahm auch der Bundeskanzler Notiz, der in seinen Erinnerungen schrieb, dass er die Hierarchen der katholischen Kirche in Deutschland vielfach über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen informiert habe.⁷⁶

Die Analysen, eintreffende Briefe aus Polen sowie die Gespräche, die mit Würdenträgern der deutschen Kirche geführt wurden, waren nicht die einzigen Informationsquellen über die Situation in Polen und die Lage der katholischen Kirche, über die die SPD verfügte. Im Spätsommer 1982 besuchte Primas Glemp aus Anlass des Katholikentags in Düsseldorf (1. – 5. September 1982) die Bundesrepublik. Dabei kam es zu einem inoffiziellen Treffen des Bundeskanzlers mit dem Primas von Polen, bei dem über die Lage an der Weichsel gesprochen wurde. Nach der Überlieferung von Schmidt, die in seinen Erinnerungen enthalten ist, haben Schmidt und Glemp, obwohl sie sich nicht persönlich kannten, relativ schnell einen persönlichen Kontakt gefunden und ihre Gespräche außerordentlich offen und konstruktiv geführt. Unter anderem wurde über Jaruzelski gesprochen. Glemp nannte den General einen „echten polnischen Patrioten“, der zwar Kommunist sei, aber den Glauben und die katholische Kirche respektiere. In

75 AdsD, 1/ESAG000154, Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro Bonn, Leiter: Prälat Paul Bocklet an Dr. Selbmann, SPD-Bundestagsfraktion Bundeshaus vom 26.3.1982 sowie E. Selbmann an Prälat Paul Bocklet Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro Bonn vom 31.3.1982.

76 „Ich habe Kardinal Höffner und die Fuldaer Bischofskonferenz mehrfach sorgfältig über die Entwicklung der Deutsch-polnischen Beziehungen unterrichtet, auch über meinen Briefwechsel mit dem polnischen Primas Kardinal Wyszyński [...]“, *Schmidt, Weggefährten*, S. 382.

seinen Erinnerungen machte Schmidt darauf aufmerksam, dass sich der Primas des Ernstes der Lage, der Nähe der Sowjetunion und der geringen Möglichkeiten der polnischen Seite zu politischen Maßnahmen, bewusst war.⁷⁷ Außerdem äußerte Schmidt eindeutig, dass er als Bundeskanzler gerade dank der Kontakte zur Kirche, zum Vatikan und zu Johannes Paul II. sowie dank der Informationen aus diesen Kreisen eine nüchterne Sicht auf die polnische Frage behalten und seine eigene Politik betreiben konnte.⁷⁸

Zum erneuten Treffen Schmidts mit Glemp kam es vier Jahre später, während eines inoffiziellen Besuchs des ehemaligen Bundeskanzlers in Polen im Oktober 1986. Schmidt wurde nach Gnesen eingeladen, wo er die Gelegenheit zum Gespräch mit dem Primas hatte. In den bereits zitierten Erinnerungen ist ein Bericht über dieses Gespräch enthalten. Glemp soll sich erneut sehr gut über General Jaruzelski geäußert haben, ohne sich jedoch Worte zu sparen, die sich von einigen nichtdurchdachten Maßnahmen der Opposition im Schoße seiner Kirche zu distanzieren.⁷⁹

VII. Das Verhältnis der SPD zur katholischen Kirche in Polen nach 1982

Obwohl das Verhalten der SPD in der Frage der Wirtschaftssanktionen gegenüber Polen und ihre Beziehungen zur Jaruzelski-Regierung oder auch zur Reichweite und Intensivierung der Kontakte zur Opposition häufig kritisiert wurde, ist eindeutig zu sagen, dass die von den Sozialdemokraten geführte Politik sich inhaltlich nicht grundlegend von der Politik anderer Regierungen oder Parteien unterschied. Es gab jedoch einen wesentlichen Unterschied: Die SPD hielt sich mit Propagandaaktionen und medialem Echo zurück. Darüber wurde beispielsweise in den USA im November 1982 gesprochen, während der Reise von Wolfgang Biermann.⁸⁰ Der SPD-Mittler hatte dabei Gelegenheit, sich mit Vertretern

⁷⁷ Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn, S. 505.

⁷⁸ Schmidt, Weggefährten, S. 395f.

⁷⁹ Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn, S. 505.

⁸⁰ AdsD, SPD PV 10927, Wolfgang Biermann, Vermerk für Peter Glotz und Willy Brandt betr.: Auswertung meines USA-Aufenthaltes vom 14.9. bis 22.10.1982, vom 25.10.1982 sowie Ergänzung zum Bericht: USA – Reise vom 14.9. – 22.10.1982.

des amerikanischen Außenministeriums sowie mit militärischen und kirchlichen Kreisen auszutauschen. Einer der wichtigsten Gesprächspartner war der damalige Leiter der Abteilung für Angelegenheiten Mitteleuropas im amerikanischen Außenministerium, John Kornblum. Während der Gespräche bewertete Kornblum die sozialdemokratische Haltung zu verschiedenen Aspekten, unter anderem die Reaktion der SPD auf die Verhängung des Kriegszustands in Polen. Aus den Gesprächen ging hervor, dass die USA eigentlich keine Vorbehalte gegenüber den deutschen Maßnahmen in Bezug auf Polen hatten. Jedoch wurden sowohl die SPD als auch die CDU/CSU als zu „weich“ und „unmoralisch“ angesehen. Aus amerikanischer Sicht sei eine stärker moralgeleitete Politik der amerikanischen Öffentlichkeit besser zu vermitteln. Das feindliche Bild von der Sowjetunion und Osteuropa war so sehr im amerikanischen Bewusstsein verwurzelt, dass jede Maßnahme der Europäer im Hinblick auf die Härte der Position gegenüber dem sowjetischen Lager bewertet wurde. Dabei erwartete man keine konkreten Konfrontationsmaßnahmen, sondern lediglich öffentliche Positionierungen.⁸¹

Die guten Beziehungen der Spitzenpolitiker der Sozialdemokraten und ihre Kontakte zur kirchlichen Hierarchie in Polen hatten allerdings nicht zur Folge, dass alle Sozialdemokraten das Engagement der Kirche in Polen bei politischen Fragen verstanden und unterstützten. Vorbehalte gegenüber den politischen Aktivitäten der katholischen Kirche waren unter SPD-Mitgliedern weit verbreitet. Dies war auch darauf zurückzuführen, dass Katholiken sowohl in der SPD-Bundestagsfraktion als auch unter den Wählern der Sozialdemokratie zur Minderheit gehörten. Trotz der Vorbehalte war man sich der Position der Kirche in Polen und der Tatsache bewusst, dass sie eine stabilisierende Kraft in der politischen Situation war. Die Kirche wurde auch als einzige Institution angesehen, die angesichts der politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung zuverlässig funktionierte. Am deutlichsten illustrierte dies die Tatsache, dass im Rahmen der humanitären Hilfe der deutschen Bevölkerung die Caritas und die katholische Kirche als Garant für eine korrekte Aufteilung der Spenden angesehen wurden. Zur Zusammenarbeit entschied sich sogar die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die unter normalen Bedingungen keine Kontakte zur Caritas hielt und an sich

81 Ebd.

eng mit der deutschen Sozialdemokratie verbunden war. Die Zusammenarbeit verlief relativ harmonisch, zumindest bis Sommer 1983.⁸² Danach äußerte sich die AWO häufiger kritisch über die Art und Weise der Verteilung der Spenden. Nach ihren Beobachtungen wurde festgestellt, dass die Spenden meist an kirchennahe Personen gingen, nicht unbedingt an die Bedürftigen.⁸³

Für die Sozialdemokraten hatten die Meinungen aus den Kreisen des Primas den größten Stellenwert. Das bedeutete aber keineswegs, dass man sich der Meinungsdifferenzen innerhalb des Episkopats nicht bewusst war. Auch die Anzeichen für die Unzufriedenheit mit der von Primas Glemp betriebenen Politik wurden registriert, insbesondere, da die deutschsprachige Presse darüber berichtete. Zum ersten Jahrestag der Verhängung des Kriegszustands in Polen erschien ein Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung, in dem sich die Journalisten mit dem Konflikt innerhalb des Polnischen Episkopats beschäftigen. Dieser wurde mit der Situation im 18. Jahrhundert verglichen, als ein Teil der Geistlichen, darunter hauptsächlich die Bischöfe, die Politik des Zaren unterstützte, während die einfachen, patriotisch eingestellten Pfarrer im Konflikt mit der kirchlichen Hierarchie standen. Streitpunkt im Polen des 20. Jahrhunderts sollte das Treffen Glemps mit Jaruzelski zur Frage der Polen-Reise von Papst Johannes Paul II. sein. Gemäß den sogenannten „patriotischen Pfarrern“ wollte Glemp die Tatsache ausnutzen, dass Jaruzelski sehr an diesem Besuch gelegen war und daraus einen möglichst großen Nutzen für die kirchliche Verwaltung ziehen. Nach dem Appell Glemps an die Kulturschaffenden, den Boykott einzustellen, schrieb ein Teil des Klerus und der Bischöfe einen Brief an ihn. Effekt dessen war der Zorn des Primas, der die Autoren des Briefs mit politisierten Journalisten verglich. Deutsche Journalisten sprachen sogar davon, dass der Primas die bestehende politische Lage akzeptiert habe. Glemp verteidigte sogar die weltlichen Katholiken, die sich an der Arbeit der Patriotischen Bewegung für die Nationale Wiedergeburt (PRON) beteiligten. In der NZZ wurde auf die Tat aufmerksam gemacht,

82 Siehe dazu auch *Małgorzata Świder*, „Humanitaryzm polityczny“? Niemiecka Federacja Związków Zawodowych (DGB) i pomoc dla Solidarności [Politischer Humanitarismus? Deutscher Gewerkschaftsbund und Hilfe für Solidarność], in: *dies* (Hrsg.), *Polityka i humanitaryzm, 1980–1989* [Politik und Humanitarismus, 1980–1989], Thorn 2010, S. 125–152.

83 AdsD 1/HWAD000199, Vermerk Vorsitzender AK I, Prof. Dr. Horst Ehmke, betr.: Polenhilfe, hier: Eindrücke des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt vom 15.8.1983.

dass in Polen kritische Stimmen dazu zu hören seien, Wyszyński habe einen Fehler begangen, Glemp zum Primas zu machen. Als Jurist vertrete er eine stärker obrigkeitsstaatliche Position und dementsprechend habe er die Tendenz, Anforderungen der Machthaber an die Bevölkerung in einem Maße zu akzeptieren, die bisher der katholischen Kirche in Polen fremd war. Eine solche Haltung war eher charakteristisch für Protestanten als für Katholiken. So wurde angenommen, dass die positive Einstellung zu Personen, die mit Jaruzelski im Rahmen der PRON zusammenarbeiteten, aus der Tatsache resultieren konnte, dass gerade der Bruder von Glemp in dieser Bewegung engagiert war.⁸⁴

Nachdem die SPD mit dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 in die Opposition getreten war, stellte sie die Kontakte zur Kirche in Polen keinesfalls ein, sondern hielt sie aufrecht und maß ihnen weiterhin eine enorme Bedeutung zu, nicht nur im Hinblick auf das Prestige der Akteure, sondern auch auf die Validität der Informationen, die sie aus diesen Kontakten bezog. Wenn man über die Beziehungen der SPD zur Kirche in Polen spricht, darf man die westdeutschen Analysen des Verhältnisses des Papstes und der Verwaltung des Vatikans zur Opposition in Polen nicht unerwähnt lassen. Die SPD-Politiker beobachteten die Beziehungen zwischen Polen und dem Papst, um auf diese Weise die realen Kräfte, die in Polen wirkten, einschätzen zu können. So hat man zum Beispiel sehr intensiv die zweite Pilgerreise von Johannes Paul II. nach Polen und das Treffen des Papsts mit Wałęsa 1983 beobachtet, um die Bedeutung und Position von Wałęsa bewerten zu können. Die zweite Pilgerreise des Papstes war politisch wichtig, worüber im Verlauf des Besuchs eines Gesandten der polnischen Botschaft in Köln, Witold Sędziwy, beim SPD-Vorstand gesprochen wurde. Während seines Treffens mit Hans-Jochen Vogel und Eugen Selbmann⁸⁵ wurde das Problem der erneuten Kontaktaufnahme zwischen SPD und PVAP aufgegriffen. Sędziwy sah die Notwendigkeit, die Parteibeziehungen wieder aufzunehmen, was den Erfolg des Normalisierungsprozesses in Polen unterstrichen hätte. In diesem Kontext wurde der Papstbesuch als eigenständiges Kriterium zur Bewertung der inneren Lage in Polen angesehen. Sie sollte auch vorläufige Bedingung

84 Krise in der katholischen Kirche Polens. Konflikt zwischen Glemp und dem Klerus, in: Neue Züricher Zeitung, 12/13.12.1982.

85 AdsD, WBA, Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums, Sign. 52, Bl. 138, Aufzeichnung 8.7.1983.

für die Rückkehr Polens auf internationaler Ebene sein.⁸⁶ Diese Bewertung des geplanten Besuchs von Johannes Paul II. durch den Vertreter der polnischen Botschaft in Köln deckte sich vollständig mit den von der SPD vertretenen Bewertungen. Der Papst habe zwar keine Armee und Divisionen, aber eine riesige geistliche Kraft, die grundlegend, gut oder schlecht, auf den Verlauf der Ereignisse Einfluss nehmen könnte. So äußerte sich Vogel im Oktober 1983 auf einem Treffen mit Kazimierz Barcikowski. In Bonn notierte man, dass die Pilgerreise des Papsts zu Veränderungen beigetragen habe, die sowohl für die Opposition in Polen, und somit für die Bevölkerung, als auch für die Regierungsseite positiv seien. Die SPD-Politiker hielten es in Anerkennung der Position und Bedeutung des Papsts für Polen und Polens für den Papst für angemessen, sich mit der päpstlichen Verwaltung zu den Maßnahmen auszutauschen, die auf die Rückkehr der PVAP auf die internationale Politikbühne abzielten. Während Hans-Jochen Vogels Rombesuch traf der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Agostino Casaroli. Im Verlaufe dieser Unterredung sprachen die beiden über die Veränderungen, aufgrund derer die politische Isolierung Polens überwunden werden konnte. Sie führten dies auf den Besuch des Papsts in seiner Heimat zurück. Die SPD-Maßnahmen zur Wiederaufnahme der parteilichen Beziehungen mit Polen wurden vom Vatikan vollständig akzeptiert.⁸⁷

Für die Regierung der Volksrepublik war der Papstbesuch 1983 in Polen der Durchbruch der diplomatischen Blockade. Der Papst war das erste Staatsoberhaupt, das das Land nach der Verhängung des Kriegszustands besuchte. Bedeutungsvoll für die Überwindung der außenpolitischen Isolierung war, dass sich Papst Johannes Paul II. und General Jaruzelski die Hände reichten. Insbesondere das Treffen zwischen den beiden auf dem Wawel war eine wertschätzende Geste gegenüber der Regierung und dem Regierungschef. In den außenpolitischen

⁸⁶ Ebd., Bl. 140.

⁸⁷ AdsD, WBA, Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums, Sign. 52, Bl. 183 A II, Referat für Kirchenfragen vom 2.11.1983 sowie Burkhard Reichert, Rom-Reise des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, 28. – 30.10.1983, Bl. 186: „Dr. Vogel berichtete über die Kontakte mit einer Delegation der Sejm-Fraktion der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei. Es sehe jetzt die Situation gekommen, in der polnischen Gesprächspartner nicht weiter isoliert bleiben dürften. Insbesondere nach der Reise des Papstes im vergangenen Juni sehe er die Gelegenheit für die Wiederaufnahme von Kontakten und Gesprächen gekommen. Dieser Auffassung stimmte Kardinalstaatssekretär Casaroli in vollem Umfang zu.“

Analysen des Jahres 1983 wurde auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass die Pilgerreise des Papsts die letzte Chance war, ein gesellschaftliches Gleichgewicht in Polen unter gleichzeitiger Stärkung der Regierungsposition zu erreichen.⁸⁸ Da die Sowjetunion diesen Besuch ablehnte, wurde von der SPD anerkennend zur Kenntnis genommen, dass es Jaruzelski gelungen war, die sowjetische Seite von seinen Ansichten zu überzeugen. Wenn es ihm nicht gelungen wäre, hätte er wahrscheinlich den höchsten politischen Preis dafür zahlen müssen. Die Reise begünstigte auch die Bewertung der Position und Bedeutung von Wałęsa. Aus der Beobachtung ging hervor, dass Wałęsa im Grunde die einzige Symbolgestalt war, die mit der Idee des unabhängigen Gewerkschaftsbunds *Solidarność* identifiziert wurde. Nichtsdestoweniger gehörten Wałęsa und *Solidarność* bereits zur Geschichte. Die Kirche in Polen war schon lange von der *Solidarność* abgerückt, währenddessen sie aber gleichzeitig deren Ideen propagierte und vollständig unterstützte. In der Frage der Zukunft Polens war, so die Analyse, wichtig, was Jaruzelski entschied und nicht Wałęsa.⁸⁹ Bei der Analyse wurde auch auf die aktuelle Position der Kirche in Polen aufmerksam gemacht. Vor allem demonstrierte die Kirche ihre Einflusskraft auf die Bevölkerung und ihre politische Macht.⁹⁰ Gleichzeitig wurde auf einen politischen Aspekt aufmerksam gemacht, der Kirche, Bevölkerung und Regierung bedingungslos vereinte: die Frage nach der Westgrenze Polens.⁹¹ Der Besuch des Papsts in Schlesien war nicht ausschließlich eine Geste guten Willens gegenüber der Jaruzelski-Regierung, sondern auch eine Demonstration der Ansichten der Kirche in Polen.

88 AdsD, 1/ESAG000138, Zur Lage in Polen nach dem Papst-Besuch, Warschau, 25.6.1983.

89 „Die Demonstrationen am Rande des Papst-Besuches, die ja zu erwarten waren, sind ebenso wie die Begegnung des Papstes mit Walesa im Westen überarbeitet worden. Wenn es um die Zukunft Polens geht, entscheidet Jaruzelski und nicht Walesa. Was Jaruzelski mit dem Papst bespricht, hat Gewicht für dieses Land. Man muß im Westen endlich begreifen: Walesa ist bereits eine historische Symbolfigur, über die die Zeit hinweggegangen ist. Er ist das personifizierte Symbol für die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“, die ebenfalls der Vergangenheit angehört.“ AdsD, DGB-Archiv, BDG-BV, Internationale Abt. unverzeichnete Akten, Nachlieferung 2002, vorläufige Nr. 344, Zur Lage in Polen nach dem Papst-Besuch [Klaus Reiff], Warschau vom 25.6.1983.

90 In der Bundesrepublik wurde man darauf aufmerksam, dass die Kirche, im Gegensatz zu allen anderen Kräften, durch die Verhängung des Kriegszustands nicht verloren hatte. Ganz im Gegenteil, nicht nur, dass sie die Errungenschaften aus den Jahren 1980–1981 beibehielt, sie konnte sie auch teilweise ausbauen, zum Beispiel im Fall der Caritas. *Theo Mechtenberg*, Polens Kirche im Jahr des Papstbesuches, in: Aktuelle Ostinformationen 15, 1983, 3 f, hier: S. 2.

91 AdsD, 1/ESAG000138, Zur Lage in Polen nach dem Papst-Besuch.

Die SPD verließ sich auf die Meinung der Kirche in Polen. Die Einschätzungen der aktuellen Lage, die von der Kirche verkündet wurden, nutzte die Partei bei direkten Kontakten zur Regierung oder auch bei der Planung des Programms für Reisen nach Polen. Ein Beispiel für einen solchen Ratschlag, der von der Geistlichkeit gegeben wurde, ist der Prozess zur Festlegung des Programms für die Reise von Hans-Jochen Vogel nach Polen 1984. Vogel trug sich mit der Absicht, das Grab von Pfarrer Jerzy Popiełuszko⁹² in Warschau zu besuchen. Jedoch rieten ihm, wie aus einer separaten Notiz hervorgeht, kirchliche Kreise dazu, von diesen Plänen Abstand zu nehmen.⁹³ Die Folge davon war, dass sich offizielle SPD-Delegationen enthielten, Gesten in Verbindung mit dem Grab Popiełuszko zu tätigen.⁹⁴

In der Zeit nach 1982 als die SPD in der parlamentarischen Opposition war, kam es zu einigen sehr wichtigen Treffen an der Spitze. Allerdings änderte sich im Laufe der Zeit der Schwerpunkt der Gespräche zwischen den Sozialdemokraten und der Kirche in Polen. Es wurde immer seltener über die *Solidarność* gesprochen, sondern mehr über wesentliche Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen. Als Beispiel sei das Problem der deutschen Minderheit in Polen genannt. Unter den direkten deutsch-polnischen Kontakten verdient das Treffen von Willy Brandt mit Primas Glemp im Dezember 1985 besondere Aufmerksamkeit.

92 Jerzy Popiełuszko (* 14.9.1947 in Okopy bei Suchowola als Alfons Popiełuszko; † 19.10.1984 bei Leslau) war ein polnischer römisch-katholischer Priester, der aufgrund seiner Unterstützung der Opposition um die *Solidarność* von der *Śłużba Bezpieczeństwa*, dem polnischen Staatssicherheitsdienst, ermordet wurde. Die Beerdigung am 3. November 1984 in der St.-Stanisław-Kostka-Gemeinde in Warschau, an der bis zu 800.000 Menschen teilnahmen, wurde zu einer Demonstration gegen die kommunistische Staatsmacht. Im Jahr 2010 wurde Popiełuszko seliggesprochen. Sein Grab besuchten bisher etwa 24 Millionen Pilger, darunter Persönlichkeiten wie Johannes Paul II., George W. Bush und Margaret Thatcher. Siehe hierzu auch *Ewa, Czaczkowska/Tomasz, Wiślicki*, *Książd Jerzy Popiełuszko* [Prister Jerzy Popiełuszko], Warschau 2004.

93 AdsD, 1/HEAA000622, Herrn Thomas Meyer, Gustav-Heinemann-Akademie, Bonn, den 14.1.1986.

94 Ein sehr interessantes Referat mit dem Titel: *Śmierć księdza. Grób Jerzego Popiełuszki jako międzynarodowe miejsce pamięci* [Tod eines Priesters. Das Grab von Jerzy Popiełuszko als transnationaler Erinnerungsort] hat Dr. Robert Brier vom Deutschen Historischen Institut in Warschau auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz, „Politik und Humanitarismus. Internationale Kontakte der Regierung und der Opposition in den Jahren 1980–1989“, die im November 2009 vom Institut für Geschichte der Universität Oppeln organisiert wurde, gehalten.

Über die Notwendigkeit eines Treffens von Willy Brandt mit dem Primas von Polen und den Mitgliedern des Klubs der katholischen Intelligenz schrieb im September 1985 Hans Koschnick.⁹⁵ Im Bewusstsein der Mächteverhältnisse in Polen war es, um die Autorität Brandts sowohl in den polnischen Oppositionsgruppen als auch auf internationaler Ebene zu bewahren, notwendig, ein Treffen mit kirchlichen Kreisen zu organisieren. Der SPD-Vorsitzende wie auch die Partei selbst konnten in dieser Frage Fehler machen und fehlendes Interesse an der Entwicklung der Lage in Polen – im Hinblick auf die Oppositionsbewegung – zeigen, insbesondere, da es vonseiten der polnischen Regierung keine Hindernisse bei der Planung dieses Treffens gab. Die einzige Bedingung war, dass es außerhalb des offiziellen Protokolls des Aufenthalts stattfinden sollte. Zu diesem Treffen kam es am 9. Dezember 1985. Dabei wurden grundsätzlich zwei Themen angesprochen: die Frage der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße und der weit verstandenen Beziehungen zwischen Staat und Kirche. In der Frage der Westgrenze äußerte Glemp den Wunsch, über dem Vertrag von 1970 hinaus zu gehen. Insbesondere Polen und Deutsche sollten die Chance nutzen, in Richtung eines neuen Europas zu gehen, sie sollten auch über die bestehende Realität sprechen. In dieser Frage könne Willy Brandt helfen, indem er die deutschen Bischöfe beeinflusste, nicht mehr in den Kategorien der Grenzen von 1937 zu denken. Ihm nahm auch auf die deutschen Überbleibsel in den Westgebieten Bezug. Glemp war bekannt, dass deutsche Friedhöfe und Denkmäler in Polen nicht entsprechend geschützt wurden. In dieser Frage äußerte die polnische Kirche ihren guten Willen, zu einer Veränderung beizutragen. Außerdem war sich die Kirche des deutschen intellektuellen Erbes bewusst.⁹⁶ Dieser Gedankenaustausch wich im Grunde inhaltlich nicht von dem Gespräch Horst Ehmkes mit Bischof Dąbrowski ab, das am 26. September 1985 stattgefunden hatte. Dabei äußerte sich Dąbrowski auch kritisch über die deutsche katholische Kirche, die Kontakte zu den radikalen Vertriebenenorganisationen unterhielt. Die Angabe, dass 1,2 Millionen Deutsche in Polen lebten, sei absurd. Er selbst schätzte die Zahl der deutsch sprechenden Personen auf einige Tausend, weswegen er

95 Mehr zu diesem Besuch siehe bei *Małgorzata Świder*, Willy Brandt w Warszawie – grudzień 1985 rok [Willy Brandt in Warsaw – December 1985], in: *Śląski Kwartalnik Historyczny* Sobótka 65, 2010, 2, S. 245–267.

96 AdsD, 1/HEAA000454, Vertrauliche Aufzeichnung betr.: Gespräch Willy Brandts mit dem Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp am 9.12.1985 vom 20.12.1985.

die deutschen katholischen Forderungen nach Messen in deutscher Sprache als grundlos betrachtete.⁹⁷

In Fragen der Beziehungen zwischen Kirche und Staat wurden das Problem der landwirtschaftlichen Stiftung der Kirche sowie die Gestaltung der Beziehungen zur Regierung nach den Sejm-Wahlen angesprochen. Diese Beziehungen waren zwar nach Glemps Einschätzung in letzter Zeit schlechter, es gab dennoch keine radikalen Angriffe auf die Kirche von Seiten des Staates. Der Staat wolle die Kirche seinen Rechtsvorschriften unterordnen, was Glemp grundsätzlich nicht ablehnte, jedoch aufgrund der eigenen Macht und Position der Kirche in Polen relativierte, weswegen er forderte, diese zu akzeptieren. Die bilateralen Beziehungen seien zwar sehr schwierig, funktionieren aber. Die besonders schwierigen Fragen wurden persönlich zwischen Glemp und Jaruzelski besprochen. An dieser Stelle äußerte Glemp seine Anerkennung für Jaruzelski, in dem er dessen Realismus betonte.⁹⁸ Die Beziehungen der SPD zur Kirche in Polen waren einträglich. Freilich waren dies keine Beziehungen, von denen häufig auf den Titelseiten der Zeitungen gesprochen wurde. Jedoch schienen sie beide Seiten zufriedenzustellen. Die wichtigsten sozialdemokratischen Politiker schätzten die Kirche, ihre Position und Macht in Polen. Sie gingen sehr ernsthaft an die Partnerschaft mit ihr heran. Dank der zahlreichen Kontakte ist anzunehmen, dass im Laufe der Zeit die Treffen der Geistlichen mit den Sozialdemokraten deutlich an Exotik verloren haben. Gewiss wurde dies von der politischen Lage in Polen sowie durch die Vorstellungen der Sozialdemokratie als Partei gefördert. Die SPD äußerte sich in einigen Fragen, zum Beispiel der Frage der Westgrenze, deutlich gemäßigter als die Christdemokraten. Dies einbeziehend gab es Situationen, in denen die Kirche in Polen eindeutig Kontakte zu SPD-Funktionären bevorzugte. Beispielsweise wurde 1983 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Notiz zum Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen angefertigt. Dabei wurde unterstrichen, dass nach den Informationen, die aus dem Sozialrat des Primas eingegangen waren, die polnische Seite die Kontakte zur Friedrich-Ebert-Stiftung beibehalten und noch weiterentwickeln wolle. Der Primas soll geäußert

97 AdsD, 1/HEAA000756, Arbeitskreis I, betr.: Gespräch Horst Ehmke mit Weihbischof Dabrowski [Dąbrowski] außenpolitischen Berater von Primas Glemp am 26.9.1985 in Warschau.

98 „General Jaruzelski ist sehr realistisch, was das Verhältnis zwischen Kirche und Staat betrifft. Dieser Dialog sollte nicht von außen durch Druck belastet werden.“ Ebd.

haben, dass ihm politisch die Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratischen Stiftung besser als mit der Adenauer-Stiftung passe. In diesem Fall ging es um das politische Umfeld dieser beiden Stiftungen und ihre Haltung gegenüber dem Warschauer Vertrag von 1970.⁹⁹

Genauso positiv äußerte sich Primas Glemp 1987 zur Rolle der SPD im Hinblick auf den Friedensprozess. Auf dem Rückweg von Brüssel, auf dem Flughafen in Frankfurt am Main, kam es zum Treffen des Primas mit Vertretern der Botschaft der Volksrepublik Polen in Köln. Glemp kehrte gerade von einer Konferenz der Bischöfe Europas zurück, auf der an einer Erklärung zur Abrüstungspolitik gearbeitet wurde. Während des Treffens mit Diplomaten aus der polnischen Botschaft wurde über das Gespräch Glems mit Kardinal Höffner zur geplanten Strecke der dritten Pilgerreise des Papstes nach Polen berichtet.¹⁰⁰ Höffner und seine Umgebung reagierten nervös auf Gerüchte, dass der Papst Breslau, Stettin und Danzig besuchen wolle, während er gleichzeitig auf Ungarn als Beispiel für eine gute Lösung der Frage der deutschen Minderheit verwies. Daraus resultierte, dass sich das deutsche Episkopat weiterhin einer Anerkennung der Westgrenze Polens enthielt. In diesem Kontext lobte Glemp die Entspannungspolitik und die Haltung der SPD. Das Lob für die SPD konnte mit zwei Aspekten verbunden sein. Erstens würdigte Glemp die Rolle der SPD bei den Abrüstungsinitiativen, zweitens kam es in Deutschland im Frühjahr 1987 zu Auftritten, die in Polen als revisionistisch bewertet wurden. In einer solchen Situation suchte die Regierung, und in diesem Fall ist es nicht ausgeschlossen, auch das polnische Episkopat, einen Ersatzpartner für politische Gespräche. Da die Christdemokraten die Revisionisten unterstützten, schätzte man die Sozialdemokraten, die sich in der parlamentarischen Opposition befanden.

VIII. Fazit und Ausblick

Bei der Bewertung der Beziehungen der SPD zur katholischen Kirche kann man sie mit einer Vernunftbeziehung vergleichen. Wie es scheint, war beiden Partnern das Fehlen besonderer Sympathie bewusst, jedoch wurde im Angesicht der

⁹⁹ AdsD, 1/WPAD000199, Aktennotiz, Klaus Reiff, FES, 1983.

¹⁰⁰ AdsD, 1/ESAG000248, Notiz, Eugen Selbmann, 16.3.1987.

herrschenden Lage und zum Wohle beider Seiten im Laufe der Zeit eine Praxis der gegenseitigen Kontakte erarbeitet, die von Respekt und Ernsthaftigkeit geprägt waren. Ganz deutlich waren die gegenseitigen Beziehungen so wertvoll, dass sie während des ganzen hier untersuchten Zeitraums aufrechterhalten wurden. Für die SPD waren sie integraler Bestandteil ihrer Politik und dienten zeitweise der Verifizierung von Informationen zu Polen, die durch andere Kanäle erlangt wurden. Inwieweit sie notwendig oder auch nützlich für die Kirche in Polen waren, ist schwer zu sagen, da es keinen Zugang zu deren Quellenmaterialien gibt. Sicher ist hingegen, dass die polnische Kirche auf den Bedarf an Kontakten, der seitens der deutschen Sozialdemokratie signalisiert wurde, geantwortet hat.

Die Kirche in Polen spielte in den schwierigen 1980er Jahren eine wichtige Rolle und das nicht nur aus Sicht der Politik. Vor allem bezeugten die Kirchenhierarchen mit dem Primas an der Spitze ihre Verantwortung für das Schicksal der Nation. Indem sie die Organisation der Struktur der *Solidarność* unterstützten, indem sie ihre Berater wurden, brachten sie ihre Meinung und die Erwartungen der polnischen katholischen Bevölkerung, die sich für diese Begegnung engagierten, zum Ausdruck. Besonders nach Verhängung des Kriegszustands am 13. Dezember 1981 haben die Kirche und vor allem der Primas, indem sie zur Ruhe und nicht zum Aufstand aufriefen, eine pazifizierende Haltung eingenommen. Für den Primas, der im Krieg aufgewachsen war, war die Angst vor dem Blutvergießen wie ein Trauma. Darum wollte er auch die Polen vor einem weiteren Krieg schützen.¹⁰¹

Auch die polnischen Gläubigen schätzten die damalige politische Rolle der Kirche und ihre Erfolge. In einem Bericht über soziologische Untersuchungen, die 2010 über die Erinnerung an die *Solidarność* durchgeführt wurden, fanden sich unter anderem Ergebnisse der Untersuchungen zur Rolle der Kirche und des Papstes in dieser Zeit. Beinahe alle Teilnehmer der Studie hoben die ideelle und symbolische Bedeutung der Kirche hervor und betonten die Auswirkungen der katholischen Positionierungen auf die damalige Bevölkerung. In der Kirche fanden nicht nur Katholiken ihren Platz, denn, wie einer der Teilnehmer sagte: „Aber schließlich waren bei der *Solidarność* auch Atheisten, es gab Leute, die der

101 Kindziuk, Kardynał Józef Glemp, S. 191 und 194.

Kirche etwas abseits standen.“¹⁰² Es ist anzunehmen, dass der Akzent der Kirche, der auf Menschen- und Bürgerrechte gelegt wurde, die eine solche wichtige Rolle in der Zeit der ersten Pilgerreise des Papstes nach Polen 1979 gespielt haben, eine Botschaft für alle in sich trug. Auch Atheisten begannen, an die Botschaft der Kirche zu glauben.¹⁰³ So schreibt Ireneusz Krzemiński 2010 in dem genannten Bericht: „Die Menschen standen aus dem Kniefall auf, fühlten sich als Personen, was einer der wichtigsten Begriffe Johannes Pauls II. am Anfang seines Pontifikats war. Der Nationalstolz spielte hier auch eine bedeutende Rolle. Die Verbindung zwischen dem Gefühl des Nationalstolzes – ein Pole ist Papst! – und dem gleichzeitigen Gefühl der persönlichen Würde eines jeden Menschen, der zur Freiheit und Verantwortung für sich, für seine Angehörigen, seine nationale und menschliche Gemeinschaft geschaffen wurde, das waren der Hintergrund und die Basis, die die Grundlage für die Antwort auf die Frage darstellte: was tun?“¹⁰⁴ Die außerordentliche Bedeutung von Johannes Paul II. bei den Veränderungen in Polen spiegelte sich auch in den Umfrageergebnissen wieder. Als Antwort auf die Frage, was am meisten zum Untergang des kommunistischen Systems beigetragen hat, verwiesen 60 % auf das Pontifikat von Johannes Paul II.¹⁰⁵

102 Zit. nach: *Solidarność – doświadczenie i pamięć*. Praca przygotowana przez Ireneusza Krzemińskiego wraz z zespołem [Solidarność – Erfahrung und Gedächtnis. Forschungsarbeit vorbereitet durch Ireneusz Krzeminski und Team], Danzig 2010, S. 139.

103 Ebd.

104 Ebd., S. 137.

105 Ebd., S. 140.

Anhang¹⁰⁶

1. Mitteilung über die Sitzung des Hauptrats des Polnischen Episkopats, August 1980

Quelle: Komunikat z posiedzenia Rady Głównej Episkopatu Polski, [in:] Komunikaty Konferencji Episkopatu Polski 1945–2000, Jan Żaryn (Red.), Sekretariat Konferencji Episkopatu Polski, Pallottinum 2006, S. 232–233.

Am Feiertag der Mutter Gottes von Tschenstochau, am 26. August 1980, hat an der nationalen Wallfahrtsstätte auf der Jasna Góra [Klarenberg] der Hauptrat des Polnischen Episkopats auf einer außerordentlichen Sitzung getagt.

1. Der Hauptrat des Episkopats hat in tiefer Sorge um das Wohl des Volks und des Staats sowie auch jedes Bürgers den aktuellen Stand der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Spannungen in unserem Land begutachtet. Die Quellen für diese Spannungen sind kompliziert. Sie sind Ausdruck der seit Jahren bohrenden Unzufriedenheit, die aus den begangenen Fehlern resultiert. Nur in einer Atmosphäre der Ruhe und der inneren Ordnung kann diese erfolgreich befriedigt werden.

Der Hauptrat des Episkopats bringt seine Anerkennung zum Ausdruck, sowohl gegenüber den streikenden Arbeitern und ihren Komitees, als auch gegenüber den Machthabenden, dafür, dass sie Störungen der öffentlichen Ordnung nicht zugelassen haben. Das beweist bürgerliche und politische Reife.

Die bisherige Haltung lässt hoffen, dass sich in einem redlichen Dialog zwischen den aufgestellten Streikkomitees und den Delegationen der Vertreter der Politik und Regierung für alle strittigen Probleme eine Lösung findet, was im Interesse des Volks liegt.

Eine schnelle Lösung dieser Probleme ist ein Gebot der Stunde. Darum sollte sich dieser Dialog durch die Bereitschaft auszeichnen, Lösungen zu finden, die

106 Alle Texte aus dem Polnischen wurden von Sonja Stankowski übersetzt.

für beide Parteien annehmbar sind. Die Polen müssen sich miteinander verständigen und ihre Probleme im eigenen Haus selbst lösen können.

Die erzielten Vereinbarungen, die durch entsprechende Garantien gewährleistet werden, sollten die Streiks beenden, damit es möglich wird, dass die nationale Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben in Frieden bestehen können. Die Vereinbarungen sollten von beiden Parteien eingehalten werden, nach dem Grundsatz: *Pacta sunt servanda*.

2. Der Haupttrat des Episkopats macht im Rahmen seines seelsorgerischen Dienstes am Volk die gesamte Bevölkerung auf die Handlungs- und Vorgehensweise aufmerksam, die aus dem Geist des Evangeliums hervorgeht, auf die Grundsätze der Liebe und gesellschaftlichen Gerechtigkeit bei der Geltendmachung und Befriedigung von Rechten. Indem er dazu aufruft, Ordnung, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, betont er mit aller Kraft und erinnert alle daran, dass die Bedingung für den inneren Frieden die Respektierung der unveräußerlichen Rechte des Volks ist.

Zu diesen Rechten gehören:

- das Recht auf Gott, auf die volle bürgerliche Freiheit, darunter auf die religiöse Freiheit und das freie Handeln der Kirche, auf faktische, und nicht deklarierte Toleranz gegenüber Überzeugungen;
- das Recht auf würdige Existenz jeder Familie, auf die öffentliche Lehre und die Erziehung, die ihren Überzeugungen entspricht;
- das Recht auf Wahrheit, die unter anderem durch redliche Information und im ehrlichen Dialog der Machthabenden mit der Bevölkerung erreicht wird;
- das Recht, die vollständige nationale Geschichte und Kultur kennenzulernen, sich die Wahrheit zu eigen zu machen und zum Ausdruck zu bringen, auf Meinungsfreiheit und Ähnliches;
- das Recht auf Brot, das für alle Bürger nach Bedarf zugänglich ist;
- das Recht, individuell Land in landwirtschaftlichen Betrieben zu besitzen und über es zu verfügen und Bedingungen zu schaffen, die die individuelle

Entwicklung von landwirtschaftlichen Höfen begünstigt. Dies macht sie ergiebiger, stärkt die Familie, verbindet das Volk mit der Heimat Erde, was alles der polnischen Staatsräson dient;

- das Recht auf Arbeit, die gemäß den der Würde und der Freiheit des arbeitenden Menschen ausgeübt wird;
- das Recht auf rechtmäßige Entlohnung für die ausgeführte Arbeit;
- das Recht auf Versammlung der Bürger, auf Eigenständigkeit der Vertretungen von Arbeitnehmern und Selbstverwaltungen. In dieser letzten Frage lehrt das Zweite Vatikanische Konzil: „Eines der grundlegenden Rechte der menschlichen Person ist das Recht der im Arbeitsverhältnis stehenden Menschen, in voller Freiheit Organisationen zu gründen, die sie echt vertreten und imstande sind, zur rechten Gestaltung des Wirtschaftslebens einen wirksamen Beitrag zu leisten, wie auch sich in diesen Organisationen frei zu betätigen, ohne Gefahr zu laufen, deswegen irgendwelchen Nachteilen ausgesetzt zu sein.“ (Pastorale Konstitution, 68). Das sind einige Rechte, die gegenwärtig zu betonen sind.

3. Die polnische Nation braucht eine wahrhafte moralische und gesellschaftliche Erneuerung, um den Glauben an sich selbst und an ihre Zukunft zu erneuern. Dies soll Vertrauen in die eigenen Kräfte und die moralischen Energien wecken sowie die gesellschaftliche Opferbereitschaft stärken, um der Schwere der Arbeit und den notwendigen Entbehrungen gerecht zu werden, die alle erwarten. Eine dringende Notwendigkeit ist es, das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Regierenden wiederaufzubauen, um in gemeinsamer Anstrengung eine bessere Zukunft der Heimat aufzubauen und die Interessen der Nation und der Regierung zu schützen.

4. Der Haupttrat des Episkopats ordnet im Rahmen der Bischofskonferenz im gesamten Heimatland Gebete an, um eine glückliche und für das Land günstige Lösung der bestehenden Spannungen und entstandenen Schwierigkeiten zu erreichen. Zeitpunkt und Form dieser Gebete legen die Diözesanbischöfe fest.

Warschau, den 27. August 1980 (PO 36/80)

2. Mitteilung über die Sitzung des Hauptrats des Polnischen Episkopats, Dezember 1981

Quelle: Komunikat z posiedzenia Rady Głównej Episkopatu Polski, [in:] Komunikaty Konferencji Episkopatu Polski 1945–2000, Jan Żaryn (Red.), Sekretariat Konferencji Episkopatu Polski, Pallottinum 2006, S. 258–260.

Am 15. Dezember 1981 fand in Warschau die Sitzung des Hauptrats des Polnischen Episkopats unter der Leitung von Erzbischof Józef Glemp, Primas von Polen, statt.

Der Hauptrat des Episkopats, der sich in der Situation des Kriegszustands versammelt hat, richtet auf Grundlage der Informationen, die über die Lage in unserem Heimatland verfügbar sind, an die Gläubigen der katholischen Kirche Worte der Hingabe, der Einheit und des brüderlichen Mitgefühls. Unser Leid ist das Leid der gesamten Nation, die von militärischer Gewalt terrorisiert wird. Viele Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung sind interniert worden. Diese Internierungen werden ausgeweitet und umfassen Arbeiter, Kulturschaffende, Wissenschaftler und Studenten. In vielen Arbeitsbetrieben werden Streiks ausgerufen. Die Unsicherheit und Machtlosigkeit der Arbeitswelt ruft verstärkt Emotionen, Verbitterung und Hass hervor, die bis zur Ereiferung und Entschlossenheit reichen.

Die dramatische Entscheidung der Regierung, den Kriegszustand in unserem Land zu verhängen, stellt einen Schlag gegen die Erwartungen und Hoffnungen der Bevölkerung dar, dass man auf dem Wege einer nationalen Einigung die bestehenden Probleme unseres Heimatlands lösen kann. Das moralische Empfinden der Bevölkerung ist durch die drastische Einschränkung der Bürgerrechte hart getroffen worden. Die Kirche verteidigt – gemäß ihrer Mission – immer die Menschenrechte und die Menschenwürde, die die Grundlage der gesellschaftlichen Ethik darstellten, sie verteidigt ebenso den Staat als gemeinsames Gut. Es wird die Zeit kommen, in der wir die volle Wahrheit über die Gründe für die Verhängung des Kriegszustands erfahren werden. Jedoch sind schon heute positive Maßnahmen zu ergreifen.

Mit dem Gefühl der Mitverantwortung für die Nation bringt der Haupttrat des Polnischen Episkopats, ohne auf die Grundrechte und Errungenschaften des gesamten Volks zu verzichten – eine nicht zu veräußernde Errungenschaft – den dringenden Appell vor, Ruhe zu bewahren und die Leidenschaften und den Ärger zu beruhigen. Wir glauben daran, dass die Nation vor der demokratischen Erneuerung, die in unserem Heimatland begonnen hat, nicht zurückweicht und nicht zurückweichen kann. Nur nüchtern betrachtet kann ein Programm zur nationalen Rettung und Souveränität gebildet werden.

Darum wollen wir, dass sich Kirche und Bevölkerung auf folgende Bestrebungen konzentrieren:

1. die Internierten freizulassen, und ihnen bis zu ihrer Freilassung menschenwürdige Bedingungen zu schaffen. Denn es sind viele Mißstände bekannt, von der Internierung mancher Häftlinge in kalten Räumen ohne warme Bekleidung.
2. die Gewerkschaften, insbesondere die Gewerkschaft „Solidarność“ wiederherzustellen, gemäß ihrer Satzung. Damit verbunden ist, dem Vorsitzenden und dem Präsidium das freie Handeln zu ermöglichen. Die Gewerkschaft „Solidarność“, die die Rechte der arbeitenden Menschen verteidigt, ist notwendig, um das Gleichgewicht des gesellschaftlichen Lebens wiederherzustellen.

Der Haupttrat des Polnischen Episkopats ruft alle Gläubigen zum dringenden Gebet um die Einheit der Nation und den Frieden in der Heimat auf. Er bittet um Gebete in den Kirchen und Wallfahrtsstätten. Möge die Heiligste Mutter, die der Verteidigung der Nation dient, zu den bevorstehenden Weihnachtsfeiertagen Ordnung in die Gewissen und Frieden in die Herzen bringen. Möge jeder Tag des Gebets und des Gottvertrauens eine Zurückweisung des Blutvergießens und der Gewalttaten sein. Möge es ein Näherbringen des Friedens Christi auf dem harten Weg der Erneuerung sein.

Denken wir im Geiste des Glaubens daran, dass letztendlich alle in der Hand Gottes liegen.

Warschau, den 15. Dezember 1981

Pro Memoria

Die Bischöfe werden gebeten, so gnädig zu sein:

- 1) an die Wojewodschaftsmilitärkommissare auf Freilassung der Internierten zu appellieren, insbesondere der Familienväter und -mütter und der Kranken;
- 2) sich darum zu bemühen, dass Internierte eventuell während der Weihnachtsfeiertage Besuch empfangen dürfen;
- 3) den Familien der Internierten moralische und materielle Hilfe zu leisten;
- 4) die Möglichkeit zu erwägen, den Dechanten besondere Seelsorgevollmachten einzuräumen.
- 5) Die streikenden Arbeiter haben, genauso wie die Internierten, das Recht auf den sakramentalen Seelsorgedienst.
- 6) An Sonntagen und Feiertagen beten sie für die Nation und den gesellschaftlichen Frieden im Lande.
- 7) Im Kontakt mit den Streikführern beziehungsweise den streikenden Arbeitern sind diese von der Einstellung zu überzeugen, die in der Mitteilung des Hauptrats vom 15. Dezember 1981 zum Ausdruck gebracht wurde.
- 8) Die Pröbste der ländlichen Gemeinden werden die Landwirte an die Pflicht erinnern, die Bevölkerung zu ernähren.
- 9) Um die Aufhebung der Polizeistunde in Warschau bittet der Sekretär des Episkopats.
- 10) Während der Polizeistunden sollten die Pfarrer, die sich auf Krankenbesuch begeben, den Kaplansausweis mit sich führen.

3. Wojciech Jaruzelski an Erzbischof Józef Glemp, Primas von Polen, Februar 1982

Quelle: Jego Ekszelencja Ksiądz Arcybiskup Józef Glemp, Przewodniczący Konferencji Episkopatu Polski, Prymas Polski, Warszawa. Wojciech Jaruzelski, generał armii, Przewodniczący Wojskowej Rady Ocalenia Narodowego, Warszawa 22 lutego 1982 r. Projekt tajny do czasu doręczenia, AAN Warszawa, KC PZPR XI C/64, Bl. 2–8.

Seine Exzellenz Erzbischof Józef GLEMP Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz, Primas von Polen Warschau, Wojciech Jaruzelski, General der Armee, Vorsitzender des Militärrats zur Nationalen Rettung Wojciech Jaruzelski, Warschau, 22. Februar 1982, geheim.

Ich danke Ihnen, Herr Primas, für den an mich gerichteten Brief vom 4. des laufenden Monats. [Februar 1982]. Mit Anerkennung nehme ich die in ihm deklarierten Anstrengungen „für die nationale Versöhnung und Verständigung“ auf.

Aus dem ersten Teil Ihres Briefes resultiert die Sorge des Herrn Primas um die Fortsetzung der Erneuerung und die Wiederherstellung der Tätigkeit von Gewerkschaften. Ich teile die Meinung dazu, dass die nationale Verständigung grundlegende Bedeutung für die Normalisierung des Lebens und für den gesellschaftlichen Frieden hat.

Wir unterscheiden uns also nicht in der Bewertung fundamentaler Grundlagen, auf denen der gesellschaftliche Frieden, die Angelegenheiten des Volkes und das Wohl des Staats aufgebaut werden sollte.

Gewisse Meinungsverschiedenheiten tauchen erst in der Bewertung der Quellen der Entstehung von gesellschaftlichen Unruhen in Polen auf, ihrer Reichweite und ihres Charakters, sowie ebenso in der Wahl der Mittel, die zur nationalen Einigung führen sollen.

Es ist zu betonen, dass die Vertreter der Kirche sowohl auf zentraler Ebene als auch auf Diözesanebene über die Entwicklung der Situation und die Gefahren, die über die Heimat hereingebrochen sind, informiert worden sind.

In den Gesprächen mit dem verstorbenen Herrn Primas und sowie mit Seiner Exzellenz habe ich mit ganzer Offenheit den Verlauf der Ereignisse dargestellt,

die Absichten der feindlichen und unfreundlichen Kräfte. Die Bewertung der Situation und ihre vorhergesehene Entwicklung werden durch das Leben bestätigt.

Ich betone, dass es nicht die Regierung war, sondern die Kräfte, die konsequent auf den Umsturz der legal bestehenden Machthaber der Volksrepublik abzielten, die die Einführung des Kriegszustands verursacht haben.

Es hätte doch anders sein können. Wir strebten an, dass die nationale Verständigung über den gefährlichen Verlauf der Ereignisse Oberhand genommen hätte.

Die Regierenden verfügen über Beweise, dass jegliche Versuche, das wirtschaftliche Leben zu normalisieren, torpediert, mit die Wirtschaft vernichtenden Streiks blockiert oder zynisch zurückgewiesen wurden.

Das Leben und die Beweise bestätigen, dass die Tätigkeit der extremen Kräfte und der Berater der „Solidarność“ das Land unvermeidlich an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Es waren schließlich doch die Bemühungen, die im Gespräch mit Herrn L.[ech] Wałęsa am 4. November des vergangenen Jahres unternommen wurden. Obwohl es im Verlauf des Gesprächs scheinen konnte, dass eine Hoffnung auf Verständigung aufgetaucht sei, wurden nur wenige Stunden nach dem Treffen die ehrlichen Absichten des Primas und des Premierministers zunichte gemacht.

Eine objektive Analyse der Entwicklung der Situation führt zu einer eindeutigen Einschätzung. Es ging darum, im Lande Unruhen hervorzurufen und dann einen Bürgerkrieg und Blutvergießen unter Brüdern. Das bestätigen in ganzer Breite: Das Treffen der „Solidarność“ und die auf ihm gefassten Beschlüsse, die Radomer Sitzung des Präsidiums der KK [Inlandskommission] der „Solidarność“, an der auch Vorsitzende der Regionen beteiligt waren, und schließlich die Sitzung der KK in Danzig.

So waren also Sinn und Logik dieser Phase der Maßnahmen extremer „Solidarność“-Kräfte im Fall der Danziger Sitzung der KK, von Propagandamaßnahmen zu praktischen Maßnahmen gegen die Regierung überzugehen. Es wurde unverhohlen über die Formen des Kampfes und die Termine, an denen er aufgenommen werden sollte, gesprochen, über die Art und Weise, wie die legal bestehenden Machthaber gestürzt werden sollten.

Ich will das nochmals betonen, dass die Machthaber der Volksrepublik die maximale Geduld und Zurückhaltung gezeigt haben. Aber sämtliche Hoffnungen darauf, eine Einigung zu finden, wurden durch die Beschlüsse des KK vom 12. Dezember des vorigen Jahres zunichte gemacht.

Diese Beschlüsse lassen keinen Zweifel übrig. Aber schließlich sind das Beschlüsse der Inlandskommission, die zwischen den Treffen die höchste Macht in der Gewerkschaft „Solidarność“ ausüben.

Bei dieser Sachlage betone ich mit ganzer Ernsthaftigkeit, dass um Blutvergießen zu vermeiden und die Souveränität Polens zu erhalten, der einzige Ausweg war, den Kriegszustand auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen zu verhängen.

Der verhängte Kriegszustand hat einen spezifischen Charakter. Es bestehen alle legalen Machthaber und sind tätig.

Ich muss jedoch an dieser Stelle zum ersten Mal die Bedeutung des Briefs von Herrn Primas vom 6. Dezember [1981] hervorheben. Dieser Brief war an den Sejmmarschall, an den Senioratskonvent und die Abgeordneten gerichtet, er war von Seiten Seiner Exzellenz ein Protest gegen den Entwurf für die Verabschiedung des Gesetzes über außerordentlichen Vollmachten für die Regierung.

Der Protest des Primas von Polen hat sich als wirksam erwiesen und diese letzte Chance zur Beruhigung wurde abgelehnt. Die Regierung hat den Entwurf für dieses Gesetz aus dem Sejm zurückgezogen.

Herr Primas schrieb gemeinsam mit dem Bischof-Sekretär des Episkopats, dass „[...] er den Sejm der Volksrepublik Polen vor der Beschlussfassung warnt, die auf tragische Weise über das Schicksal unseres Landes entscheiden würde [...]“.

Aus dem Brief Seiner Exzellenz, der an den Sejm gerichtet war, geht direkt hervor, dass der Primas von Polen spürte, wusste und verstand, dass die Situation nahe an der Explosion ist. Herr Primas sollte bei dieser Sachlage der Verhängung des Kriegszustands als einer Notwendigkeit und einziger Lösung, um die Nation vor der Tragödie zu retten, zustimmen.

Ich zähle darauf, dass ein solches Verständnis des Verlaufs der Ereignisse in der Kirche verbreitet werden wird. Es ist eine über jeglichen Zweifel erhabene selbst-

verständliche Sache, dass, wenn sich der Verlauf nicht in Übereinstimmung mit unseren Absichten vollzieht, an den Verlusten, die der Staat zu tragen hat, auch die Kirche Anteil hat.

Seine Exzellenz nimmt eine Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen auf. Es ist weder die Intention der Regierungen noch meine, Vergeltung zu suchen. Aber sehen wir der Wahrheit ins Auge. Weiterhin haben wir es mit Versuchen zu tun, Unfrieden zu entfachen. Man braucht gar nicht auf die Vorstellungskraft zu verweisen, um sich bewusst zu werden, womit ein Rückfall bei den Angriffen auf die Machthaber drohen kann. Darum betone ich, dass die Machthaber sämtliche verfügbaren Mittel verwenden, damit gesellschaftlicher Frieden eintritt.

Die Kirche kann hier viel Gutes bewirken. Der neue Wille, mit der Kirche zusammenzuwirken, ist ehrlich und geht aus dem Respekt für die Mission der Kirche und Ihre moralische Autorität hervor. Aber man kann bei Angelegenheiten, die vom Engagement der Kirche in Maßnahmen zeugen, die gegen die legale Regierung gerichtet sind bzw. ihr gegenüber feindlich sind, schlecht zur Tagesordnung übergehen. Solche Merkmale trug leider die Mitteilung des Hauptrats des Episkopats vom 15. Dezember [1981], gegen die Protest eingereicht wurde. Weiterhin kommen auf breiter Front Worte von den Kanzeln, die vom Aufruf zu Ruhe und Reflexion weit entfernt sind, die die gesamte Bevölkerung heute so nötig hat. Erneut tauchen Fakten auf, dass Kirchen für Maßnahmen, die gegen die Machthaber gerichtet waren, ausgenutzt wurden.

Wir möchten vor diesem Hintergrund nicht polemisieren und Fakten und Aufgaben besprechen, die vom Grad sprechen, in dem die Kirche an den Prozessen beteiligt war, die dem 13. Dezember letzten Jahres vorangegangen waren, sowie nach diesem Datum.

Mit höchster Hochachtung behandeln wir jene Vertreter der Kirche, die ehrlich wollten, dass sich die Dinge nicht zu einem Blutvergießen, sondern zur nationalen Einigung entwickeln.

Ich betone, dass wir Prozesse der Erneuerung und der Reformen wollen und vor diesem Hintergrund bestehen bleiben. Eine Rückkehr zu den Methoden vor dem August wird es nicht geben, so wie es keine Rückkehr zur Anarchie vor dem 13. Dezember [1981] geben kann.

Aber eine Normalisierung des Lebens, die Wiederherstellung der Gewerkschaften und anderer Institutionen im Ganzen wird möglich sein, wenn das Leben des Landes Anzeichen der Beruhigung zeigt. Der Militärerrat zur Nationalen Rettung will jede Möglichkeit nutzen, um schrittweise die bürgerlichen Freiheiten wiederherzustellen. Bisher haben wir eine Reihe von Entscheidungen gefällt, die die Beschwerlichkeit des Kriegszustands abmildern. Es beunruhigt uns, dass die Milderungen genutzt werden, um bedrohliche Situationen zu entfachen. Die Situation ist weit davon entfernt, sich zu beruhigen. Im Wesentlichen stellt mir Seine Exzellenz in seinem Brief die Frage: wann kehrt das Leben des Landes wieder zur Normalität zurück, wann wird der Kriegszustand widerrufen.

Ich denke, dass auch ich das Recht habe, Fragen zu stellen. Was passiert, wenn die Aufhebung des Kriegszustands einen tragischen Verlauf der Ereignisse bewirkt? Wer übernimmt dafür die Verantwortung?

Daher antworte ich, dass das einzige Kriterium für die Widerrufung des Kriegszustands die bewiesene Überzeugung ist, dass Ruhe in den Alltag in unserer Heimat einkehrt.

Ich bin mir der Verantwortung bewusst, die auf mir lastet und mit meiner Antwort auf den Brief des Primas von Polen möchte ich Seine Aufmerksamkeit darauf lenken, dass wir nichts tun, was das Land zum Ausgangspunkt zurückbringen könnte, da es in einer solchen Situation keinen Ausweg geben wird.

Die Deklaration Seiner Exzellenz zu nationaler Versöhnung und Verständigung annehmend, verbleibe ich hochachtungsvoll

Wojciech Jaruzelski, General der Armee,
Vorsitzender des Militärerrats zur Nationalen Rettung

4. Mitteilung über die Plenumskonferenz des Polnischen Episkopats, Februar 1982

Quelle: Komunikat 183 Konferencji Plenarnej Episkopatu Polski, [in:] Komunikaty Konferencji Episkopatu Polski 1945–2000, Jan Żaryn (Red.), Sekretariat Konferencji Episkopatu Polski, Pallottinum 2006, S. 260–263.

Am 25. und 26. Februar 1982 fand in Warschau die 183. Plenumskonferenz des Polnischen Episkopats statt. Die Tagesordnung und die Materialien zur Diskussion wurden vom Haupttrat des Episkopats vorbereitet, der sich am 24. Februar 1982 zur Sitzung in Warschau versammelt hatte. Die Leitung der Sitzung des Hauptrats und der Beratungen der Plenumskonferenz hatte der Primas von Polen, Erzbischof Józef Glemp, inne.

1. Der Primas von Polen informierte die Mitglieder der Bischofskonferenz über die Reise einer Delegation des Episkopats in die Ewige Stadt, die vom 4.–11. Februar 1982 stattgefunden hat. Zur Delegation gehörten zusammen mit dem Primas: Kardinal Franciszek Macharski, Erzbischof und Metropolit von Krakau, Erzbischof Henryk Gulbinowicz, Metropolit von Breslau. Die Delegation wurde mehrfach vom Heiligen Vater, Johannes Paul II., empfangen. Während der Audienzen wurden wichtige kircheninterne Probleme besprochen, aber auch die Aufgaben der Kirche in der besonderen Situation, in der sich unser Land befindet. Der Heilige Vater betonte seine unaufhörliche Verbundenheit mit dem Heimatland, interessierte sich rege für die Anstrengungen, die von der Kirche in Polen unternommen wurden, um das menschliche Unglück zu lindern, sowie für die begonnenen Initiativen, die darauf abzielen, Auswege aus der mannigfaltigen Krise zu finden. Die polnischen Bischöfe bringen gemeinsam mit dem ganzen Volke Gottes dem Heiligen Vater ihre tiefe Dankbarkeit für die ständige Sorge um das Schicksal der Kirche und der Heimat sowie für die Gebete für unser Anliegen zum Ausdruck.

2. Die polnischen Bischöfe besprachen mit größter Sorge die Probleme, vor denen unser Land steht. In der breitangelegten Diskussion stellten sie übereinstimmend fest, dass die Lage, in der sich unser Land und unser Nation wiedergefunden haben, Merkmale einer wahrhaften moralischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Katastrophe trägt, die keine isolierte Angelegenheit ist, sondern

mit der globalen Lage verbunden ist. Die Bischöfe fühlen sich, im Hinblick darauf, dass sich dieser katastrophale Zustand weiterhin vertieft, verpflichtet, im Geiste der Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils das Wort zu ergreifen. In den Dokumenten des Konzils lesen wir: „In der Treue zum Evangelium, gebunden an ihre Sendung in der Welt und entsprechend ihrem Auftrag, alles Wahre, Gute und Schöne in der menschlichen Gemeinschaft zu fördern und zu überhöhen, festigt die Kirche zur Ehre Gottes den Frieden unter den Menschen.“ (Pastorale Konstitution, 76). Das Wirken der Kirche hat keinen politischen Charakter; das Episkopat hält es für seine Sendung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Wohl der ganzen Nation einen gesellschaftlichen Kompromiss einzugehen. Ein gesellschaftlicher Kompromiss erfordert es, auf der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Liebe zu beruhen, so hat es Johannes XXIII. formuliert. Dass alle Polen sich diese Anforderungen bewusst machen und annehmen, ist ein echtes Gebot der Stunde. Das Zweite Vatikanische Konzil lehrt: „Damit nun der Staat nicht dadurch, dass jeder seiner eigenen Ansicht folgt, zerfällt, bedarf es einer Autorität, welche die Kräfte aller Bürger auf das Gemeinwohl lenkt, nicht bloß durch die Automatismen des Institutionellen oder durch brutale Gewalt, sondern vor allem als moralische Macht, die sich auf die Freiheit und auf das Bewusstsein einer übernommenen Verantwortung stützt.“ (Pastorale Konstitution, 74).

Mit dieser Feststellung des Konzils läuft auch die historische Erfahrung auf der Ebene der ganzen Welt zusammen, dass mit körperlicher Gewalt allein, selbst der größten Gewalt, die Probleme des Lebens eines Staates nicht ehrlich und dauerhaft gelöst werden können.

Ein gesellschaftlicher Kompromiss sollte Garantien für die begründeten Bedürfnisse und Bestrebungen der Bevölkerung enthalten, für die Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben und an der Ausübung gesellschaftlicher Kontrolle. Die Parteien des gesellschaftlichen Kompromisses sind: die Regierungsmacht und glaubwürdige Vertreter organisierter gesellschaftlicher Gruppen. Es dürfen hier die Vertreter der zeitweilig aufgehobenen Gewerkschaften nicht fehlen, und unter ihnen die eine breite gesellschaftliche Akzeptanz genießende NSZZ „Solidarność“.

Ein gesellschaftlicher Kompromiss stellt Anforderungen an alle Parteien. Von der Regierung wird erwartet, eine diesem Kompromiss entsprechende Atmosphäre zu schaffen, in der er sich entwickeln und Früchte tragen kann. Zwei grundlegende Bestandteile für diese Atmosphäre sind: dass die Machthabenden sich ehrlich für die Stimmen aller gesellschaftlichen Gruppen in einer freien und verantwortungsbewussten Diskussion öffnen, und die grundlegenden Bürgerfreiheiten garantieren, die auf der Anerkennung der Menschenwürde beruhen.

Darum erwarten die Bischöfe zusammen mit der ganzen Bevölkerung, dass der Kriegszustand schnellstmöglichst beendet wird, die Internierten freigelassen werden, dass gegenüber den für Taten in Verbindung mit dem Kriegszustand Verurteilten eine Amnestie erlassen wird; dass Personen, die sich versteckt halten, die Möglichkeit gewährleistet wird, sich sicher zu erkennen zu geben; dass auch niemand aufgrund von Gewerkschaftstätigkeit entlassen wird.

Grundlegende Bedeutung für das Eintreten des gesellschaftlichen Kompromisses haben Religion und Kultur. Darum ist es notwendig, die umfassende Freiheit für das religiöse Leben und die Entwicklung der Kultur sicherzustellen. Konkreter Ausdruck dieser Freiheit werden unter anderem die Reaktivierung der Tätigkeit der Klubs der Katholischen Intelligenz sein, die Herausgabe von katholischen Publikationen nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft der Gläubigen, die Garantie des Pluralismus im künstlerischen Schaffen. Vor diesem Hintergrund weckt die Entfernung von Kreuzen die Beunruhigung ebenso wie die Versuche, zu einer programmhaften Atheisierung von Kindern und Jugendlichen zurückzukehren, was einen Gewissenskonflikt nicht nur bei den Zöglingen, aber auch bei den Erziehern hervorbringt.

[...]

Wie wir oben festgestellt haben, stellt der gesellschaftliche Ausgleich nicht nur Anforderungen an die Regierenden, sondern auch an die gesamte Bevölkerung. Die Verpflichtung der Bevölkerung ist es, sich bei der Bewertung der geopolitischen Lage unseres Landes vom Realitätsgefühl leiten zu lassen. Das bedeutet weder Konformismus noch Verzicht auf die leitenden, nationalen Wertvorstellungen.

Das Realitätsgefühl und die Umsicht erfordern von uns, dass wir nicht die Haltung einnehmen: „alles oder nichts“, im Gegenteil: wir sollten systematisch, ausdauernd und schrittweise danach streben, unsere Ziele umzusetzen. Das erfordert von uns, das Problem der Arbeit für das Gemeinwohl zu überdenken, unüberlegte kollektive Reaktionen zu vermeiden sowie umsichtig unsere individuellen und gesellschaftlichen Anforderungen festzustellen sowie weitsichtig in die nationale Zukunft zu schauen.

Wir sind uns dessen bewusst, dass das erfolgreiche Erfüllen ihrer Aufgaben durch die Regierenden und durch die Bevölkerung gegenseitig bedingt ist. Probleme in diesem Bereich gibt es sehr viel mehr, hingegen stellen die von uns angesprochenen Fragen eine Richtungsweisung für die Suche und für Lösungen dar.

[...]

3. Das Episkopat Polens bringt seine tiefe Dankbarkeit für die Hilfe zum Ausdruck, die der polnischen Bevölkerung aus dem Ausland zuteilwurde und stellt fest, dass unser Land weiterhin Hilfe von anderen Ländern benötigt, um eine wirtschaftliche Stabilisierung zu erreichen. Das Episkopat bringt auch die Überzeugung zum Ausdruck, dass das Erreichen eines nationalen Ausgleichs ein wichtiger Garantiefaktor für die Entwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern wird.

4. Die Bischöfe haben sich die Berichte über die Arbeit der jeweiligen Kommissionen des Episkopats angehört.

Zum Abschluss der Beratungen spendeten die Bischöfe dem gequälten Heimatland und allen seinen Bewohnern den seelsorgerischen Segen.

5. Hirtenbrief der polnischen Bischöfe, Januar 1982

Quelle: 1982 List Pastorski Biskupów Polskich do wiernych w czasie stanu wojennego w Polsce, [in:] Listy Pasterskie Episkopatu Polski. 1945–2000, Teil 2, Michalineum 2003, S. 1347–1350.

Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an die Gläubigen während des Kriegszustands in Polen

In dieser schwierigen Zeit des Kriegszustands grüßen wir Euch mit den Worten „Friede sei mit Euch“. Diese Worte hat der Auferstandene Christus zu seinen ängstlichen und beunruhigten Jüngern gesagt. Diese Worte richten wir heute an Euch, in der tiefen Überzeugung, dass wir alle in diesem Gruß Christi eine stärkende Kraft finden.

Friede sei mit Euch! Besondere Grüße senden wir allen Leidenden, also den Internierten, Verhafteten, Verurteilten, denjenigen, die die Abwesenheit ihrer Angehörigen schmerzhaft erleben, allen, die für ihre Überzeugungen leiden müssen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Mit besonderer Herzlichkeit und Liebe grüßen wir die Kinder, die sich nach einem Treffen mit ihrem Vater oder ihrer Mutter sehnen.

Mit christlichem Mitgefühl grüßen wir die Familien, die den tragischen Tod ihrer Angehörigen zu beweinen haben. Wir sind mit ihnen im Schmerz verbunden.

Unsere Grüße richten wir auch an diejenigen, die von der Tragödie des Hochwassers heimgesucht wurden, indem wir unser brüderliches Mitgefühl übermitteln und versprechen, dass wir alles tun, was in unserer Macht steht, um die Folgen dieser Naturkatastrophe zu mildern.

Allen Polen im In- und Ausland senden wir den Gruß: „Friede sei mit Euch“. Mit der größten Ehre und Dankbarkeit richten wir diesen Gruß Christi an Dich, Heiliger Vater, Johannes Paul II., der Du Dich so sehr um das Wohl unserer gemeinsamen Heimat sorgst. Im Namen aller wollen wir Dir für die Worte danken, die Du an Gott und die Menschen gerichtet hast, in denen Du Deine Sorge um unser Schicksal, um Gerechtigkeit in unserer Heimat zum Ausdruck gebracht hast.

Deiner Aufforderung gehorsam folgend bringen wir alle unsere Erfahrungen und Leiden als Jubiläumsgeschenk der Königin Polens dar.

Wir wollen auch mit großer Dankbarkeit alle grüßen, die für Polen beten und die Polen helfen. Wir danken herzlich für das Geschenk des Gebets, für die Medikamente, die Lebensmittel und anderen Hilfen. Möge Gott alle Wohltäter mit Frieden belohnen.

Ihr Lieben in Christus, unserem Herrn! Mit dem Gruß: „Friede sei mit Euch!“ hat sich Christus an seine Jünger gewandt, als er ihnen und allen Menschen das wahre Geschenk des Friedens gebracht hat. Dieses Geschenk als Frucht des Leidens Christi und seiner Auferstehung ist gleichzeitig die Befreiung aus der Gefangenschaft der Sünde zur Freiheit der Kinder Gottes. Friede ist also untrennbar mit der Freiheit verbunden. Der Heilige Paulus erinnert uns daran, indem er feststellt: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit“ (Ga 5,1).

Das göttliche Geschenk des Friedens ist gleichzeitig die Berufung zur Freiheit. Darum fordert uns der Heilige Paulus auf: „Brüder! Denn Ihr seid zur Freiheit berufen worden!“ (Ga 3,13; Anm. d. Übers.: Ga 5,13).

Diese Berufung zur Freiheit ist die Berufung jedes Menschen und jedes Volks und gleichzeitig ist sie eine besondere Berufung jedes Christen. Diese Berufung findet ihre besondere Dimension in Christus, der gekommen ist, „Gefangenen Befreiung zu predigen [...], Zerschlagene in Freiheit zu setzen“ (Lk 4,18)

Die Betrachtung der Berufung zur Freiheit ist uns allen heute ganz besonders notwendig, um den Schmerz besser zu verstehen, um besser mitfühlen zu können, und um eine Antwort auf die Fragen nach dem weiteren Vorgehen in der Zukunft zu finden. Die Berufung zur Freiheit ist eng mit der Natur jedes Menschen und mit dem reifen nationalen Bewusstsein verwachsen. Die Berufung ist deshalb mit Recht und Pflicht verbunden.

Sie ist mit dem Recht verbunden. Darum muss jeder Mensch und jedes Volk die Einschränkung von Freiheit als Schmerz und Ungerechtigkeit empfinden. Die Einschränkung der dem Menschen zustehenden Freiheit führt zu Protest, Auflehnung und sogar zum Krieg. Die Berufung zur Freiheit ist auch mit der Pflicht verbunden, zu verstehen, dass Freiheit keine Willkür ist, sondern eine Aufgabe,

die vor jedem Menschen steht, die Durchdenken, Bedacht, Fähigkeit zur Wahl, Entscheidungsfähigkeit erfordern.

Bei der Betrachtung der Wahrheit, dass die Berufung zur Freiheit das Recht jedes Menschen und jedes Volks ist, fordern wir alle, von denen dies abhängt, dazu auf, die Freiheit zu respektieren, insbesondere die Gewissensfreiheit und die Überzeugungsfreiheit jedes Menschen, der Freiheitsliebe entgegenzukommen, die von unserem Volk so lebendig empfunden wird.

Konsequenz dieser Respektierung der Freiheit sollte sein, das normale Funktionieren des Staates wiederherzustellen, schnell alle Internierten freizulassen, den Druck aus ideologischen Gründen einzustellen, sowie die Entlassungen von der Arbeit aufgrund von Überzeugungen oder aufgrund der Zugehörigkeit zu Gewerkschaften einzustellen. Im Namen der Freiheit bekennen wir, dass den Menschen der Arbeit das Recht wiederzurückzugeben ist, sich in unabhängigen selbständigen Gewerkschaften zu organisieren, sowie Jugendlichen, in den ihnen entsprechenden Gewerkschaften.

Wie wir bereits erwähnt haben, ist die Berufung zur Freiheit nicht nur ein Recht, sondern auch eine Aufgabe, die jedem Menschen und jedem Volk gestellt ist. Wir sehen die Freiheit und den mit ihr verbundenen Frieden als Frucht des bewussten, durchdachten Handelns jedes Menschen, ohne Ausnahme. Wir fordern alle und jeden einzelnen auf, seine persönliche Berufung zur Freiheit auf besondere Art zu finden. Seine Berufung findet man am besten im Gebet. Darum rufen wir zum Gebet auf, dazu, im Gebet alle Entscheidungen zu durchdenken, zur besonderen Verantwortung für alle Worte und Taten, dazu, zum gegenwärtigen Zeitpunkt ganz besonders auf die Stimme des Gewissens zu hören. Es geht nämlich darum, dass wir, indem wir uns dagegen wehren, dass das Gewissen der Individuen und des Volkes gebrochen wird, auch gegen jede Sünde und jeden Leichtsinn wehren, die ebenfalls das eigene Gewissen brechen.

Wahrer Friede erwächst aus der Respektierung des Rechts auf Freiheit und aus dem richtigen Verständnis aller der Berufung zur Freiheit. Das Verständnis dieser Berufung und der Respektierung der Freiheit durch die Regierenden und die Regierten ist nämlich gesellschaftliche Gerechtigkeit, ist Gerechtigkeit, die Fundament für den Frieden ist. Der Verstoß gegen das Recht der Freiheit – das

wiederholen wir mit Nachdruck – ist der Weg zu Protest, Auflehnung, und kann sogar zu Bröderkriegen führen. Man muss auf den Weg des Dialogs zwischen den Machthabenden und der Bevölkerung zurückkehren. Der Dialog kann schwierig sein, aber ist nicht unmöglich. Diesen Dialog erwarten alle. Um einen solchen Dialog appellieren wir, die Bischöfe.

Die ansteigende Welle des Hasses, der Rache und der Vergeltung ist zu überwinden. Handlungen, die gegen die Menschenwürde verstoßen und die den Menschen zustehenden Bürgerrechte einschränken, entfernen uns nämlich von der nationalen Versöhnung. Der im August 1980 begonnene Prozess der Erneuerung hat große Werte in unser gesellschaftliches und nationales Leben eingebracht. Solidarisch sind nicht nur die Arbeiter geworden: die gesamte Nation hat, indem sie sich vereint hat, patriotisches Empfinden erfahren. Diese Werte kann man nicht vernichten. Sie bleiben weiterhin die Hoffnung auf ein besseres Morgen trotz des heutigen Schmerzes. Wir haben die begründete Hoffnung, die durch unseren Glauben untermauert wird, dass es möglich ist, die Angelegenheiten in unserer Heimat mit eigenen Kräften so zu ordnen, dass niemand Ungerechtigkeit erfahren muss.

Zum Abschluss richten wir unsere Gedanken auf den Ort, an dem sich seit 600 Jahren unser Volk versammelt, um auf Diejenige zu schauen, die auf wunderbare Weise die Pläne Gottes abgelesen und erfüllt hat. Auf der Jasna Góra hat der Heilige Vater gesagt: „Hier sind wir immer frei gewesen“ (4. Juni 1979). Gemeinsam mit dem Heiligen Vater, der zum Jubiläum der 600jährigen Anwesenheit des Bildes der Mutter Gottes von Tschenstochau kommen möchte, beginnen auch wir auf geistliche Weise unsere Pilgerfahrt zu unserer Mutter, vereint im Gebet und stark in der Hoffnung. Von Herzen segnen wir.

Warschau, den 19. Januar 1982
Konferenz der Diözesanbischöfe

6. General der Armee Wojciech Jaruzelski an Papst Johannes Paul II., Mai 1982

Quelle: Przewodniczący Wojskowej Rady Ocalenia Narodowego, generał armii, Wojciech Jaruzelski, Jego Świątobliwość Papież Jan Paweł II, Watykan, tajne, Warszawa 25 maja, Egzemplarz nr 2, AAN Warszawa, KC PZPR XI A/1395, Bl. 26–30.

Der Vorsitzende des Ministerrats der Volksrepublik Polen, General der Armee, Wojciech Jaruzelski an Papst Johannes Paul II. Warschau 25. Mai 1982. geheim.

Eure Heiligkeit!

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die Meinungen und Reflexionen zur Kenntnis genommen, die Eure Heiligkeit in Ihrem Brief vom 6. August 1982 zum Ausdruck gebracht hat.

Ich verstehe, dass sie, wie immer, von Unruhe und Sorge um den heutigen Tag und um die Zukunft unseres Heimatlands diktiert wurden.

Betonen möchte ich, dass die Regierung der Volksrepublik Polen alle wohlwollenden, konstruktiven Anmerkungen hoch schätzt und respektiert, die an sie in der Absicht gerichtet werden, Hilfe zu erweisen bei der Lösungen der für unser Land lebenswichtigen Probleme, um es aus der Krise herauszuführen.

Meinerseits erlaube ich mir, ebenfalls gewisse Gedanken und Meinungen zu übermitteln. Gleichzeitig bitte ich Eure Heiligkeit, auch wenn Sie diese Meinungen nicht teilen, um Verständnis für die Absichten, die diese zur Folge haben.

Über der Welt sammeln sich schwere Wolken neuer Spannungen und Gefahren. Ich beobachte mit Sorge – auch als Militärangehöriger – die Eskalation der Bewaffnung und der konfrontativen Tendenzen, und darunter die fortschreitenden Vorbereitungen zur Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in einigen Ländern Westeuropas.

Vor diesem Hintergrund ist es schwer, nicht zu bemerken, dass unsere außergewöhnlich schwierigen, aber schließlich internen polnischen Fragen zum Gegenstand internationaler Manipulation geworden sind. Ich benutze dieses Wort bewusst. Im Lichte allgemein bekannter Fakten, darunter auch der Toleranz und der

Gleichgültigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten sowie einer Reihe weiterer westlicher Regierungen gegenüber tatsächlich blutigen Umstürzen, Apartheid, Exekutionen und anderen menschenfeindlichen Akten – die in verschiedenen kapitalistischen Staaten und in Staaten der sogenannten Dritten Welt praktiziert werden – werden die Motive einer solch gewaltsamen und langandauernden Reaktion auf unsere Lage überaus offensichtlich. Polen wird, wie es in der Geschichte schon mehrfach vorgekommen ist, zum Opfer verschiedener globaler Vorhaben und Pläne, es zahlt den Preis für internationale Widersprüche.

Gegenüber der Regierung der Volksrepublik Polen wurde faktisch ein Ultimatum gestellt. Es stellt eine krasse Einmischung in unsere internen Angelegenheiten dar. Eure Heiligkeit weiß genau, dass das eine Form ist, die keine polnische Regierung jemals hingenommen hat und nicht hinnehmen kann. Auf das Ultimatum sind wirtschaftliche Sanktionen gefolgt und dauern an. Sie zielen vor allem auf unsere, von den alltäglichen Schwierigkeiten geplagte Bevölkerung ab, sie beabsichtigen, ihre Nervosität und Unruhe zu verschärfen. Parallel dazu dauert eine propagandistisch-psychologische Tätigkeit an und verstärkt sich, die insbesondere auf die Spontaneität der jungen Generation ausgerichtet ist, die Wunden aufreißt, aufhetzt, in letzter Zeit gar zu rechtswidrigen Handlungen instruiert, darunter zu Straßenunruhen. Direkte, aber leider auch indirekte Folgen dieser Art der Tätigkeit hat manche Stadt in der ersten Mai-Hälfte zu spüren bekommen.

Mit Bedauern muss ich feststellen, dass die Demonstranten in vielen Fällen Kirchen und deren Umgebung als Ausgangspunkt ausgewählt haben, von denen sie unmittelbar nach Beendigung der Gottesdienste ausgerückt sind. Bei einer Fortsetzung und Ausweitung dieser Art von Zwischenfällen drohen unberechenbare Folgen.

Davon spreche ich mit Beunruhigung, aber auch mit großer Bitterkeit. Die erwähnten Exzesse erfolgten nämlich unmittelbar nach weiteren, weitgehenden Milderungen der Rigorosität des Kriegszustands, nach Freilassung eines wesentlichen Teils der Internierten. Sie waren auch zeitlich verbunden mit der Begutachtung und Verabschiedung von Gesetzen durch den Sejm, der grundsätzlich die Selbstverwaltung der Hochschulen ausgeweitet und den Nationalen Rat für Kultur als gesellschaftliche Körperschaft berufen hat, der die Kulturpolitik des

Staates mitbestimmt. Es ist allgemein bekannt, dass die Regierung innerhalb der letzten fünf Monate systematisch die Einschränkung von Bürgerfreiheiten aufgehoben hat, und außerdem ein außerordentlich breit geschnittenes, vielseitiges Programm für demokratische Systemveränderungen umgesetzt hat, zur Stärkung der Grundlagen für rechtsstaatliches Handeln sowie reformierte Wirtschaftsprinzipien. Ich wäre ehrlich erfreut, wenn Eure Heiligkeit die beigefügte Zusammenstellung der bereits implementierten Lösungen beziehungsweise Maßnahmen, die in diesem Bereich eingeleitet wurden, zur Kenntnis nehmen wollte. Dieses Programm, das in so präzedenzlos kurzer Zeit und unter so komplizierten, untypischen Bedingungen umgesetzt wurde, stellt die unangreifbare Bestätigung dar, dass es keine Rückkehr zur Lage vor dem August 1980 gibt, dass das, was eine authentische, wertvolle Errungenschaft nach dem August ist, erhalten bleiben sollte, dass schließlich die Ankündigung einer Erneuerung, darunter ihre gesetzliche Garantie von der Regierung mit höchster Ernsthaftigkeit und Konsequenz betrachtet wird. Darin nämlich sollte der Beweis für unser Bestreben danach gesehen werden, dass der Staat „stark durch die Unterstützung der Bevölkerung“ werden würde. Aber das hängt nicht nur von der Regierung ab. Ich habe offen darüber in meinem Brief vom 6. Januar [1982] an Eure Heiligkeit geschrieben, indem ich festgestellt habe, dass die weitere Entwicklung der Lage, darunter des Andauerns des Kriegszustands, von der Bevölkerung abhängt, und vor allem von den Kreisen, die mit der „Solidarność“ verbunden sind, darunter, inwieweit sie ihre extremen Bestrebungen fallen lassen. Außerdem habe ich angemerkt, dass in dieser Hinsicht viel vom Ausland abhängt, und insbesondere davon, in welchem Grad die wirtschaftlichen Restriktionen und das propagandistische Eingreifen die Lage unseres Landes erschweren werden, indem sie seine Stabilität in Frage stellen.

Leider sind die Hoffnungen weit davon entfernt, erfüllt zu werden. Die internierten leitenden und beratenden Gremien der „Solidarność“ sowie auch ein Teil der Personen aus diesem Kreis, die nicht interniert worden sind, nehmen weiterhin eine Haltung ein, die den Anforderungen an den gesellschaftlichen Frieden und der Sicherheit des Staates widerspricht, halten an ihrer wütenden Verbissenheit fest und bestätigen faktisch ihre oppositionell-politischen Ambitionen. Im Wesentlichen haben sie also nichts oder fast gar nichts verstanden, sie sind bereit,

das Land erneut in einen gefährlichen Strudel hineinzuziehen. Davon zeugen ihr ganzes Verhalten, die verkündeten und verbreiteten Ansichten, die ausgearbeiteten Pläne und die konspirativen Handlungen, darunter solche, die zu den schon erwähnten Vorfällen Anfang Mai dieses Jahres geführt haben. Die staatlichen Machthaber können ebenso kein Vertrauen zu Lech Wałęsa haben. Sowohl sein vorhergehendes unausgeglichenes, und nicht selten unverantwortliches Vorgehen, darunter seine charakteristischen Äußerungen vor dem 13. Dezember [1981] (zur Illustration füge ich die Äußerung vom 3. Dezember 1981 bei), sowie die gegenwärtige wechselnde Haltung geben keine Grundlage dazu.

Eure Heiligkeit!

Die Situation ist außerordentlich kompliziert. Zwar muss verzeichnet werden, dass gerade dank der Ausnutzung der Bedingungen des Kriegszustands die Normalisierung schrittweise weitere Bereiche des Lebens fortschreitet und dass in vielen Bereichen, darunter auch in einigen wichtigen Wirtschaftsbereichen, ein Fortschritt erfolgt. Aber er ist noch nicht ausreichend. Im Interesse unserer Nation und auch im wohl verstandenen Interesse Europas und der Welt liegt es, ihn zu beschleunigen. Die sozialistischen Verbündeten Polens verliehen dem realen Ausdruck, indem sie uns wachsende und uns wirtschaftlich mit ihnen integrierende Hilfe erweisen. Aber in der Endabrechnung entscheidet die einige Anstrengung unserer gesamten Bevölkerung. Darum halten die Regierenden auch unverändert die Idee der nationalen Verständigung aufrecht, wobei sie in diesem Zusammenhang, obwohl nicht ohne wesentliche Zweifel bezüglich konkreter Bewertungen und Vorschläge, ein Interesse verzeichnen, an der Idee eines gesellschaftlichen Ausgleichs festzuhalten, die vom Episkopat Polens lanciert wird.

Um Fortschritt und Erfolg auf diesem Wege zu erzielen, ist Ruhe notwendig, die Eliminierung von Taten extremer Kräfte, das Unterlassen von Einmischungen von außen und das Absehen von einer Blockade. Erst unter Bedingungen, in denen nicht die Rückkehr der Anarchie droht und die nicht die Stabilität in Frage stellen, kann eine Atmosphäre für die Gewerkschaftsarbeit entstehen, für die gemeinsame, die Nation übergreifende Anstrengung. Die meisten Chancen hat daher auf der gegenwärtigen Etappe ein Prozess der Verständigung, der geduldig von unten aufgebaut werden muss – in konkretem Zusammenarbeiten, in der

gemeinsamen Bekämpfung des Bösen, in der Lösung vielfältiger gesellschaftlicher Probleme des jeweiligen Gebiets, Betriebs, Wohngebiets, Umfelds. Der gewisse Hoffnungen weckende Anfang dieses Prozesses drückt die Bewegung der Bürgerlichen Komitees für Nationale Wiedergeburt aus. Mit wahrhaftiger Befriedigung möchte ich Seine Heiligkeit über die aktive und bedeutsame Rolle informieren, die in diesen Komitees von katholischen Laien ausgefüllt wird.

Die Machthaber des sozialistischen Staats bestätigen unverändert ihren Willen, die lokale, der Nation dienenden, Zusammenarbeit mit der Kirche fortzusetzen und zu erweitern. Die Kirche verfügt über alle Möglichkeiten, ihre religiöse Mission zu erfüllen. In letzter Zeit haben sich diese Möglichkeiten deutlich erweitert. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Autorität der Kirche – die allgemein zugunsten des sozialen Friedens verwendet wird, den Regierenden das zuerkennt, was ihnen zusteht und zur Arbeit und gesellschaftlichen Disziplin anspornt – insbesondere in der gegenwärtigen schwierigen Situation, der Heimat die so benötigten und nützlichen Früchte bringen könnte.

Seine Heiligkeit!

Wir wollen, dass Polen ein starker und gerechter Staat werde, ein friedlicher und demokratischer, reicher und wirtschaftlicher. Wir wollen, dass es sich in Frieden entwickle, unter Respektierung der Verfassungsrechte, im Bündnis mit den Nachbarn, in Freundschaft mit allen Nationen. Wir wollen, dass die Energie und die Fähigkeiten aller Bürger entsprechend für den Erfolg des Lands genutzt würden.

Ich bin überzeugt, dass eine Ebene der Verständigung für die Gesamtheit der Polinnen und Polen so sein sollte. Auf ihr gibt es einen enormen Handlungsbereich für gläubige Menschen, für Katholiken, die von einer patriotischen, geistlichen Inspiration der Kirche unterstützt werden.

Die Regierung der Volksrepublik Polen steht mit ehrlichem Respekt und Anerkennung für die im Brief Seiner Heiligkeit zum Ausdruck gebrachte Absicht gegenüber, weiterhin alles zu dienen, was dem Wohl unserer Heimat dienen könnte.

Mit allergrößter Hochachtung,
General der Armee, Wojciech Jaruzelski

7. Joseph Kardinal Höffner an den Bundeskanzler Helmut Schmidt, Juli 1982

Quelle: Der Vorsitzende der Deutsche Bischofskonferenz an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Dr. Helmut Schmidt, Bonn, den 19. Juli 1982, AdsD Bonn, Helmut Schmidt Archiv, 1/HSAA0007314.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

gestatten Sie mir bitte zunächst, Ihnen noch einmal zu danken für die Einladung zu dem Empfang anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 9. Juni 1982 in Schloß Augustusburg, Brühl, und auch für die damit verbundene Gelegenheit zu Gesprächen mit Ihnen wie auch mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Bei unserer Begegnung während dieses Empfanges konnte ich Ihnen auch berichten über meine Gespräche mit dem polnischen Primas während der kürzlichen Polenreise und insbesondere Sie informieren hinsichtlich der Überlegungen des polnischen Episkopates bezüglich eines Förderungsprogrammes des privaten Sektors in Landschaft, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen.

Sie hatten dankenswerterweise Ihre Bereitschaft bekundet, diese Überlegungen des polnischen Episkopates zu unterstützen und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es entscheidend auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten ankomme.

Präsident Reagan, dem ich diese Überlegungen in Brühl ebenfalls vortragen konnte, hatte mich gebeten, meine Eindrücke über die Lage in Polen wie auch den Vorschlag des polnischen Episkopates ihm schriftlich zuzuleiten.

Ich erlaube mir, Ihnen in der Anlage eine Kopie meines Briefes an den Präsidenten mit dem beigefügten Bericht zu übersenden.

Gegenwärtig befindet sich ein Beauftragter des polnischen Primas mit einem Landwirtschaftsexperten in der Bundesrepublik, um hier wie auch in Brüssel zunächst in Vorgesprächen die Möglichkeiten eines solchen Förderungsprogrammes zu diskutieren und abzuklären. Je nach dem Ergebnis dieser vorklärenden Gespräche soll dann in Warschau das Förderungsprogramm konkret ausgearbeitet und der Europäischen Gemeinschaft zugeleitet werden.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr dankbar, wenn Sie das Anliegen des polnischen Episkopates wohlwollend zur Kenntnis nehmen und ebenfalls unterstützen könnten.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich, Ihr

[Paraphe]

Joseph Kardinal Höffner

8. Zur Lage in Polen, Überlegungen des polnischen Episkopats, Juli 1982

Quelle: Zur Lage in Polen und Überlegungen des polnischen Episkopates bezüglich eines Förderungsprogrammes der privaten Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden Bereiche (Handwerk, Handel und Dienstleistungen). 15. Juli 1982, NN, o.O., AdsD Bonn, Helmut Schmidt Archiv, 1/HSAA0007314.

Zur Lage in Polen [H.i.O.] und Überlegungen des polnischen Episkopates bezüglich eines Förderungsprogrammes der privaten Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden Bereiche (Handwerk, Handel und Dienstleistungen). 15. Juli 1982

[...]

1. Allgemeine Charakterisierung

Die Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 war für alle Polen ein Schock.

Das polnische Militärregime stößt in allen Schichten des Volkes, gerade auch bei den Arbeitern, auf allgemeine Ablehnung. Insbesondere die polnische Jugend ist in all ihren sozialen Schichten von einem tiefen Zorn erfüllt; sie verweigert sich radikal dem Regime. Die Jugend sieht keine Zukunft, insbesondere auch keine Möglichkeit einer Lösung der bestehenden sozial-ökonomischen Probleme innerhalb des politischen Systems in seinem Zustand vor dem August 1980. Auch die einflußreichen Kreise der Intelligenz lehnen die Zusammenarbeit mit dem Militärregime ab.

Die kommunistische Partei Polens ist in den Augen der Bevölkerung vollständig diskreditiert und kompromittiert. Sie steht gegenwärtig in der wohl schwersten Krise ihrer Geschichte.

Die Partei wieder zur „führenden Kraft“ in Staat und Gesellschaft zu machen, eine „sozialistische Erneuerung“ durchzuführen, d.h. das „sozialistische System konsequent zu verwirklichen“, war das erklärte Ziel des 13. Dezember 1981. Während sich in diesem Ziel alle Gruppen innerhalb der Partei einig sind, unterscheiden sich die beiden wichtigsten Gruppen hinsichtlich der Art und Weise, wie sie jeweils dieses Ziel erreichen wollen:

1) Das gegenwärtige Militärregime glaubt, nur durch Wiederherstellung einer gewissen Glaubwürdigkeit der Partei das sozialistische System erfolgreich durchsetzen zu können. Darum bekundet die gegenwärtige Führung nach wie vor, ökonomische Reformen durchführen und einen demokratischeren Regierungsstil – also vieles von dem, was die Gewerkschaft „Solidarität“ anstrebt – zu wollen. Es sind gewisse Ansätze zu erkennen, wie etwa: Preis- und Lohnerhöhungen; einige wenige personalpolitische Entscheidungen; administrative Reformen im Bereich der einzelnen Wirtschaftsunternehmen (z.B. sind klassische Strukturen der zentralen Verwaltungswirtschaft erheblich reduziert worden); einige der mit „Solidarität“ vereinbarten Gesetze sind im Parlament nach dem 13.12.1981, wenn auch nicht in vollem Umfang, ratifiziert worden.

2) Die harte Gruppe – die sog. „doktrinären Kräfte“ in der Partei drängen darauf, alle seit dem August 1980 gewährten Freiheiten zu annullieren und das sozialistische System konsequent und hart durchzuführen, einschließlich des Kampfes gegen die Kirche.

Für eine Erstarkung der „doktrinären Kräfte“ sprechen gegenwärtig nicht wenige Anzeichen; ein Sturz der jetzigen Führung erscheint keineswegs ausgeschlossen. Ein Nachfolger wird nach allgemeiner Meinung den „doktrinären Kräften“ angehören und sich nur „mit fremder Macht“, also mit dem Einmarsch des Warschauer Paktes durchsetzen können. Man macht darauf aufmerksam, daß auch der 13.12.1981 alle – soweit es heute bekannt ist, einschließlich der westlichen Geheimdienste – völlig überrascht hat.

Gegen einen Sieg der „doktrinären Kräfte“ spricht möglicherweise das Bestreben der Sowjetunion, ihre essentiellen Interessen – Verbleib Polens im Warschauer Pakt, Sicherung der strategischen Linien nach Westen, sozialistisches System nach innen – auf eine Weise zu sichern, die Moskau in Polen und im Westen mit einem geringen Odium belastet. In einem solchen Falle würde sich die gegenwärtige Führung innerhalb der Partei allmählich durchsetzen und eine Verständigung mit den gesellschaftlichen Gruppen einschließlich „Solidarität“ herbeiführen. Diese Meinung geht davon aus, daß Moskau sich mit der Eigenart Polens abfindet und einen gewissen Sonderstatus hinnimmt, wenn ihm die drei genannten „essentials“ gesichert erscheinen.

2. Die Position der Kirche

Die Kirche hat wie in der Vergangenheit so auch gegenwärtig uneingeschränkt das volle Vertrauen des Volkes. Ihr Episkopat hat sich die volle Unabhängigkeit vom Militärregime bewahrt. Dies hat bis jetzt keinen Versuch unternommen, sich in die inneren Angelegenheiten der Kirche einzumischen. Bis heute begrenzt das Militärregime auch in keiner Weise die soziale Tätigkeit der Kirche. Es betrachtet die Kirche als wichtigen Faktor für den inneren Frieden der Gesellschaft.

Die Kirche, vorab der Episkopat, fühlt sich verantwortlich für die Zukunft und das Schicksal des polnischen Volkes. So war es unter Kardinal Wyszyński, so ist es auch unter dem jetzigen Primas Erzbischof Glemp. Wie sein Vorgänger verfolgt auch Primas Glemp in völliger Einmütigkeit mit dem gesamten Episkopat vor allem folgende Ziele:

- 1) Die Verständigung zwischen der gegenwärtigen Führung von Partei und Staat mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

Bereits im Kommuniqué jener Vollversammlung vom März 1982 hat der polnische Episkopat die Grundzüge eines konkreten Programmes der „gesellschaftlichen Verständigung“ dargelegt; er hat sie anschließend in den „Thesen“ des Gesellschaftlichen Rates des Primas entfaltet. Diese Thesen hat der gesamte Episkopat akzeptiert und danach publiziert; sie sind in der Anlage beigefügt. Die internierten Führer von „Solidarität“ haben nachdrücklich den „Thesen“ zugestimmt, auch dem kritischen Teil bezüglich „Solidarität“.

Das Grundanliegen dieser „Thesen“ ist die nachdrückliche Einforderung der personalen Menschenrechte und der nationalen Rechte des Volkes.

2) Nicht Gewalt, sondern Dialog

Unablässig warnen die Bischöfe sowohl die militärische Führung wie auch die gesellschaftlichen Gruppen vor Gewalt und vor allen anderen Schritten, die zu einem Bürgerkrieg und damit zur Intervention von außen führen können. Sie vermeiden öffentliche Polemik wie auch öffentlichen Druck auf die Regierenden, um nicht den „doktrinären Kräften“ in der Partei einen Vorwand zum Eingreifen zu geben, wodurch sich die ohnehin äußerst kritische Lage noch mehr verschärfen und verschlechtern würde.

Die Bischöfe stehen in direktem Kontakt mit den internierten Gewerkschaftsführern, insbesondere mit Walesa. Die Einschätzung der Lage wie auch die Entscheidung über das sich daraus ergebende Handeln erfolgt aufgrund der Gespräche mit ihnen. Die maßgebenden Führer von „Solidarität“, die sich noch immer in Internierungslagern befinden, unterstützen im Ganzen die Linie des Episkopates.

Obschon die Kirche gewisse extreme Äußerungen und Initiativen von „Solidarität“ kritisch beurteilt, ist sie nach wie vor darum bemüht, die substanziellen Anliegen und Werte von „Solidarität“ zu retten; deshalb fordert sie immer wieder die Wiederherstellung von „Solidarität“ auf der Grundlage des gültigen Statutes.

Noch gelingt es dem gemeinsamen Bemühen der Kirche und der internierten Führer von „Solidarität“, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß es zu einer Verständigung der Regierung mit allen gesellschaftlichen Gruppen kommen muß; d.h. daß diese nicht durch Gewalt, sondern nur durch Gespräche und Verhandlungen zu erreichen ist.

3. *Die Haltung des polnischen Episkopates zu den Sanktionen des Westens*

- 1) Sanktionen sollten, wenn überhaupt, dann vor allem solchen Staaten des Warschauer Paktes gelten, die sich seit August 1980 brutal in die inneren Angelegenheiten des polnischen Volkes eingemischt und sogar mit einer Invasion gedroht haben; und zwar unter dem Vorwand, den Sozialismus zu retten.

Es ist bekannt, aus welchen Ländern die stärksten Pressionen auf Polen ausgeübt worden sind.

- 2) Sanktionen sollten darum vor allem diese Staaten treffen, nicht aber die polnische Bevölkerung. Deswegen haben die Vertreter des polnischen Episkopates in der Gemeinsamen Kommission von Episkopat und Regierung nach ausführlicher Beratung und einmütiger Entscheidung in der Vollversammlung des Episkopates zwei Mal in der genannten Kommission erklärt: Die Sanktionen gegen Polen treffen das polnische Volk, sie verzögern und erschweren die Lösung der Krise.
- 3) Aufgrund der jahrzehntelangen dirigistischen Mißwirtschaft ist die an den Rand einer Katastrophe geratene wirtschaftliche Lage Polens, insbesondere infolge der durch sie bedingten Kreditschwierigkeiten, noch dramatischer und durch die Sanktionen geradezu ausweglos geworden. Dies hat verheerende Wirkungen in der gesamten Wirtschaft; sie werden vor allem in der Arbeitslosigkeit der Jugend und in der immer schlechter werdenden Versorgungslage unmittelbar spürbar.

Die Regierung bekundet immer wieder öffentlich, auch in der Gemeinsamen Kommission: „Einem politischen Diktat des Westens werden wir uns nicht beugen“. Nach Auffassung der polnischen Regierung sind zudem die westlichen Unternehmer auf den Osthandel angewiesen, so daß sie bald die Aufhebung der Restriktionen erzwingen oder sie mehr und mehr umgehen werden; dafür gäbe es jetzt bereits Anzeichen.

4. Ein Förderungsprogramm der privaten Landwirtschaft ist notwendig

Die polnischen Bischöfe erkennen durchaus die Schwierigkeiten, die denjenigen politischen Kräften im Westen, entgegenstehen, die für eine völlige Aufhebung der Sanktionen gegen Polen eintreten. Andererseits sehen die Bischöfe es im Bewußtsein der Verantwortung für das polnische Volk als ihre Pflicht an, mit allem Nachdruck für eine Aufhebung solcher Sanktionen einzutreten, welche die Privatwirtschaft in Polen treffen, nämlich vor allem die Landwirtschaft, von der 80 % nach wie vor im Privatbesitz ist; aber auch solche Sanktionen, die die für die Landwirtschaft arbeitenden Betriebe des Handwerks, des Handels und der Dienstleis-

tungssektoren treffen. Vielmehr sollte der Westen die Produktivität gerade dieser Bereiche durch ein umfassendes Förderungsprogramm wiederherstellen und steigern. Die Bischöfe sind nach umfangreicher Konsultation verschiedener Experten der Überzeugung, ein solches Förderungsprogramm werde die unmittelbare Not lindern, die Eigeninitiative durch Hilfe zur Selbsthilfe stärken, eine Gesundung der Volkswirtschaft von ihren Wurzeln her einleiten, der Bevölkerung neuen Mut geben und nicht zuletzt die Unabhängigkeit Polens fördern.

Gespräche zwischen Episkopat und Regierung sowohl auf höchster wie auch auf ministerieller Ebene haben zu folgendem Ergebnis geführt; die Regierung würde ein solches von der Kirche initiiertes und mitgetragenes Förderungsprogramm für den genannten privatwirtschaftlichen Bereich nicht behindern. Die polnischen Bischöfe glauben Grund für ihre Überzeugung zu haben, daß auch bei einer Regierungsübernahme durch „doktrinäre Kräfte“ die private Landwirtschaft bestehen bleibt und das geplante Förderungsprogramm fortgeführt werden kann. Die Bischöfe haben mit Experten die Konturen eines solchen Förderungsprogrammes entworfen, das geeignet erscheint, die Produktivität der Privatwirtschaft in Polen unmittelbar zu stärken; ein Programm, das höchstens als indirekte Hilfe für das System verstanden werden kann, was dem polnischen Episkopat aber wegen des angestrebten höheren Gutes verantwortbar erscheint.

9. Thesen des Gesellschaftlichen Rates beim Primas zur Frage einer gesellschaftlichen Verständigung in Polen, April 1982

Quelle: Zur persönlichen Information. Thesen des Gesellschaftlichen Rates beim Primas zur Frage gesellschaftlichen Verständigung [NN], Warschau, 5. April 1982, AdSD Bonn, Helmut Schmidt Archiv, 1/HSAA0007314 (Text wurde auch in „Kultura“ Nr. 5/416, Mai 1982, S. 3–10, veröffentlicht).

Zur persönlichen Information. Thesen des Gesellschaftlichen Rates beim Primas zur Frage gesellschaftlichen Verständigung [H.i.O.]

Die Entscheidungen vom 13. Dezember 1981 schufen in Polen eine historische Situation. In der Periode nach dem August 1980 war in der polnischen Gesellschaft

eine gewaltige Hoffnung aufgekommen: die Hoffnung, daß unser Staat – im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung sowie der bindenden internationalen Verträge – zu einem Land wird, in dem die Gesellschaft ihren Subjektcharakter wiedergewinnt, realen Anteil haben wird am öffentlichen Leben, realen Einfluß auf das Funktionieren des Staates, die Möglichkeit besitzen wird, die Handlungen der Staatsmacht zu kontrollieren sowie den nach August 1980 erweiterten Bereich bürgerlicher Freiheiten zu nutzen. Die Einführung des Kriegsrechtes sowie die Suspendierung grundlegender Bürgerrechte wurde von einem bedeutenden Teil der Gesellschaft als Scheitern dieser Hoffnung empfunden und bewirkte Verbitterung und einen Zustand der Depression. Wie stets unter ähnlichen historischen Umständen, erwartet die Gesellschaft von der Kirche geistige Hilfe, moralische Stärkung und die Rettung der kulturellen Traditionen unserer Nation.

Die auf der 183. Plenarkonferenz versammelten polnischen Bischöfe verwiesen im Kommuniqué vom 26. Februar 1982 in Sorge um das Schicksal der Nation auf die Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Verständigung anzustreben. Dieses Kommuniqué wurde im Lande mit größter Bewegung aufgenommen. Die Menschen in Polen sehen in ihm für sich selbst eine Orientierung und den Hinweis auf einen Ausweg.

Der Gesellschaftliche Rat beim Primas wurde von Primas Józef Glemp in Anknüpfung an eine alte Tradition aus der Zeit Primas Hlonds berufen. Der Rat ist ein begutachtendes und dienendes Organ gegenüber dem Primas von Polen, dem er die Ergebnisse seiner Arbeiten vorlegt.

Der vom Episkopat ins Spiel gebrachte Gedanke einer neuen, inneren gesellschaftlichen Verständigung, nach dem Muster des im August 1980 geschlossenen Gesellschaftsvertrages, verlangt Entwicklung und Konkretisierung. Der Gesellschaftliche Rat beim Primas legt in dieser Frage seine Vorschläge dar.

1. Wenn diese gesellschaftliche Übereinkunft, die Verständigung zwischen Staatsmacht und Gesellschaft, einen Ausweg aus der gegenwärtigen politischen Sackgasse darstellen soll, dann müßte sie eine breite Annahme durch die Gesellschaft erfahren. Diese Annahme wird nur dann zu erreichen sein, wenn die Gesellschaft Überzeugungen und Garantien erhält, daß ihre Hoffnungen nicht endgültig zunichte gemacht sind. Dieser Gesellschaftsvertrag könnte geschlos-

sen werden zwischen der Staatsmacht und entsprechenden unabhängigen Vertretungen organisierter gesellschaftlicher Gruppen. An diesen Vereinbarungen sollten die Vertreter realer gesellschaftlicher und meinungsbildender Kräfte teilhaben, also Vertreter der Gewerkschaften, darin insbesondere der zahlenmäßig stärksten Unabhängigen Selbstverwaltenden Gewerkschaft „Solidarność“, der Einzelbauerngewerkschaft und der Gewerkschaft des Handwerks, Vertreter von Wissenschaft und Kultur, der Verbände der Kulturschaffenden und der Jugend. Unter unseren besonderen Bedingungen wäre auch die Anwesenheit der Kirche bei diesen Vereinbarungen erforderlich.

Gegenstand einer nationalen Verständigung oder detaillierter Vereinbarungen, die diese Verständigung ausmachen werden, müssen die Bedingungen, die Methode und der Termin für die Reaktivierung der suspendierten Gewerkschaften und anderen Organisationen sein, die Bedingungen, die Methode und der Termin für die Aufhebung der Restriktionen des Kriegszustandes und für die Wiederherstellung der Bürgerrechte, manche wichtige Gesetzgebungsvorschläge sowie ein allgemeines Programm für die Reform und Erneuerung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Die politische und rechtliche Bedeutung sowie die Form solcher Vereinbarungen wären von besonderer Art, sie wären atypische und außergewöhnliche Akte, und je nach Bedarf könnten sie einen breiteren oder engeren Bereich umfassen. Sie müßten nicht alles regeln. Aber man muß auch sehr stark betonen, daß die Situation im Lande ja außergewöhnlich und tragisch ist. Sie erfordert außergewöhnliche Mittel. Die große und sich vertiefende Spaltung zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft, die Ausweitung von Erscheinungen der Feindseligkeit und geradezu des Hasses erfordern in der Situation einer schweren Krise die Form einer gesellschaftlichen Übereinkunft, die die Menschen überzeugt und den Prozeß einer Erneuerung garantiert, die Hoffnung wecken könnte.

Andererseits sollte die Verständigung die Position der Staatsmacht festigen und ihr einen wirksamen Kampf gegen die Krise ermöglichen, wobei zu bedenken ist, daß der Kriegszustand ja gerade durch die Schwäche und die Bedrohung der Strukturen des Staates und des Systems bewirkt wurde, obwohl er nicht die einzige Methode war, sie zu retten, und obwohl er viel böses brachte.

Eine gesellschaftliche Verständigung müßte, damit sie wirksam sei, zwei Bedingungen erfüllen:

1. Sie muß geschlossen werden von der Staatsmacht mit Menschen von gesellschaftlicher Autorität, die in diesem Falle auch die Bedeutung eines Symbols besitzen sowie ernst zu nehmende gesellschaftliche Gruppen repräsentieren.
2. In ihrem Gefolge müssen Fakten geschaffen und Garantien dafür dargelegt werden, daß der Weg des Übereinkommens und der nationalen Verständigung ein dauerhafter Faktor bei der Normalisierung des Lebens im Lande sein wird.

Eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit der Übereinkunft muß eine Erklärung sein, daß alle 1980 geschlossenen gesellschaftlichen Abkommen eingehalten werden; sonst wäre die Verhandlung über eine neue Verständigung völlig unglaubwürdig. Die Achtung vor diesen Vereinbarungen unterstrich in seiner ersten Ansprache am 13. Dezember 1981 der Vorsitzende des Militärrates der Nationalen Errettung (WRON), ebenso der Sejm der Volksrepublik Polen in seinem Beschluß vom 25. Januar 1982.

2. Grundlage der Verständigung muß es sein, daß die Staatsmacht den Subjektcharakter der Gesellschaft anerkennt, daß sie die Tatsache der Existenz einer unabhängigen öffentlichen Meinung respektiert. Daß die Staatsmacht versteht und anerkennt, daß man ohne Dialog und Vereinbarung mit der Gesellschaft über die wesentlichen Fragen nicht aus der Krise herauskommen kann.

Andererseits stellt es eine unumgängliche Voraussetzung der inneren Stabilisierung dar, daß die Gesellschaft die Erfordernisse des Systems und die objektive Situation des Landes sowie deren Determiniertheit durch die bestehenden internationalen Verträge begreift. Das Kommuniqué von der 183. Sitzung der Bischofskonferenz spricht von der Notwendigkeit, in der Beurteilung der Konsequenzen der geopolitischen Lage unseres Landes realistisch zu sein. Das sind Worte von großem Gewicht. Die wirklichen Probleme der Nation müssen im Rahmen historischer Zusammenhänge gelöst werden.

Eine Staatsmacht in Polen hätte ungehemmte Freiheit bei der Lösung des Problems; auch die gegenwärtige Regierung hat sie nicht. Das muß der Gesellschaft Besonnenheit und Augenmaß diktieren.

3. Im Kommuniké von der 183. Sitzung der Polnischen Bischofskonferenz wurden dringende Postulate der Gesellschaft detailliert erwähnt, die mit Sicherheit wesentliche Voraussetzungen des inneren Friedens darstellen. Unabdingbar ist eine schnell fortschreitende Freilassung der Internierten sowie eine Zusicherung freier Rückkehr für Personen, die sich aus Furcht vor politischen Repressionen verstecken.

Die Gesellschaft erwartet eine Amnestie für Personen, welche für Taten verurteilt wurden, die nicht im Strafgesetzbuch zu finden sind, die aber als Widerstandsleistung nach Einführung des Kriegszustandes behandelt wurden.

Natürlich widersprechen dem Postulat einer gesellschaftlichen Übereinkunft und dem Erfordernis, der Gerechtigkeit die persönlichen Repression und der Verlust des Arbeitsplatzes aus Gründen der Überzeugung oder wegen der Zugehörigkeit zur „Solidarność“. Solche Repressionen, wo immer sie angewandt werden, müssen aufhören und verboten werden; Menschen, die aus diesem Grund entlassen wurden, müssen wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren. Auf entschiedenen Widerspruch müssen alle Druckversuche stoßen, die zu einem dauernden Verlassen des Landes bewegen sollen, insbesondere wenn sie gegenüber internierten Personen angewandt werden, was zur Alternative werden kann: Emigration oder Verlust der Freiheit.

Wesentliche Schritte in Richtung auf Normalisierung des staatlichen Lebens muß die Wiederherstellung der freien Tätigkeit der kulturell schöpferischen und wissenschaftlichen Vereinigungen sein. Wiederherstellen muß man auch die Handlungsfreiheit für alle Klubs der Katholischen Intelligenz, die am 13. Dezember 1981 bestanden, und man muß das Wiedererscheinen aller Organe der katholischen Presse gestatten, die zu diesem Termin existierten. Eine Lösung, wie sie gegenüber dem polnischen Journalistenverband angewandt wurde, widerspricht den Forderungen einer gesellschaftlichen Aussöhnung und vertieft die Verbitterung.

4. Grundlegendes Ziel einer gesellschaftlichen Verständigung müßte die Beseitigung der Barrieren sein, die zwischen Staatsmacht und Gesellschaft bestehen. Wenn die gesellschaftliche Übereinkunft realisiert wird, so wird sich die Frage gesellschaftlicher Strukturen ergeben, welche einen vermehrten Anteil der Bür-

ger an der Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten und den Kontakt zwischen Staatsmacht und Gesellschaft ermöglichen würden.

Im Rahmen einer vermehrten Teilhabe des gesellschaftlichen Faktors am staatlichen Leben könnte die Schaffung beratender Organe bei der Regierung oder beim Sejm nützlich sein, unter der Bedingung, daß solche Kommissionen sich aus Menschen zusammensetzen, die von unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen delegiert werden und ein garantiertes Recht besitzen, frei ihre Anschauungen in den Massenmedien darzustellen.

Notwendig ist eine Neuorientierung der Gesellschaft sowie eine Darlegung der Perspektiven, das Aufzeigen eines neuen Typs bürgerlicher Aktivität und einer demokratischen Richtung der Veränderungen. Ein solches Modell kann nur die Selbstverwaltung im umfassenden und tiefen Verständnis dieses Begriffes sein.

Zum Ausgangspunkt könnten Wahlen zu den Nationalräten auf der untersten Ebene werden. Dies müßten Wahlen sein, die im vollen Sinne Selbstverwaltungsscharakter haben und nicht politisch determiniert werden. Deshalb wäre es unrichtig, diese Wahlen mit den Wahlen zum Sejm oder zu den Woiwodschaftsräten zu verbinden, wo das politische Element nicht zu eliminieren ist.

Der Bevölkerung muß die Möglichkeit gegeben werden, eine freie Wahl ihrer lokalen Behörden zu treffen. Deshalb müßte die Freiheit, Kandidaten aufzustellen, gesichert sein. Dagegen müßte es ein Prinzip der gesellschaftlichen Verständigung sein, daß das politische Spiel bei diesen Wahlen ausgeschaltet wird.

Diese Selbstverwaltungswahlen müßten verbunden sein mit der Aufhebung des Kriegszustandes. Aber schon jetzt muß man über die Angelegenheit Entscheidungen treffen und Vorbereitungen aufnehmen.

5. Eine gefährliche Erscheinung, die das Leben der Nation vergiftet, ist die Ausbreitung des Hasses. Es gibt keine Rechtfertigung für den Hass und kann sie nicht geben, nicht einmal dort, wo begreifliche Traumata und Zorn entstanden sind. Der müssen sich alle Christen, insbesondere die Geistlichen, entgegenstellen.

Der gesellschaftliche Widerstand angesichts des Kriegszustandes kann die Form von Gewaltakten annehmen, die in einen Teufelskreis des Terrors und der Re-

pression münden können. Diese Akte sind entschieden zu verurteilen. Versuche, ihnen entgegenzuwirken, werden von Erfolg gekrönt sein, wenn sich gleichzeitig ein Prozeß der inneren Entspannung und der nationalen Verständigung entwickelt. Grundlegende Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen den Haß und die beiderseitigen Traumata ist ein grundlegender Wandel in der Orientierung der offiziellen Propaganda in der Massenmedien, die, indem sie prinzipiell alle Erscheinungen und Errungenschaften der breiten Erneuerungsbewegung der vergangenen Monate bekämpft, die Gesellschaft beleidigt und sie gegen die Staatsmacht aufbringt.

6. Die moralischen Probleme, die sich aus der gegenwärtigen Situation ergeben, werden besonders tief von der Jugend durchlebt. Das Scheitern der Hoffnung und die Tatsache, daß kein Ausweg aus der Krise in Sicht ist, führen zur Rebellion.

Die Jugend ist zu einer bedeutenden Mehrheit oppositionell gestimmt, verbittert und getrieben vom Fieber der Tat. Methoden der Repression helfen dagegen nichts. Deshalb hat die Polnische Bischofskonferenz zu recht das Problem autonomer Jugendverbände gestellt. Eine ungewöhnlich dringende Angelegenheit ist die Bildung unabhängiger Organisationen der studentischen Jugend, insbesondere von Selbsthilfeorganisationen. Das Fehlen eigener Organisationen ist eine der wesentlichen Ursachen für den Gärungsprozeß unter der Jugend.

7. Eines der wichtigsten Gebiete, die positiver Lösungen harren, ist die Gewerkschaftsbewegung. Im allgemeinen Empfinden der Gesellschaft wird es keine Voraussetzungen für die Verwirklichung einer gesellschaftlichen Verständigung und für einen wirksamen Kampf gegen die Krise ohne die Reaktivierung der bestehenden Gewerkschaften geben, insbesondere der sich einer breiten Unterstützung bei der Bevölkerung erfreuenden Unabhängigen Selbstverwaltenden Gewerkschaft „Solidarność“. Es scheint, daß die Behörden jedoch im gegenwärtigen Augenblick gegenüber der „Solidarność“ keine klare Handlungskonzeption besitzen, und das Komitee des Ministerrates für Gewerkschaftsfragen hat in diesem Bereich keine konstruktiven Vorschläge vorgelegt. Der veröffentlichte Text des Komitees macht den Eindruck, daß man sich dem gesellschaftlichen Dialog über eine nationale Verständigung entzieht. Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß diese Frage angepackt wird.

In der Überzeugung breiter gesellschaftlicher Kreise gibt es keinen anderen Weg zu einer Verständigung als die Einhaltung der 1980 geschlossenen Gesellschaftsverträge. Erster Schlüsselpunkt der Gesellschaftsverträge war die Schaffung unabhängiger Gewerkschaften, die im Rahmen der Verfassung der Volksrepublik Polen wirken. Auf dieser Grundlage entstand, entsprechend der Konvention 87 der Internationalen Arbeitsorganisation, die „Solidarność“ und wurde registriert. Bereits in der Zeit des Kriegszustandes versicherten Vertreter der Behörden mehrfach den Vertretern des Episkopats, daß es zweckmäßig und notwendig sei, daß „Solidarność“ nach den Prinzipien der Statuten wirke.

8. Die Reaktivierung der Gewerkschaften in einer authentischen, dem Willen der Gewerkschafter entsprechenden Form kann unter den Bedingungen, die die Einführung des Kriegszustandes geschaffen hat, nur realistisch sein bei kritischer Beurteilung der Lage, die vor dem 13. Dezember 1981 bestand.

Es steht außer Zweifel, daß ohne den Arbeiterprotest sowie ohne die Abkommen in Danzig, Stettin und Jastrzębie und auch ohne die spätere Entstehung der Unabhängigen Selbstverwaltenden Gewerkschaft „Solidarność“ sowie anderer ähnlicher gesellschaftlicher und beruflicher Organisationen die Errungenschaften der Erneuerungsbewegung nicht möglich gewesen wären.

Ein Resultat dessen war der Beginn der Wirtschaftsreform und die Entwicklung der Mitarbeiterselbstverwaltung, die Inangriffnahme umfassender legislativer Tätigkeiten (u.a. das Gesetz über die Zensur) und die Demokratisierung zahlreicher gesellschaftlicher Organisationen. Auf dem Gebiete der Verteidigung der Werktätigenrechte und der Sozialpolitik wurden große Fortschritte gemacht. Trotz aller Schwierigkeiten herrschte im Lande ein neues Klima der Hoffnung auf ein besseres Morgen. „Solidarność“ war nicht der einzige Faktor in diesen Umgestaltungen, aber ganz sicher war sie der wichtigste Faktor.

Indem man die enorme Zahl unwahrer oder übertriebener und ungerechter Vorwürfe zurückweist, die der „Solidarność“ gemacht werden, muß man dennoch anerkennen, daß auch auf ihr im Zusammenhang mit dem breiten Einfluß, den sie auf das gesellschaftliche Leben ausübte, ein Teil der Verantwortung für die schwere Krise ruht, die unser Land getroffen hat.

„Solidarność“ unternahm Anstrengungen, ihre Handlungen selbst zu begrenzen, zahlreiche lokale Konflikte zu vermeiden, die Kontrolle über die Gewerkschaftsbulletins zu gewährleisten, welche nicht selten politische Propaganda aufgriffen sowie die Gewerkschaft deutlich von der Tätigkeit oppositioneller Gruppen zu trennen. Sie bemühte sich auch, den gewaltigen Forderungsdruck der Gewerkschaftsmassen zu bremsen, insbesondere im Bereich der existenziellen Forderungen (Löhne und Versorgung) und die Gewerkschaftler zu beruhigen. Dies waren jedoch Handlungen, die eindeutig unzureichend waren. Obwohl die Situation sehr schwierig war, wuchsen das Mißtrauen gegenüber der Staatsmacht und die Verärgerung über die immer schwierige Wirtschaftslage, und zahlreiche Konflikte wurden provoziert. Die einen Massencharakter tragende junge Bewegung war sehr schwierig zu lenken. „Solidarność“ hätte jedoch in bedeutend entschlossener und konsequenterer Weise die Idee der Verständigung über ein begrenztes gesellschaftlich-gewerkschaftliches Programm verteidigen müssen.

In der Situation einer zerfallenden Wirtschaft, in der (die Grundlagen des Systems bedrohenden) Krise einer geschwächten Staatsmacht sowie angesichts der Erwartungen der Bündnispartner, die über den Zustand unseres Landes immer mehr beunruhigt waren, boten nur wechselseitiges Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft und Staatsmacht die Chancen für das Überdauern und für die Sicherung der Errungenschaft der Erneuerung.

Dieses Verständnis und dieser gute Wille, ja auch die Vorstellungskraft und der Mut fehlten auf beiden Seiten. Die elementaren und spontanen Reaktionen von Mitgliedern der Gewerkschaft auf Konflikte und krasse Erscheinungen der Ungerechtigkeit, die oft aus vielen alten, seit Jahren angehäuften Ungerechtigkeiten resultierten, erschwerten es, wie Kardinal Wyszyński sagte, „die edelsten Begeisterungen der ‚Solidarität‘ mit dem Wohl der Republik zu verknüpfen“. In der Gewerkschaftstätigkeit war und ist die Methode „kleiner Schritte“ notwendig, das heißt die Methode in einer stufenweisen Erreichung der beabsichtigten Ziele im Geiste der Besonnenheit, der Geduld und des Mutes.

Es wird nicht leicht sein, ohne gegenseitige Vorwürfe und Beschuldigungen über diese Angelegenheiten zu sprechen. Es wird jedoch notwendig sein, sich zu maximaler Zurückhaltung aufzuraffen, gleichzeitig muß „Solidarność“ die An-

strengung machen, ihre Tätigkeit und ihre Erfahrungen kritisch zu sichten. Man muß davon ausgehen, daß ein bedeutender Teil des Gewerkschaftsaktivs bereit ist, dies zu tun.

9. Die Gewerkschaften müssen ihre Unabhängigkeit nicht nur von der Verwaltung und vom staatlichen Arbeitgeber bewahren, wie es das Komitee des Ministerrats für Gewerkschaftstragen formuliert, sondern auch von politischen Organisationen. Johannes Paul II. schreibt folgendes darüber: „Andererseits ist es nicht Aufgabe der Gewerkschaften, ‚Politik zu machen‘ im heute üblichen Sinne dieses Ausdrucks. Die Gewerkschaften haben nicht die Eigenschaft politischer Parteien, die um die Macht kämpfen, und sollten auch nicht den Entscheidungen der politischen Parteien unterstellt sein oder in zu enger Verbindung mit ihnen stehen. Sonst verlieren sie nämlich leicht den Kontakt mit ihrem eigentlichen Auftrag, der Sicherung der berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer im Rahmen des Gemeinwohls des ganzen Landes, und werden statt dessen ein Werkzeug für andere Zwecke“ (Laborem exercens Nr. 20).

Eine so verstandene Apolitizität der Gewerkschaften kann und muß man mit der Achtung der Verfassung sowie des ersten Punktes der Danziger Vereinbarungen in Einklang bringen. Dies wird eine deutliche Begrenzung der Tätigkeit von „Solidarność“ einerseits und die Sicherung der Autonomie der Gewerkschaft gegenüber den politischen Behörden andererseits erforderlich machen.

10. Die vom Komitee des Ministerrats für Gewerkschaftsfragen veröffentlichten Vorschläge zur Frage der Gewerkschaftsbewegung setzen die Diskussion über den organisatorischen Umbau der Gewerkschaftsbewegung entsprechend dem „Willen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“ voraus. Im Zusammenhang damit ist es unbedingt notwendig:

- das Prinzip des Pluralismus zu akzeptieren, das in der Zeit der vergangenen über zehn Monate klar genug dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Werktätigen in Polen unterschiedliche Gewerkschaftsorganisationen beriefen – kein anderes Prinzip wird von der Arbeitswelt akzeptiert werden;
- allen Interessierten die Beteiligung an der Diskussion zu ermöglichen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle Gewerkschaftsorganisationen und alle

Werktätigen ihre Meinungen zur Frage der Reaktivierung ihres Gewerkschaftsverbandes ausdrücken müssen.

Wir weisen hierbei darauf hin, daß der Entwurf des Gewerkschaftsgesetzes von der Gesellschaft im vergangenen Jahr bereits allseitig diskutiert und von der Kommission des Staatsrates akzeptiert worden ist, an deren Arbeiten Vertreter der Gewerkschaften sowie der Vorsitzende des Sejm teilnahmen. Deshalb kann man feststellen, daß die in diesem Entwurf akzeptierten Grundsätze einer bindenden Verständigung unterlagen.

* * *

Wenn wir diese Anschauungen und Wünsche aussprechen, so sind wir uns bewußt, daß sie nicht leicht zu verwirklichen sind. Wir sehen voraus, daß sie auf Widerstand derjenigen Zentren im regierenden Lager stoßen können, die nur auf Gewalt setzen und einen Kompromiß mit der Gesellschaft ablehnen, wie sie auch Widerstände in gesellschaftlichen Kreisen wecken können, die – durch die Anwendung von Gewalt tief verletzt – keinerlei Vereinbarungen im Rahmen des Kriegszustandes akzeptieren sollen.

Trotzdem nehmen wir das Wort, getrieben vom Gefühl der Verantwortung für das gemeinsame Schicksal der Polen. Wir werden dieses Schicksal nicht bessern, indem wir über die Gewalt klagen und sie verwünschen. Man kann auf keine Veränderung der Lage zählen, solange wir nicht alles getan haben, was von uns abhängt. Gegen Fatalismus ist anzukämpfen. Einen Ausweg gibt es nur durch Mobilisierung der Kräfte und durch gemeinsame Anstrengung – unter der Bedingung, daß von dieser zweckmäßig und vernünftig Gebrauch gemacht wird. Deshalb müssen Forderungen sowohl an die Behörden wie auch durch jedes Mitglied der Gesellschaft an sich selbst gestellt werden. Forderungen, die nicht abstrakt sind, sondern unter unseren Bedingungen, auf unserem Boden, erfüllt werden können.

10. Zur Lage in Polen nach dem Papst-Besuch, Juni 1983

Quelle: Zur Lage in Polen nach dem Papst-Besuch, [Klaus Reiff], Warschau, 25. Juni 1983, DGB-Archiv, BDG-BV, Internationale Abt. unverzeichnete Akten, Nachlieferung 2002, vorläufige Nr. 344

Der Papst-Besuch in Polen hat das innenpolitische Klima in diesem Lande in einem Maße positiv verändert, wie es auch die größten Optimisten nicht zu erwarten wagten. Alle Seiten im Ringen dieses Landes um Verständigung und Normalisierung erscheinen zufriedengestellt. Polen könnte jetzt Kurs nehmen auf Stabilisierung, gesellschaftliche Einigung, Ruhe und Normalität, wenn die politische Führung jetzt klug handelt und Zeichen ihres guten Willens setzt. Die Bevölkerung erwartet als erstes die Aufhebung des Kriegsrechts und eine allgemeine Amnestie. Beides soll, wie zu hören ist, am 22. Juli [1983], dem polnischen Nationalfeiertag, verkündet werden.

Für die Kirche war der Papst-Besuch eine weitere Demonstration ihres Einflusses auf die Bevölkerung, ja ihrer Macht in diesem kommunistischen Staat. Die von Millionen freiwillig besuchten Massenveranstaltungen, auf denen der Papst teilweise unverblümt die Situation in Polen kritisierte, sind dafür ein beredtes Zeugnis, das die politische Führung auch künftig in ihr Kalkül einbeziehen muß.

Für die politische Führung dieses Landes, der die Verhängung des Kriegsrechts und die Unterdrückung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung angelastet werden, stellt die päpstliche Visite zweifellos eine Aufwertung dar. Sie hat ihre außenpolitische Isolierung durchbrechen können. Der Papst war das erste westliche Staatsoberhaupt, das Polen seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 besucht hat. Vor den Augen der ganzen Nation hat der Papst, die höchste moralische Autorität für die katholischen Polen, Jaruzelski die Hand gegeben, hat er mit Mitgliedern der Parteiführung und der ungeliebten „Patriotischen Bewegung für die nationale Wiedergeburt“ gesprochen.

Insbesondere die zweite Begegnung des Papstes mit Jaruzelski auf der Krakauer Königsburg Wawel ließ den Partei- und Regierungschef als den um Ausgleich und Verständigung im Lande bemühten polnischen Patrioten erscheinen. Mit dem bewußt eingegangenen Risiko des Papst-Besuches, in dem der General of-

fenbar eine letzte Chance sah, Polen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, hat er seine wirkliche patriotische Haltung unter Beweis gestellt. Es ist kein Geheimnis, daß die Sowjetführung mit äußerst gemischten Gefühlen, ja ablehnend diesem Papst-Besuch gegenüberstand. Es ist bemerkenswert, daß sich Jaruzelski mit seinem Eintreten für diese Visite bei den Sowjets durchsetzen konnte. Allerdings hätte ihn ein Fehlschlag auch Amt und Würden gekostet.

Schließlich ist die polnische Bevölkerung befriedigt darüber, daß allen Problemen zum Trotz ihr Papst nach Polen gekommen ist und sie seines Beistands in dieser schwierigen Lage versichert hat. Die deutlichen Worte des Papstes zur Lage im Lande wurden bei vielen als Balsam empfunden.

Die Demonstrationen am Rande des Papst-Besuches, die ja zu erwarten waren, sind ebenso wie die Begegnung des Papstes mit Walesa im Westen überbewertet worden. Wenn es um die Zukunft Polens geht, entscheidet Jaruzelski und nicht Walesa. Was Jaruzelski mit dem Papst bespricht, hat Gewicht für dieses Land. Man muß im Westen endlich begreifen: Walesa ist bereits eine historische Symbolfigur, über die die Zeit hinweggegangen ist. Er ist das personifizierte Symbol für die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“, die ebenfalls der Vergangenheit angehört. Die Kirche hat längst ihre Abkehr von der Gewerkschaft „Solidarität“ vollzogen, betont aber, daß sie deren Ideen und Idealen auch künftig ihre Unterstützung geben werde. Untergrundaktivitäten der „Solidarität“ sind nach dem Papst-Besuch noch aussichtsloser, noch sinnloser geworden.

Nach diesem Papst-Besuch, den der Westen zu einem Prüfstein für seine zukünftige Politik gegenüber Polen gemacht hat, ist auf unserer Seite jetzt eine Änderung der Haltung angezeigt. Durch eine weitere Isolierung und eine Fortsetzung der Sanktionen würde man nun tatsächlich Polen in die Arme der Sowjets treiben. Polen muß die Möglichkeit zur Rückkehr in die internationale Politik gegeben werden. Dieses Land muß wieder seine außenpolitischen, bisher so aktive und bemerkenswerte Rolle weiterspielen können. Was wäre ohne Polen aus der KSZE-Konferenz in Helsinki geworden, um nur ein Beispiel zu nennen. Es kann doch nicht im politischen Interesse des Westens liegen, daß außer der Führungsmacht Sowjetunion heute kein anderes Ostblockland mehr eine aktive Außenpolitik betreibt.

Die Zeitbombe Polen vor unserer Haustür muß entschärft werden. Kommt es in Polen zu einer Explosion, wird ganz Europa darunter zu leiden haben. Polen darf nicht zum Vorwand genommen werden, um andere politische Entscheidungen zu rechtfertigen.

So schwer es auch fällt: Wir müssen die konsequente Normalisierung des öffentlichen Lebens in Polen seit Verhängung des Kriegsrechts – allen Hindernissen zum Trotz – anerkennen, als Zeichen des ehrlichen Strebens der politischen Führung. Dabei steht außer Frage, daß wir politische Auseinandersetzungen, die dann vor einer Seite mit militärischen Machtmitteln entschieden werden, nicht gutheißen können. Aber vielleicht war es tatsächlich die Notbremse, die vor dem Abgrund gezogen wurde und uns alle schließlich vor einer Katastrophe in Europa bewahrt hat.

Nun muß der Westen seinen guten Willen gegenüber Polen zeigen, muß insbesondere die Bundesrepublik Deutschland auf die westliche Führungsmacht einwirken, damit sie abläßt von Sanktionen und Behinderungen und Polen die Möglichkeit nicht verbaut, seinen Platz unter den Völkern Europas und der Welt wieder einzunehmen. Insbesondere wir Deutschen haben keinerlei Veranlassung, Polen zu bestrafen oder in der einen oder anderen Weise zu belehren. Unser Interesse, unsere Pflicht liegt darin, Polen zu helfen, diesem Land und seinen Menschen gegenüber Solidarität und Hilfsbereitschaft zu bekunden. Die Hilfsaktionen der beiden letzten Jahre haben den Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland eine Welle der Sympathie eingetragen.

Aber diese Sympathie schmilzt bereits erschreckend schnell wieder dahin, weil Zimmermann, Hupka und Czaja mit ihren Äußerungen zur Grenzfrage unter der polnischen Bevölkerung erhebliche Beunruhigung ausgelöst haben. Das muß man in der Bundesrepublik wissen: Wenn es um die Grenzfrage geht, ziehen Kirche, Partei und Bürger an einen Strang. Die Unionspolitiker haben, sicherlich ungewollt in der polnischen Bevölkerung einen bemerkenswerten Solidarisierungseffekt mit der politischen Führung erzeugt. Mit dem Besuch in Schlesien haben der Papst und die katholische Kirche Polens auch eine Antwort auf die Reden der Unionspolitiker gegeben, daran besteht kein Zweifel. Dies war keine Konzession der Kirche an die politische Führung, sondern entsprang auch ihren eigenen Interessen, die hier zugleich nationale Interessen sind.

Die SPD muß Garant dafür sein, daß die Grenzfrage ein für allemal mit dem Vertrag von 1970 erledigt wurde. Sie muß als Oppositionspartei und auch um gegenüber dem polnischen Vertragspartner die Glaubwürdigkeit zu bewahren, mit allen Mitteln gegen eine Neuauflage der Grenzdiskussion kämpfen. Die SPD sollte sich an Willy Brandts Forderungen halten, daß Polen kein Staat auf Rädern sein darf. Die Polen erwarten insbesondere von Willy Brandt in dieser Situation ein klares Wort zur Grenzfrage. Er sollte damit nicht zu lange warten.

Die deutschen Sozialdemokraten genießen in breiten Kreisen der polnischen Bevölkerung im allgemeinen wenig Sympathie. Negativ gegen sie werden insbesondere die Kontakte der SPD zur PVAP ausgelegt. Verheerend waren die Reaktionen in der polnischen Bevölkerung auf den Besuch Herbert Wehners in Warschau im Februar 1982, kurz nach Verhängung des Kriegsrechts. Wehner und die SPD bezeichneten polnische Intellektuelle schlicht als „Handlanger des kommunistischen Militärregimes“. Es war auch nach meiner Ansicht ein politisch höchst unkluges Unternehmen, da Erwartungen geweckt wurden, die nicht erfüllt werden konnten und zwar auf beiden Seiten.

Allerdings gibt es ein Faktum, das die negative Einstellung der Polen zur SPD mildert: der Vertrag von 1970 und die darin enthaltene Anerkennung der polnischen Westgrenze. Indem wir in der aktuellen Situation auch unsererseits dieses Faktum betonen und herausstellen, ließe sich einiges wieder reparieren. Die SPD muß vor allem auch gegenüber Polen deutlich machen, daß Polen das Herzstück Ihrer Ostpolitik war und bleibt aus der besonderen Verantwortung heraus, die wir gegenüber diesem Volk und diesem Land aus einer leidvollen Vergangenheit heraus haben. Aussöhnung und Normalisierung mit Polen dürfen mit einer SPD in der Opposition nicht zuende sein. Die SPD muß sich auch in ihrer Oppositionsrolle für die Weiterentwicklung der Beziehungen mit Polen auf allen Gebieten einsetzen.

Die Menschen in Polen müssen uns in der gegenwärtigen Situation ganz besonders am Herzen liegen. Ihnen zu helfen, wo immer es geht, ist unsere Pflicht. Die Bundesrepublik Deutschland vertritt Polen gegenüber wirklich das andere Deutschland, und so sehen es auch die Polen. Wenn man aber in Bonn eine Politik der Kontinuität nur mit der DDR und der Sowjetunion betreibt, erweckt dies

in Polen die Furcht, daß man unter Ausnutzung der innerpolnischen Probleme mit den beiden Nachbarn ein Arrangement auf Kosten Polens sucht. Dies ist keine vereinzelte Meinung, und sie entspringt den historischen Erfahrungen dieses Landes mit seinen Nachbarn.

Zusammenfassend läßt sich folgendes feststellen!

- Das innenpolitische Klima in Polen hat sich durch den Papst-Besuch zum Positiven hin verändert;
- Katholische Kirche, politische Führung und Bevölkerung sind gleichermaßen von der päpstlichen Visite befriedigt;
- Mit dem erfolgreichen Abschluß des Papst-Besuches ist Jaruzelskis Stellung in Polen und gegenüber der Sowjetführung gestärkt worden;
- Polen muß die Möglichkeit zur Rückkehr in die internationale Politik gegeben werden, um seine aktive außenpolitische Rolle weiterspielen zu können;
- Der Westen sollte die konsequente Normalisierung des Lebens in Polen seit Verhängung des Kriegsrechts zur Kenntnis nehmen;
- Weder wird die „Solidarität“ als unabhängige Gewerkschaft wieder auferstehen, noch kann Walesa künftig seine Rolle als polnischer Arbeiterführer weiterspielen;
- Das Hochspielen der Grenzfrage durch Unionspolitiker hat zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit der politischen Führung Polens in dieser Frage geführt;
- In der Frage der polnischen Westgrenze gibt es keine Meinungsunterschiede zwischen Kirche, Partei, Regierung und Bevölkerung;
- Die SPD sollte durch ihren Vorsitzenden Willy Brandt ein klares Wort zur Grenzfrage sagen;
- Die SPD muß deutlich machen, daß Polen das Herzstück ihrer Ostpolitik war und bleibt, sie muß auch in der Opposition um eine Weiterentwicklung der Beziehungen auf allen Gebieten bemüht bleiben.

11. Information bezüglich mancher Wahrnehmungen zum Verlauf des Papstbesuchs in Polen, Juni 1983¹⁰⁷

Quelle: Główny Zarząd Polityczny W.[ojska] P.[olskiego], Informacja dotycząca niektórych spostrzeżeń z przebiegu wizyty papieża w Polsce, Warszawa, czerwiec 1983 r. poufne, AAN Warszawa, KC PZPR XI/890, Bl. 30–49¹⁰⁸ [fragmenty].

Politischer Hauptvorstand der Polnischen Armee¹⁰⁹, Information bezüglich mancher Wahrnehmungen zum Verlauf des Papstbesuchs in Polen Juni 1983, vertraulich [Fragment]

Im Verlauf des zweiten Papstbesuchs in Polen wurden ständige Beobachtungen des Verlaufs aller religiösen Feierlichkeiten durchgeführt, um die Techniken der propagandistischen Einflussnahme auf die Gläubigen festzustellen und vorläufige Schlussfolgerungen zu ziehen, wie die Auftritte des Papstes durch die Teilnehmer der genannten Feierlichkeiten perzipiert wurden.

Auf Grundlage dieser Beobachtungen kann man die Schlussfolgerung formulieren, dass in der überwiegenden Mehrzahl die Auftritte und Predigten des Papstes *vor allem emotional und nicht rational aufgenommen wurden*. [H.i.O.] Das ist die Konsequenz der Unverständlichkeit der evangelisierenden Sprache und Metaphorik für Menschen mit durchschnittlichem Bildungsstand. Das stört die Gläubigen nicht bei ihrem religiösen Erleben.

Eine solch allgemeine Feststellung hat eine wesentliche Bedeutung für unsere Propagandatätigkeit. Auf ihrer Grundlage kann man nämlich schlussfolgern, dass *die emotionale Perzeption der Auftritte des Papstes keine dauerhaften Veränderungen im Bewusstsein mancher gesellschaftlicher Gruppen bewirken sollte*. [H.i.O.] Ungünstige Aspekte hingegen können verhältnismäßig schnell infolge

107 Dieses Dokument wurde von Organen der polnischen Armee verfasst (Politische Abteilung). Die deutsche Übersetzung gibt den spezifischen Stil wieder – es wurden nur leichte Veränderungen vorgenommen.

108 [Stempel] Auf Anweisung von Genosse W. Jaruzelski an die die Sekretäre des ZK geschickt, Datum 8.8.1983, Tagebuchnummer KS/885/83

109 Zentrale Institution im Ministerium für Nationale Verteidigung, die in den Jahren 1944–1989 nach den Rechten einer Abteilung des Zentralkomitees der PVAP tätig war. 1983 war der Waffengeneral Józef Baryła ihr Chef.

einer intensivierten, entsprechend organisierten ideell-erzieherischen Tätigkeit durch uns wettgemacht werden.

[...]

Das Problem der Einschätzung der Perzeption der Papstauftritte während seines Besuchs in unserem Lande und vor allem ihrer ideologischen Einflüsse auf den Bewusstseinsstand der jeweiligen Milieus, Gesellschafts- und Berufsgruppen sowie der gesamten polnischen Bevölkerung erfordert vertiefte soziologische Untersuchungen.

Jedoch haben im Lichte der oben getätigten Feststellungen die vorläufig dokumentierten Beobachtungen eine wesentliche Bedeutung für die Praxis der Propagandatätigkeit.

I. Elemente der Soziotechnik von religiösen Versammlungen während der zweiten Papstbesuchs. [H.i.O.]

Bei den direkten Vorbereitungen zum zweiten Besuch von Papst Johannes Paul II. in seinem Heimatland sowie bei dessen gesamtem Verlauf hat die Kirche – unter Ausnutzung ihrer reichen, tausendjährigen Erfahrung – traditionell alle bekannten Methoden der Soziotechnik angewandt, die sehr stark auf die menschlichen Emotionen wirken.

A. Soziotechnische Maßnahmen des Papstes [H.i.O.]

1. Ein Faktor, der gewissermaßen objektiv die Nutzung und Anwendung vielfältiger Elemente der Soziotechnik durch Johannes Paul II. erleichtert, ist zweifellos *die Persönlichkeit und die Wesensart des Papstes* [H.i.O.] in verschiedenen Situationen in Verbindung mit der Realisierung des Besuchsprogramms.

Alle betonen übereinstimmend, dass die Persönlichkeitseigenschaften und die Wesensart von Johannes Paul II. eine leichte und schnelle emotionale Kontaktaufnahme sowohl in einem kleineren Personenkreis als auch zu den versammelten Massen von Gläubigen der Feierlichkeiten begünstigen.

In der Persönlichkeit und der Wesensart des Papstes verdient *die Fähigkeit, Massen zu beeinflussen*, [H.i.O.] besondere Aufmerksamkeit. Der Papst tut dies, in-

dem er unter anderem schauspielerische Gesten nutzt, etwa durch einen geistlichen Gesichtsausdruck, von der Regie angewiesene Blicke auf bestimmten Personen ruhen lässt, sowie „väterliche“ Gespräche mit den Menschen führt, die zu ihm gelassen werden (z.B. Delegationen, die Geschenke bringen).

2. Diese Fähigkeit wird wirksam gestützt durch die *hohe moralische Autorität des Papstes* [H.i.O.]. Es lohnt sich hinzuzufügen, dass die kirchliche Hierarchie im Verlauf des Besuchs besondere Sorgfalt und Anstrengungen darauf verwendet hat, um mit allen verfügbaren Mitteln auf die Gläubigen Einfluss zu nehmen und ihre Autorität weiter zu stärken. Hierbei dienten insbesondere die lakaienhaften Begrüßungs- und Danksagungsreden, *kaiserlich-königliche Pracht*, mit der die Orte der Feierlichkeiten ausgestattet wurden [H.i.O.], extra organisierte Ovationen zu Ehren des Papstes, das ehrerbringende Überreichen von Geschenken an den Papst durch Vertreter gesellschaftlicher und beruflicher Gruppen, und vor allem das Gebet für Johannes Paul II. So wurde ihm etwa nach Beendigung des Gottesdienstes auf dem Annaberg mit einem Gebet dafür gedankt, dass er schönes Wetter sichergestellt hatte. Während dieses Besuchs wurde u.a. die Bezeichnung *Johannes Pauls II. als „Petrus unserer Zeiten“ lanciert und konsequent verbreitet*. [H.i.O.]

3. Die emotionale und nicht rationale Aufnahme und das geistliche Erleben der päpstlichen Ansprachen wurde im Allgemeinen durch *die treffende Auswahl der Themen und die besonders akzentuierten Inhalte, mit denen die jeweiligen Gruppen angesprochen werden sollten, begünstigt*-. So zielte etwa die Predigt in Posen deutlich *auf die großpolnischen Bauern ab*, in Kattowitz *auf die Welt der schweren Arbeit im Bergbau und Hüttenwesen*, [H.i.O.] und in beiden Städten sollte *der Patriotismus des polnischen Volks* [H.i.O.] eine emotionale Resonanz bei den versammelten Massen hervorrufen.

4. Ein Element zur Manipulation der Massen ist auch *der mystische und vieldeutige Wortschatz* [H.i.O.] der vom Papst verkündeten Texte, der die religiösen Bedürfnisse und Hoffnungen verstärkt und gleichzeitig – bei einer entsprechenden Lesart – die politischen Erwartungen eines bestimmten Teils der versammelten Gläubigen erfüllte, etwa der vielfach vom Papst verwendete Begriff der mensch-

lichen bzw. christlichen Solidarität, der bei entsprechender Betonung des Worts „Solidarność“ [Solidarität] immer Applaus der Versammelten hervorrief.

Charakteristisch ist, dass im verhältnismäßig reichen Wortschatz der päpstlichen Predigten sowie in den Auftritten anderer kirchlicher Würdenträger *sehr selten*, [H.i.O.], wenn man die offiziellen Anreden außer Betracht lässt, der Begriff *Volksrepublik Polen verwendet wurde*. [H.i.O.]

Wenn notwendig, bediente sich der Papst Begrifflichkeiten ohne jeglicher politischer Aussage wie „Polen“ oder „Staat“ und im Verhältnis zu den Nachbarn „die Ostdeutschen“ oder „unsere westlichen Nachbarn“. In der Predigt in Breslau sprach er, indem er den gefallenen sowjetischen Soldaten die Ehre erwies, von denen, die „in den Kämpfen um die Befreiung der Stadt gefallen waren“.

Der Wortschatz räumte kirchlichen und religiösen Begriffen deutlichen Vorrang ein. Z.B. zum Ruhm der Kirche und des Vaterlands. Von dieser Regel wich nur Erzbischof Stroba ab, der in einem Grußwort zum Gottesdienst in Posen in erster Reihenfolge den Begriff staatlich nannte, (z.B. des Staats und der Kirche).

5. *Redekunst*/[H.i.O.] Farbe und Klang der Stimme, Rhythmik der Auftritte, Gestikulation, oder die Betonung bestimmter Worte, Begriffe und Zusammenhänge ermöglichten es dem Papst, auf die Emotionen und Stimmungen der versammelten Massen Einfluss zu nehmen. Man kann anerkennen, dass die angewandten Mittel zur Einflussnahme auf die Massen durch das Vortragen raffinierter Anspielungen, die manchmal sogar in den zitierten Texten der Evangelien enthalten waren, erleichterten und bestimmte politische Assoziationen sowie emotionale Reaktionen hervorriefen.

Ein klassisches Beispiel dafür, dass der Papst die Redekunst benutzt hat, um die Emotionen der Teilnehmer der religiösen Versammlung zu manipulieren, war der „Appell von Jasna Góra an die Jugend“ (18.6.1983).

6. Aufmerksamkeit verdient auch die von Johannes Paul II. oft angewandte direkte Einflussnahme auf die Gläubigen während oder nach offizieller Beendigung mancher religiöser Versammlungen – meist am Nachmittag bzw. am Abend – in Form *improvisierter und in sehr „lockerer“ Form geführter witziger Dialoge* [H.i.O.] mit den versammelten Massen (Treffen mit der Jugend auf der

Jasna Góra, Kattowitz, Annaberg u.ä.) Meist wurden die Dialoge durch Ovationen der Gläubigen zu Ehren des Papstes initiiert (skandieren und kollektives Singen, was dieser sehr geschickt ausnutzte – indem er vortäuschte, Emotionen zu befriedigen) – um seine persönlichen Erlebnisse zu übermitteln, religiöse und allgemeine Empfindungen, sowie auch religiöse und moralische Belehrungen.

Am treffendsten kann man die Form und den Charakter dieser Einflussnahmen mit dem Begriff „*Papa-Show*“ [H.i.O.] bezeichnen.

[...]

C. Visuelle Ausgestaltung der religiösen Versammlungen [H.i.O.]

1. Die Vorbereitungen und der Verlauf des Papstbesuchs haben noch einmal die Tatsache bestätigt, dass *die moderne katholische Kirche* [H.i.O.] – und insbesondere die polnische – *großen Wert auf die visuelle Ausgestaltung jeglicher religiöser Versammlung legt*. [H.i.O.]

Allgemein kann man feststellen, dass bei der visuellen Ausgestaltung der Sakralobjekte, der Reisstrecke, der Orte, an denen sich Gläubige versammelt haben, sowie an deren Wohnorten der religiöse Inhalt und die Symbolik mit Elementen des spezifisch polnischen Marienkults verknüpft wurden.

Zur visuellen Ausgestaltung des Papstbesuchs wurden auch in verhältnismäßig großem Umfang *Inhalte und Symbolik allgemeingesellschaftlicher Aussagen verwendet*, [H.i.O.], sogar mit Anspielungen im Kontext der gegenwärtigen gesellschaftlich-politischen Situation des Landes.

In einigen Fällen wurden zur visuellen Ausgestaltung von Sakralobjekten und religiösen Versammlung permanente bzw. tragbare Elemente eingeführt, die mit Schlagworten und der Symbolik verbunden wurden, die von oppositionellen antisozialistischen Gruppierungen verbreitet werden.

Beinahe schon traditionell *missbrauchte, wie einst „S“ [Solidarność] – die nationalen Farben und Symbole* [H.i.O.], der kirchliche Apparat bewusst und zielgerichtet in seiner Außenpropaganda, was gewiss visuell dokumentiert werden sollte, durch die von der polnischen Kirche verkündete These: „Pole = Katholik“.

Einem ähnlichen Ziel diene auch die allgemein verbreitete Praxis, eine feierliche visuelle Ausgestaltung aus nationalen und religiösen Elementen zu konstruieren.

[...]

X X X

Zum Abschluss dieses Teils der Erwägungen ist hinzuzufügen, dass ohne Berücksichtigung der zeitgenössischen Kontexte und Bezugnahmen auf konkrete gesellschaftlich-politische Realien des Landes die oben dargestellten Elemente der Soziotechnik während des Papstbesuchs nicht eine solche Kraft der Beeinflussung der versammelten Menschenmassen gehabt hätten.

12. Zur Lage der katholischen Kirche in Polen, Februar 1984

Quelle: Zur Lage der katholischen Kirche in Polen, Klaus Reiff, Bonn 26. Februar 1984, DGB-Archiv, BDG-BV, Internationale Abt. unverzeichnete Akten, Nachlieferung 2002, vorläufige Nr. 344.

Es gehört zu den Absonderlichkeiten der Situation in Polen, daß die katholische Kirche als die mit Abstand größte Glaubensgemeinschaft des Landes in der gegenwärtigen Krise gefestigter und einflußreicher dasteht denn je. Nur mit der Kirche und keinesfalls gegen sie, das weiß die Warschauer Führung sehr genau, läßt sich die Krise überwinden. Daher ist der Gesprächsfaden zwischen Partei und Regierung auf der einen und dem Episkopat auf der anderen Seite auch nie abgerissen. Wer in Polen wirklich die Massen bewegen und beeinflussen kann, hat im letzten Jahr wieder einmal der Papst-Besuch gezeigt als Millionen zu den Messen unter freiem Himmel strömten.

Ohnehin ist die Position der katholischen Kirche Polens im Vergleich zu den anderen kommunistischen Staaten beispiellos. In Polen gibt es praktisch keine Beschränkungen in der Religionsausübung. Auch unter Kriegsrecht wagte es das kommunistische Regime nicht, das Versammlungsverbot auch auf die Kirche auszudehnen. Den Priestern wurde es gestattet, in den Internierungslagern einmal wöchentlich eine Messe zu lesen. Außerdem konnte die Kirche den Internierten mit Lebensmitteln und Medikamenten helfen.

Polens katholische Kirche ist heute unangefochten eine nationale Institution, eine moralische Autorität, die im Gegensatz zur Partei das Vertrauen der Bevölkerung und Glaubwürdigkeit besitzt. Sie ist gegenwärtig die beständige Säule, auf der das Staatsgebäude Polens ruht.

Wie in anderen kommunistischen Ländern auch, hatte die Partei durch die Gründung einer regimetreuen Laienorganisation, in Polen heißt sie PAX, versucht, einen Keil zwischen die Gläubigen zu treiben. Gerade in Polen mußte man aber am Erfolg einer solchen Maßnahme von Anfang an Zweifel haben. Auch PAX-Mitglieder sind zuerst Polen und gläubige Katholiken und keineswegs begeisterte Erfüllungsgehilfen einer atheistischen Politik der Kommunistischen Partei. Im System mußte die PAX-Organisation die ihr zugewiesene Rolle spielen, vermutlich auch deshalb, weil die polnische Führung gegenüber den Sowjets nachzuweisen hatte, daß sie mit Hilfe einer ihr ergebenen Institution dem Einfluß der Kirche gegensteuert.

Bis zum Beginn der „Solidarität“ hielt die Kirche zu PAX deutliche Distanz. Dennoch veröffentlichte die PAX-Presse Predigten des Primas und des Papstes, berichtete über kirchliche Ereignisse in Polen und im Ausland und würdigte das Wirken der katholischen Seelsorge im Lande. Lediglich in der Berichterstattung und Kommentierung politischer Ereignisse hielt man sich strikt an die offizielle Linie.

Als die Gewerkschaft „Solidarität“ Konturen gewann, fand sie in der PAX-Organisation einen aktiven Förderer. Die PAX-Presse war in dieser Zeit gewissermaßen das Sprachrohr der „Solidarität“. Damals, so schien es, machte auch die Kirche ihren Frieden mit PAX, als Primas Glemp zum ersten Mal den Vorsitzenden, Ryszard Reiff, empfing, der zugleich Chef der PAX-Abgeordnetengruppe im polnischen Parlament und Mitglied des Staatsrates war.

Mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 und dem Verbot der „Solidarität“ wurde auch PAX vom Reformbazillus gesäubert. Ihr Vorsitzender, der am 13. Dezember [1981] noch tapfer gegen das Kriegsrecht im Staatsrat gestimmt hatte, mußte die Führung der Organisation abgeben und aus dem Staatsrat ausscheiden. Er blieb aber Parlamentsabgeordneter und gehört heute zum engeren Beraterkreis des Primas.

PAX hat im System wieder seinen Platz eingenommen und muß die der Organisation zugewiesene Rolle erneut spielen. In der von oben verordneten „Patriotischen Bewegung zur nationalen Erneuerung“ (PRON) stellt PAX die dort erforderlichen Alibi-Katholiken und mit dem Schriftsteller Jan Dobraczynski auch den Vorsitzenden. Glücklicherweise ist man darüber bestimmt nicht, denn auch bei PAX weiß man, wie ablehnend die Bevölkerung und insbesondere die Jugend sich gegenüber PRON verhält. Dieser Exkurs über PAX ist notwendig zum Verständnis der kirchlichen Situation in Polen. Dabei ist noch zu erwähnen, daß PAX zwar die größte politisch orientierte katholische Laienorganisation in Polen ist, doch nicht die einzige. Genannt seien noch die Christlich-soziale Gesellschaft, ZNAK und Neo-ZNAK, die ebenfalls im Parlament vertreten sind oder waren, die aber nicht die Bedeutung von PAX haben.

Mit Organisationen dieser Art, das weiß man vermutlich inzwischen auch in der polnischen Führung, kann man auf die Kirche keinen Einfluß nehmen. Gefestigter denn je erfüllt sie ihre vielfältigen Aufgaben. In der Seelsorge verfügt sie heute über mehr als 21-tausend Priester (1937: etwa 10-tausend). Für den Neubau von Kirchen und Kapellen wurden von den staatlichen Behörden seit Kriegsende 666 Genehmigungen erteilt (Stand: 31.12.1982). Weitere 240 kirchliche Bauwerke wurden seit 1945 nach Kriegszerstörungen wiedererrichtet bzw. erweitert. Heute besitzt die katholische Kirche in Polen insgesamt mehr als 10-tausend Kirchen und etwa 450 Kapellen (1937: 7.252 Kirchen). Für den Religionsunterricht von Kindern und Jugendlichen stehen heute 22-tausend sog. Katechetische Punkte zur Verfügung.

Es gibt ferner 46 geistliche Seminare, 10 allgemeinbildende Mittelschulen und Berufsschulen der Kirche, die Staatliche Akademie für katholische Theologie in Warschau und die Katholische Universität in Lublin, die einzige katholische Universität in einem kommunistischen Land. Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang auch die Päpstlichen Theologie-Fakultäten in Warschau, Krakau, Breslau und Posen sowie eine theologische Fakultät der Jesuiten in Warschau.

Beachtlich sind auch die Publikationsmöglichkeiten der Kirche in Polen. Sie gibt vier Wochenzeitungen mit einer Gesamtauflage von 475-tausend Exemplaren

heraus, von denen die bedeutendste der angesehene „Tygodnik Powszechny“ in Krakau ist, ideologische Konkurrenz zum Parteiwochenblatt „Polityka“. In einer Auflage von 62-tausend Exemplaren erscheinen die vierzehntägigen Publikationen der Kirche. Die zusammen 10 Monatsschriften werden in 422-tausend Exemplaren vertrieben. Alle kirchlichen Publikationen zusammen erreichen eine Auflage von 959-tausend. Noch in den siebziger Jahren lag sie bei etwa 440-tausend. Zählt man die Presse der politisch-katholischen Organisationen wie PAX hinzu, dann beträgt die Gesamtauflage 1,5 Millionen.

Seit 1981 strahlt der Polnische Rundfunk an jedem Sonntag im vierten Hörfunkprogramm landesweit eine katholische Messe aus der Heilig-Kreuz-Kirche in Warschau aus. Auch in der Zeit des Kriegsrechts wurde diese Übertragung nicht eingestellt. Bis 1981 übertrug der Polnische Rundfunk nur einmal im Jahr die Mitternachtsmesse aus dem Wawel-Dom in Krakau. Kirchliche Sendungen im Polnischen Fernsehen gibt es nicht.

Die katholische Kirche trägt in Polen auch einen wesentlichen Teil der sozialen Fürsorge. Mehr als 200 Einrichtungen, u.a. Heime für alte Menschen, Behinderte und Jugendliche, sowie Krankenhäuser gehören ihr unmittelbar oder werden von der Kirche nahestehenden Organisationen betreut.

Im Gegensatz zur Partei weiß die Kirche den überwiegenden Teil der jungen Generation Polens in ihren Reihen. Weder in der Stadt noch auf dem Dorf ist eine kirchliche Abstinenz der Jugend zu beobachten. Auch ohne über eine landesweite Jugendorganisation zu verfügen, besteht ein enger Kontakt zur jungen Generation, die nicht nur rege die Messen besucht, sondern in großer Zahl auch an Wallfahrten teilnimmt und sich zum Festival religiöser Lieder „Sacrosong“ versammelt.

Zwar gibt es außer an der Katholischen Universität in Lublin keine katholischen Studentenorganisationen in Polen, doch bietet die Kirche in den „Klubs der Katholischen Intelligenz“ (KIK) nicht nur Akademikern, sondern auch Schriftstellern und Künstlern eine Stätte der Begegnung. Diese Klubs sind nach ihrem Verbot in der Zeit des Kriegsrechts heute wieder in fast allen 49 Wojewodschaften zugelassen.

Auch Mitglieder der von den staatlichen Behörden im vorigen Jahr aufgelösten Verbände, z.B. Maler, Journalisten und Schauspieler, fanden bei der Kirche Hilfe und Förderung. Viele der im Zuge der Säuberungen nach Verhängung des Kriegsrechts entlassenen Journalisten fanden bei kirchlichen Publikationen einen neuen Arbeitsplatz. Die Kirche übernahm die Rolle eines Mäzens und eröffnete in zahlreichen Wojewodschaftsstädten „Katholische Kulturzentren“. Malern stehen dort Ausstellungsräume zur Verfügung. Bei kirchlichen Veranstaltungen treten Künstler auf, die anderswo keine Anstellung finden oder aber aus Protest nicht bei den kulturellen Einrichtungen des Staates auftreten wollen. Den Schriftstellern hilft die Kirche mit materieller Förderung.

Diese kulturellen Aktivitäten der Kirche sehen staatliche Stellen mit Argwohn. Der für Kirchenangelegenheiten zuständige Minister Adam Lopatka [Łopatka] erklärte, es bestehe die reale Gefahr, daß die kirchliche Kultur und insbesondere die der katholischen Kirche, über ihren Rahmen in der nationalen Kultur hinaus wolle. Hier sei eine Tendenz sichtbar geworden, die ganze nationale Kultur Polens der kirchlichen Kultur unterzuordnen und aus der nationalen Kultur fortschrittliche und revolutionäre Elemente zu eliminieren.

Diese Attacke des Kirchenministers hatte, bis jetzt jedenfalls, keine konkreten Folgen. In den Wojewodschaftsstädten ist noch keines der „Katholischen Kulturzentren“ geschlossen worden.

Entscheidende Kontakt- und Schaltstelle für die Beziehungen zwischen politischer und kirchlicher Führung ist die sog. „Gemeinsame Kommission von Regierung und Episkopat“, die im Zuge der Danziger Unruhen am 24. September 1980 reaktiviert wurde. Mitglieder dieser Kommission sind unter anderen Politbüromitglied Barcikowski, Kirchenminister Lopatka, Kardinal Macharski (Kraukau), der Sekretär des Episkopats, Bischof Bronislaw Dabrowski und Erzbischof Stroba (Posen).

Im Rahmen der Gemeinsamen Kommission sind sechs Arbeitsgruppen tätig und zwar für Gesetzgebung, für die geistlichen Seminare, für Fragen der Orden, für das Verlags- und Pressewesen, für Erziehung und für den Kampf gegen den Alkoholismus. Die Aufgabenstellung dieser Arbeitsgruppen macht deutlich, daß die Kirche sich ihren Einfluß auf Entscheidungen der Regierung nicht nur in

den sie unmittelbar betreffenden Bereichen, sondern mehr noch bei der Gesetzgebung, bei den Medien und bei Erziehungsfragen zu sichern weiß. Kein Gesetz, das in irgendeiner Weise auch die Interessen der Kirche tangiert, wird vom Parlament verabschiedet, ohne daß es zuvor in der Gemeinsamen Kommission beraten worden wäre. Die Leitung der Arbeitsgruppe Gesetzgebung haben sich Kirchenminister Lopatka und Primas Glemp persönlich vorbehalten.

Derzeit arbeitet die Gemeinsame Kommission an der Vorbereitung von Empfehlungen für ein Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Status der katholischen Kirche in Polen. Auch die geplante Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan ist Beratungsthema der Gemeinsamen Kommission. Zur Zeit amtiert in der römischen Botschaft Polens ein ständiger Vertreter der polnischen Regierung im Ministerrang für Arbeitskontakte mit dem Vatikan.

Verlautbarungen der Gemeinsamen Kommission sind meist kurz und nicht allzu informativ. Was dort beraten wird, bleibt vertraulich oder geheim. Das gilt auch für die in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Gipfeltreffen zwischen Primas Glemp und General Jaruzelski.

In der Bevölkerung, die in ihrer Masse dem Regime ablehnend oder gleichgültig gegenüber steht, findet der Dialog zwischen Staat und Kirche keineswegs immer das rechte Verständnis. Das böse Wort von der Kollaboration geht bereits um. In ihrer kritischen Haltung werden diese Kreise der Bevölkerung bestärkt, wenn, wie unlängst geschehen, die Kirche gegenüber dem Regime Zugeständnisse macht. So jedenfalls interpretiert man in der Bevölkerung den Ordnungsruf des Primas an jene Geistlichen, die von der Kanzel herab aus ihrer politischen Gesinnung kein Hehl machen.

Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß der Primas seine Entscheidungen und seine Handlungslinie gegenüber dem Regime sorgfältig mit dem polnischen Papst abstimmt. Auch der Papst weiß um die Notwendigkeit der Kompromisse mit Jaruzelski, dessen patriotische Gesinnung die Kirche nicht infrage stellt. Einzelheiten sind zwar bis heute nicht bekannt geworden, doch dürften bei den Begegnungen des Papstes mit Jaruzelski im vorigen Jahr in Polen entscheidende Weichen für die Zukunft des Landes gestellt worden sein. Eindeutig ist beispiels-

weise die inzwischen deutlich gewordene Abkehr der Kirche von Walesa und seiner Gewerkschaft „Solidarität“.

Übermäßige Begeisterung hatte die Gewerkschaft „Solidarität“ bei wesentlichen Teilen der Kirchenführung seinerzeit ohnehin nicht ausgelöst. Zwar waren Vertreter des „Klubs der Katholischer Intelligenz“ Mitglieder im Beraterstab Walesas, doch in dem Maße, wie sich die „Solidarität“ zu einer heterogenen Volksbewegung und keineswegs zu einer Gewerkschaft entwickelte, verlor die Kirche an Einfluß. Sie nahm zur „Solidarität“ eine mehr und mehr vorsichtige Haltung ein und versuchte zu bremsen.

Erstmals erregte die Kirche den Unwillen der streikenden Arbeiter, als Primas Wyszynski Ende August 1980 von Tschenstochau aus dazu aufforderte, den Streik abubrechen und an die Arbeitsplätze zurückzukehren. Gespräche, die Primas Glemp später mehrmals mit Walesa führte, sollten mäßigend wirken, hatten aber bei einigen Mitgliedern der „Solidaritäts“-Führung negative Reaktionen zur Folge, weil sie in ihnen Einmischungsversuche der Kirche sahen, die sie nicht akzeptieren wollten. Die Kirche, anders als die Führung der „Solidarität“, sah für das Land eine Katastrophe heraufziehen, der sie entgegenwirken wollte.

Vorsicht bestimmt auch heute die Haltung der Kirche. So ist man im Episkopat keineswegs glücklich über jene Geistlichen, vor allem aus der jüngeren Generation, die sich von der Kanzler herab offen noch immer zur „Solidarität“ und den von ihr vertretenen Idealen bekennen. Allesamt ohnehin keine Freunde des Regimes, nehmen viele Priester kein Blatt vor den Mund, wenn sie sich zur Lage im Lande äußern. Kein Wunder, wenn behauptet wird, daß die Behörden eine schwarze Liste von etwa 60 Priestern führen, die mit ihren Äußerungen Mißfallen erregt haben.

Nicht unbedingt begeistert sah die Kirche auch dem Treiben ihrer Gläubigen an den Blumenkreuzen zu. Dort wurde weniger gebetet, als vielmehr in Liedern und Aufschriften dem Regime der Widerstand angesagt. So regte sich denn auch von kirchlicher Seite keinerlei Protest, als erst das Blumenkreuz auf dem Siegesplatz und dann ein weiteres an der Annen-Kirche, nahe der Warschauer Altstadt, nächstens verschwanden.

Die Kirche hat in der derzeitigen schwierigen Lage des Landes kein Interesse an unnötiger Konfrontation mit dem Regime. Warum auch, wenn die Kirche heute unter Bedingungen agieren kann, wie sie in den Jahren nach dem Kriege noch nie bestanden haben. Die katholische Kirche in Polen genießt Freiheiten, von denen sie in anderen kommunistischen Ländern nur träumen kann. Es ist ihr gelungen, eine Machtposition zu erringen, bei der das Regime Zugeständnisse nicht verweigern kann.

Dies wird insbesondere deutlich bei der Realisierung des landwirtschaftlichen Hilfsprojekts der Kirche. Die Förderung der Privatbauern, die ja dieses Projekt zum Ziel hat, läuft der Ideologie der kommunistischen Partei total zuwider. Mehr noch: die Partei muß mit einer erheblichen Zunahme des kirchlichen Einflusses auf dem Lande rechnen, wobei unausgesprochen die Befürchtung besteht, daß als Ergebnis dieses verstärkten Einflusses die Forderung nach Gründung einer christlichen Partei oder einer christlichen Gewerkschaft erhoben werden könnte.

Für die zukünftige innenpolitische Entwicklung in Polen wird deshalb das landwirtschaftliche Hilfsprojekt der Kirche erhebliche Bedeutung erlangen. Kein Wunder, daß die orthodoxen Kräfte in der Partei diesen Plänen mit größter Reserve gegenüberstehen. Allerdings sind sie, derzeit jedenfalls, zahlenmäßig zu schwach, um dieses Projekt verhindern zu können, hinter dem Jaruzelski mit seiner auf Dialog und Verständigung ausgerichteten Politik steht.

13. Gespräch Willy Brandts mit dem Primas von Polen, Kardinal Józef Glemp, Warschau, Dezember 1985

Quelle: Vertrauliche Aufzeichnung, Betr.: Gespräch Willy Brandts mit dem Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, Warschau, 9. Dezember 1985 im Erzbischöflichen Palais, 15.13 bis 15.53 Uhr, Klaus Lindenberg, 20. Dezember 1985, AdsD Bonn Dep. H. Ehmke 1/HEAA000454

Teilnehmer: Kardinal Jozef Glemp, Primas von Polen

Erzbischof Dąbrowski, Generalsekretär der Polnischen Bischofskonferenz

Willy Brandt

Egon Bahr

Hans Koschnick

Horst Ehmke

Wolfgang Clement

Klaus Lindenberg

Eugen Selbmann

G.: [Józef Glemp] Er verweist auf den gemeinsamen Gottesdienst mit Kardinal Höffner in Trastevere und sagt, daß dies nicht nur für die Bischöfe wichtig gewesen sei, sondern auch für die beiden Völker.

Er fragt nach den Eindrücken des Besuches.

W. B.: [Willy Brandt] Es ist schwer, nach wenigen Tagen ein Urteil zu haben. Er verweist auf das Treffen mit Vertretern des Clubs der katholischen Intelligenz.

G.: Auch für die Kirchenführung sei es schwer, ein richtiges Bild zu bekommen. Man sei jedoch der Überzeugung, daß alles getan werden müsse, um über den Vertrag von 1970 hinauszukommen.

W. B.: Er sei in der Grenzfrage etwas direkter als Kardinal Höffner. Er sehe neue Chancen nach Genf. Er habe seinen Gesprächspartnern empfohlen, die Situation zu nutzen, sowohl in bilateraler Hinsicht als auch gesamteuropäisch. In den letzten Jahren sei die Stimme Polens leiser geworden. Es wäre gut, wenn sich dies ändern würde.

G.: „Ein europäischer Dialog muß kommen.“ Allerdings hänge er von „unseren Nachbarn“ ab.

Aber gerade Deutsche und Polen sollten die Chance nutzen, um zu einem „neuen Europa“ zu kommen.

„Wir müssen von der Wirklichkeit reden, wie sie heute ist.“

Man wäre W. B. dankbar, wenn er auf kirchliche Stellen in der Bundesrepublik Deutschland Einfluß nähme, damit auch sie nicht nur in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 denken.

Man wisse, daß die deutschen Friedhöfe und Gedenkstätten in Polen nicht in Ordnung seien. Von Seiten der Kirche gäbe es einen guten Willen, dies zu verbessern.

Die Kirche sei sich des „geistigen Guts“ der Deutschen in Polen sehr bewußt. Sie werde dies nicht ausklammern, im Gegenteil, sie lade dazu ein, in dieser Richtung einen neuen gemeinsamen Weg zu gehen.

W. B.: Es gehe in der Tat darum, nichts von dem zu relativieren, was mit dem Vertrag von 1970 vorgezeichnet wurde. Heute käme es besonders darauf an, junge Menschen in diesem Sinne zu motivieren.

Er fragt nach dem Entwicklungsfonds für die Landwirtschaft.

G.: Das Projekt werde wohl etwas bescheidener ausgestattet werden, als es ursprünglich gedacht war.

„Wir geben der Regierung alle Garantien, die wir geben können.“

1. Die Landwirtschaftsstiftung bedeutet keine Opposition zum Staat.
2. Die Kirche will in diesen Fragen nicht über dem Staat stehen und diesen bedrängen.
3. An diesem Beispiel zeigt sich, daß die Kooperation zwischen Kirche und Staat in Polen ein Präzedenzfall sein kann für den gesamten Ostblock.

4. W. B.: Er vermittelt seine Eindrücke von Gesprächen mit Jaruzelski zu diesem Thema. Das Projekt habe offenbar inzwischen bescheidenere Dimensionen angenommen, aber immerhin: „Man soll es versuchen.“

G.: Jaruzelski hat recht: das Projekt wird kleiner werden, aber dennoch: Die erwarteten Gelder werden ausschließlich für landwirtschaftliche Hilfe eingesetzt, und für nichts anderes. (Das gehört zu den Garantien, die die Kirche gegenüber dem polnischen Staat zu geben bereit ist.)

W. B.: Er fragt nach dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Polen zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

G.: Im allgemeinen hätten sich die Beziehungen in letzter Zeit, auch nach den Sejm-Wahlen, verschlechtert.

Aber es habe keine radikalen Eingriffe des Staates in die Angelegenheiten der Kirche gegeben.

Der Staat wolle, daß sich die Kirche seinen Gesetzen unterordnet. Das sei im Prinzip in Ordnung. Allerdings: die Kirche habe ihre eigene Stärke; es komme darauf an, sie zu nehmen, wie sie wirklich ist.

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sei sehr schwierig, aber es funktioniere. Die gemischte Kommission zwischen Staat und Kirche habe gute Arbeit geleistet.

Die wirklich wichtigen Dinge würden zwischen ihm, dem Kardinal und General Jaruzelski persönlich besprochen.

„General Jaruzelski ist sehr realistisch, was das Verhältnis zwischen Kirche und Staat betrifft. Dieser Dialog sollte nicht von außen durch Druck belastet werden.“

W. B.: Er berichtet über das Gespräch mit Vertretern des „Clubs der katholischen Intelligenz“.

G.: Der Dialog zwischen Kirche und Staat heißt auch: Ein Dialog muß zustande kommen zwischen Gewerkschaften und Staat.

W. B.: Er verweist darauf, daß es in humanitären Fragen einige Zusagen gegeben habe. Er erläutert die Mißverständnisse, die entstanden sind in seinem Briefwechsel mit Herrn Walesa und vor allem durch die unterschiedlichen offenen Briefe, die im Vorfeld seiner Reise an ihn gerichtet worden sind. Er bekräftigt seine Position, sich nicht auf Polemiken einzulassen, um sowohl die deutsch-polnischen Beziehungen als auch den innerpolnischen Prozeß der Normalisierung nicht zu belasten.

G.: „Der Prozeß geht nach vorne, aber er geht langsam.“

„Ich kenne den Untergrund zu wenig.“

Allerdings sei klar, daß ohne Außeneinflüsse der „Untergrund“ sich bis jetzt nicht hätte halten können. Er verweist auf die Sendungen der „Stimme Amerikas“.

„Als ich jung war, habe ich ‚Radio Freies Europa‘ auch gehört; inzwischen weiß ich, daß diese Sender nicht die objektive Wahrheit vermitteln.“

W. B.: Wenn nach Genf die Sowjetunion und die USA wieder intensiver reden, dann wäre es Unsinn, wenn Polen für die USA weithin als ein Ersatzgegner gelte; es gehe darum, die US-Politik gegenüber Polen zu ändern. Er fragt, ob die amerikanischen Bischöfe helfen könnten, einen gewissen Einfluß auf die amerikanische Regierung auszuüben.

G.: Das ist sehr schwierig. Die amerikanischen Bischöfe möchten helfen. Aber sie sind nicht nur Bischöfe, sie sind auch Amerikaner. In ihrem Werteverständnis spielt der Begriff der Freiheit, wie sie ihn in den USA erlebt haben, eine große Rolle.

Dennoch spielt diese Überlegung eine wichtige Rolle. Inzwischen gäbe es Anzeichen dafür, daß der Papst in dieser Richtung tätig werden könnte.

7. Januar 1986

14. Die wichtigsten politisch-kirchlichen Aspekte der Tätigkeit von Kardinal Józef Glemp, Dezember 1985

Quelle: Najważniejsze polityczno-kościelne aspekty działalności kard.[ynała] Józefa Glempa – prymasa Polski, w stosunku do PRL. Warszawa 18 grudnia 1985. AAN Warszawa KC PZPR XI A/1476, Bl. 48–57.

Die wichtigsten politisch-kirchlichen Aspekte der Tätigkeit von Kardinal Józef Glemp – Primas von Polen, im Verhältnis zur Volksrepublik Polen¹¹⁰ Warschau, 18.12.1985

Kardinal Józef Glemp, der aus einer Arbeiterfamilie eines Teilnehmers am Großpolnischen Aufstand stammt, Inhaber eines Dokortitels beider Rechte der Lateranuniversität in Rom, langjähriger enger Mitarbeiter von Kardinal Stefan Wyszyński, und dann Bischof des Ermlands und ab 1981 Erzbischof von Gnesen-Warschau, hat die Funktion des Vorsitzenden der Bischofskonferenz und des Primas von Polen in einer Zeit übernommen, die für das gesellschaftlich-politische Leben des Landes und der Kirche außergewöhnlich schwierig ist.

Darüber hinaus haben seine angeborenes schlichtes Auftreten und persönliche Bescheidenheit, die aus seiner introvertierten Persönlichkeit resultieren, sowie sein Vermeiden, sich im kirchlichen Leben in den Vordergrund zu drängen, in Verbindung mit der Missgunst vieler Anwärter auf das Amt des Primas bewirkt, dass er bereits von Anfang der Ausübung seiner neuen Funktion an auf abgeneigte Aufnahme der Bischöfe und breiter Kreise der Geistlichkeit stieß. Außerdem haben seine offene Haltung gegenüber dem Dialog mit den staatlichen Machthabern zugunsten einer Lösung schwieriger Fragen sowie seine Vorsicht im Verhältnis zu extremen Funktionären der „Solidarność“ Kritik und Druck bewirkt, die in den Mittel und in der Form nicht wählerisch waren, nicht nur von Seiten verschiedener inländischer Zentren, sondern auch ausländischer, die interessiert waren, die mangelnde politische Erfahrung des Primas zu nutzen, um ihn in politische Spiele einzubeziehen und eigene, gegen die Interessen der Nation gerichtete Ziele zu realisieren.

¹¹⁰ Ausarbeitung durch E.K., wahrscheinlich für die Abteilung Ausland des Zentralkomitees der PVAP.

Seine fehlende Kenntnis der vollständigen Lage und sein fehlendes politisches Gespür fanden Ausdruck darin, dass er an den kirchlichen Feierlichkeiten in Oliwa teilnahm, die gleichzeitig zur Eröffnung des I. Treffens der NSZZ „Solidarność“ stattfanden und dass er sogar bis zum 13.12.1981, da er teilweise nicht in der Lage war, auf die Haltung der „Solidarność“-Führer Einfluss zu nehmen, sich nicht aktiv ihrer Tätigkeit widersetzt hat.

In hohem Maße resultierte das aus seiner Benommenheit durch die neue persönliche Situation. Er hatte die komplizierte Lage im Lande und ihre äußeren Bedingungen nicht ganz verstanden, und wurde sich bewusst, dass er als Nachfolger von Kardinal S. Wyszyński, dessen Leben und Tätigkeit von großen Legenden umgeben ist, es mit Stil und Verhalten seines Vorgängers schwer aufnehmen könne. Gleichzeitig wurde ihm bewusst, dass es notwendig ist, sich in die Liste der bedeutenden Primasse von Polen einzuschreiben, nicht auf der Basis einer reaktiven Haltung, sondern im Geiste einer Philosophie des Dialogs und des Einanderentgegenkommens der Parteien. Schon da hat er verstanden, dass eine andere Haltung als diese ins Nichts führt.

Die ersten vertieften Reflexionen und Bewertungen der Tätigkeit der extremistischen Führer der „Solidarność“ kamen bei ihm jedoch kurz vor der Verhängung des Kriegszustands auf, nachdem sie sich der Umsetzung der Vereinbarungen aus dem Treffen: W. Jaruzelski – J. Glemp und L. Wałęsa entzogen hatten. Da schätzte er ihre Ziele treffend ein und zog sich von einer Unterstützung zurück, was im Übrigen zu seiner ausgewogenen Reaktion auf die Verhängung des Kriegszustands beitrug, die für die weitere Entwicklung der gesellschaftlich-politischen Situation im Lande günstig war sowie die internationale Reaktion auf dieses Ereignis beeinflusste. Die Haltung, die er zu diesem Zeitpunkt einnahm, war, objektiv betrachtet, sowohl für die Kirche als auch für die Machthaber als auch für ihn persönlich die beste. Seit diesem Zeitpunkt beginnt Kardinal J. Glemp, in Situationen großen Drucks bei Umbruchereignissen ein Staatsmann zu werden.

Diese gemäßigte und rationale Haltung des Primas hat viele gewaltsame Angriffe auf seine Person von Seiten des Untergrunds und verschiedener Zentren der ideologischen und politischen Zersetzung des Westens sowie kritische Bewer-

tungen mancher Kreise des polnischen Umfelds von Johannes Paul II. hervorgerufen. Diese kritischen Bewertungen und Angriffe sollten einen Wechsel des politischen Kurses von J. Glemp zu einem Kurs der offenen Konfrontation mit den Regierungen bewirken, was die Krise im Lande nur vertieft hätte. Die Beherrschung und Entschiedenheit des Primas haben nicht zu einer solchen Situation geführt, was viele Monate später sogar auch von seinen kirchlichen Feinden (sowohl im Vatikan als auch im Lande) ihm als großes Verdienst zur Rettung des Landes vor dem drohenden Bürgerkrieg und als Bestätigung angerechnet wird, dass seine Haltung nicht nur des Primas von Polen würdig war, sondern auch eines Staatsmannes von großem Format.

Während der Kriegszustand galt, konzentrierte sich die Tätigkeit von J. Glemp hauptsächlich darauf, die August-Verträge von 1980 zu realisieren. In diesen Aufrufen und Appellen berücksichtigte er jedoch die politischen Realien und die Spannungen im Lande, was im Grunde den Regierenden erleichtert hat, den Prozess der Normalisierung und Stabilisierung der gesellschaftlich-politischen Situation fortzusetzen. Seine systematischen Treffen und Gespräche mit General W. Jaruzelski und anderen Vertreter der Zentralmacht sowie die regelmäßigen Treffen der Gemeinsamen Kommission der Regierung der Volksrepublik Polen und des Episkopats trugen wesentlich zur Atmosphäre bei. Die Atmosphäre dieses ununterbrochenen Dialogs hat nicht nur die innere Situation günstig beeinflusst, sondern auch den Zustand unserer äußeren Bezugspunkte. Gerade während seiner Auslandsreisen formulierte J. Glemp eine beruhigende Deklaration und Äußerungen. Beachtenswert ist auch, dass er tätig war und weiterhin tätig ist, um die wirtschaftliche und politische Isolation zu durchbrechen, die auf Initiative der USA und anderer westlicher Länder eingeführt worden ist. Besonderen Ausdruck fand diese Haltung u.a. während seines kürzlich erfolgten Aufenthalts in den USA sowie während anderer Auslandsreisen in westliche Länder (Brasilien, Argentinien, Kanada, Frankreich, England, Italien und Bundesrepublik Deutschland) und in sozialistische Länder (DDR, Tschechoslowakei, Jugoslawien oder Ungarn). Überall dort förderte er durch seine Haltung das richtige Verständnis der im Lande ablaufenden Prozesse. Indem er jeweils dem Botschafter der Volksrepublik Polen einen Besuch abstattete, dementierte er auch sämtliche Meinungen und Spekulationen, die suggerieren, dass in der

Volksrepublik angeblich Spannungen zwischen den Machthabern und der Kirche bestehen. Im Ganzen hatte dies einen positiven Einfluss auf die schrittweise Änderung der Vorstellung der internationalen Öffentlichkeit von der Situation in unserem Lande. Unabhängig davon ist zu betonen, dass die Besuche des Primas in den sozialistischen Ländern objektiv gesehen auch der Annäherung zwischen der Volksrepublik und diesen Ländern gedient haben und sein Aufenthalt in der DDR z.B. die spektakuläre Bestätigung dessen war, dass zwei deutsche Staaten existieren. Somit hat er unsere offizielle Haltung in der deutschen Frage gestärkt. Es ist zu betonen, dass die Haltung des Primas in dieser Frage der offiziellen Haltung des Vatikans, der an einer Einigung Deutschlands interessiert ist, widerspricht. Bei dieser Gelegenheit ist zu unterstreichen, dass der Primas, in den grundlegenden Fragen: Grenzfrage, angebliche deutsche Minderheit in Polen, Herangehensweise an die Frage von Gottesdiensten in deutscher Sprache in Polen, die treffende Haltung gemäß der polnischen Staatsräson einnimmt, obwohl es in der Haltung des Primas in bezug auf das Episkopat der Bundesrepublik Deutschland gewisse Fehler politischer Natur gibt. Das fand vor kurzem besonderen Ausdruck, beim Treffen von Delegation beider Episkopate in Rom aus Anlass des 20. Jahrestags des bekannten Briefwechsels. Er erinnerte nämlich an das Abkommen von 1970 sowie an die Entscheidung des Vatikans von 1972, die Diözesangrenzen an die polnischen Staatsgrenzen anzupassen.

Auch in den weiteren Etappen des Auswegs aus der gesellschaftlich-politischen Krise beeinflusste die Haltung von Kardinal J. Glemp hinreichend, dass die kirchliche Basis für antisozialistische Elemente stark geschrumpft ist und ihre Anführer in hohem Maße das Vertrauen in die Leitung des polnischen Episkopats verloren haben, was hingegen die gewünschte Distanz zwischen Episkopat und Untergrund vertieft hat.

Diese Haltung des Primas wurde nicht immer von Johannes Paul II. geteilt, während die römische Kurie, die sich in polnischen Fragen weniger von emotionalen Einschätzungen leiten lässt, sich häufiger der Haltung von Kardinal J. Glemp anschloss.

Die Einschätzung des Papstes in Bezug auf den Primas wird von den Informationen und Suggestionen des sog. Krakauer Umfelds und insbesondere von Kard.

Fr. Macharski sowie der Gruppe rund um den Redakteur Jerzy Turowicz und des „Tygodnik Powszechny“ beeinflusst. Die Richtigkeit der Linie des Primas wurde in den Augen des Papstes teilweise erst infolge seines zweiten Polenbesuchs glaubwürdig.

Trotzdem wird Kard. J. Glemp weiterhin von vielen Bischöfen und Geistlichen, wegen seiner zu großen Unterwürfigkeit gegenüber den Regierenden kritisiert. Die neue, konservativere Zusammensetzung des Hauptrats des Episkopats scheint den Willen des Papsts und der Mehrheit der Bischöfe widerzuspiegeln, diese seine Tendenz zu beeinträchtigen, was nicht ohne Einfluss auf die weitere Ausbildung seiner politischen Persönlichkeit bleiben kann. Umso mehr, dass ihm weiterhin fälschlich vorgeworfen wird, er habe keine politische Gewandtheit oder gar Veranlagung, um Politik zu betreiben. Es wird auch behauptet, dass die vorläufige Linie des „gesunden Verstands“ des Primas in einer Zeit ausgeschöpft zu sein scheint, in der die Kirche für sich ehrgeizigere und langfristige Aufgaben formulieren sollte.

Die Vereinsamung des Primas in der Kirche wächst und das, obwohl die Kirche in seiner bisherigen Zeit als Primas für sich sehr viele günstige rechtliche Regelungen erlangt hat. Mehr noch, dieser Prozess wird sich vertiefen, wenn er denn nicht auf die Bahnen einer engen Realisierung der Linie von Kard. St. Wyszyński aus den siebziger Jahren gerät, was im Übrigen auch für ihn nicht so einfach wäre in einer Situation, in der der tatsächliche Primas Polens in Rom residiert und in Warschau nur seinen Statthalter hat.

Die letzten Reaktionen und Maßnahmen von Kard. J. Glemp verweisen immer mehr darauf, dass er seiner Funktion immer müder wird. Er scheint mehr als sonst bereit zu sein, sich mit der ihm auferlegten Rolle des „Statthalters“ abzufinden, was sich in den Beziehungen Staat-Kirche widerspiegelt und worauf die Haltung des Episkopats gegenüber den letzten Wahlen zu den Nationalräten und zum Sejm der Volksrepublik ein Hinweis sein kann.

Auf ein solches und nicht anderes Verhältnis Johannes Pauls II. und der großen Mehrheit des polnischen Episkopats zu Kard. J. Glemp hat zweifellos die Bewertung Einfluss genommen, dass er in vielen allgemeinen und besonderen Fragen (Versetzung von Pfr. M. Nowak, Verhältnis zu den Aktivitäten von Pfr.

J. Popiełuszko und den mit ihm verbundenen Ereignissen, Suche nach Berührungspunkte mit den Machthabern, Nichtzulassung des Beschlusses der Plenarkonferenz des Episkopats in der Sache des Wahlboykotts, Tätigen anderer Gesten vor den Machthabern) auf ein zu enges Zusammenwirken mit der polnischen Regierung setzt. Es wird ihm insbesondere vorgeworfen, dass sein spezifisches politisches Temperament und sein zu pragmatisches Verhältnis zur Frage des Dialogs mit den staatlichen Machthabern bewirken, dass er in der direkten Realisierung der päpstlichen Linie zu sehr Modifizierungen unterliegt, infolge dessen sich ihre Klingen abstupfen. Das wiederum schafft den ungünstigen Eindruck von außen, dass es zwei Linien gibt: die des Papstes und die des Primas.

In dieser Situation ist anzunehmen, dass von Seiten Johannes Paul II. sich die Einmischung in Fragen der Leitung der Kirche in Polen durch den Primas zu ihrer Übereinstimmung nicht nur mit den strategischen, sondern auch mit den taktischen Zielen weiterhin verstärken wird. Dieses (direkte und indirekte) Einwirken des Papsts auf die Kirche in Polen wird außerdem eine Verstärkung einer Opposition innerhalb des Episkopats und unter den Geistlichen gegenüber Kard. J. Glemp bewirken, in Verbindung mit seiner, wie es eingeschätzt wird, ungeschickten Realisierung der politisch-kirchlichen Linie der Apostolischen Hauptstadt gegenüber Polen. Das hingegen wird letztendlich, entgegen dem eigenen Willen, den Primas zu einer ständigen Korrektur seines praktischen Einwirkens mit dieser Linie in den Beziehungen Staat-Kirche zwingen. Daraus kann resultieren, dass seine offizielle Funktion im Episkopat in Disproportion mit den faktischen Berechtigungen bleiben wird.

Wie bisher versucht Kard. J. Glemp jedoch, sein Image als Staatsmann aufrecht zu erhalten, das er mit großer Entschiedenheit in den schwierigsten Jahren des Kriegszustands erarbeitet hat. Dort wo es möglich ist, versucht er, die staatlichen Machthaber zu unterstützen, z.B. bei der Realisierung des Prozesses, aktiv aus der aufoktroierten internationalen Isolation herauszukommen. Ein besonderer Ausdruck dessen war sein Verhalten in den USA, das in gewissem Sinne W. Jaruzelski den Verlauf seines Besuchs am Sitz der Vereinten Nationen in New York erleichtert hat und die Wählerstimmung bei den Wahlen zum Sejm positiv beeinflusst hat. Eine letzte, außerordentlich wesentliche Geste von Kard. J. Glemp ist das Interview für die italienische Presse, in dem er grundsätzlich und in einer

für die Machthabenden günstigen Weise die Sache von Pfr. J. Popiełuszko beleuchtet, was zur Schwächung der Möglichkeiten antisozialistischer Elemente und zur deutlichen Einschränkung der politischen Arbeit eines Teils der Geistlichkeit beitragen kann, wenn es darum geht, sich zu staatsfeindlichen Zwecken der Sache zu bedienen. Ähnlich wie vor dem zweiten Papstbesuch zeigt er auch jetzt Vernunft und Mäßigung in der Frage einer weiteren Reise ins Land Druck auszuüben.

Um auf die summarische Spezifizierung der Elemente überzugehen, aus denen sich die politisch-kirchliche Linie von Kard. J. Glemp zusammensetzt, ist zu betonen, dass er mehr die Hierarchie der Werte denn die Hierarchie der Prinzipien respektiert. Daher sind in seiner Taktik und Strategie gewisse Abweichungen von den Prinzipien zugunsten der Erzielung von Effekten für die Hierarchie der Werte möglich.

I. Verhältnis zur Frage des Dialogs mit den staatlichen Machthabern [H.i.O.]

1) Er nimmt positiv alle jene Maßnahmen der Regierungsseite auf, deren Intention es ist, die Verständigung und die Zusammenarbeit mit der Kirche auszuweiten sowie die Konfliktsphäre zu verengen. Gleichzeitig hat er Vorbehalte, ob sich auf der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung der gesellschaftlich-politischen Lage in Polen und der internationalen Lage die Kirche mehr gegenüber diesen Initiativen öffnen kann, ohne große moralische Verluste der Kirche im Ansehen der Gläubigen und eine Verringerung der Autorität des Episkopats in der Meinung der westlichen Welt zu fürchten.

2) Er meint, dass auf der gegenwärtigen Etappe das politische Hauptbetätigungsfeld der Kirche in Polen in Anstrengungen liegen sollte, den Atheismus vom Staat abzutrennen, was seiner Meinung nach Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit der Kirche mit den Machthabenden schaffen kann.

3) Er ist der Meinung, dass sich die Kirche in Polen aktiv an der Bildung von Brücken und der Verständigung zwischen Ost und West beteiligen sollte, selbst dann, wenn sich nicht alle diese Notwendigkeit bewusst sind. Mehr noch, hat er persönlich den Ehrgeiz, einen Beitrag in diesem Bereich zu leisten, u.a. durch Ausarbeitung eines konstruktiven Modells für die Beziehungen Staat-Kirche in einem sozialistischen Lande, das die Volksrepublik Polen ist.

4) Selbst verleiht er dem Streben nach einer Verengung des Dialogs mit den Machthabenden praktischen Ausdruck, indem er sich persönlich für diese Kontakte öffnet, nicht nur auf oberster Partei- und Staatsebene, sondern auch auf mittlerer Ebene.

II. Verhältnis zur gesellschaftlich-politischen Lage [H.i.O.]

1) Er kennt nicht nur die geopolitischen Bedingungen der polnischen Lage, sondern spricht sich auch für einen Realismus in unserer Innen- und Außenpolitik aus. Er steht auf dem Standpunkt, dass der Westen instrumentell an die polnischen Fragen herangeht und auf Kosten der polnischen Fragen danach strebt, eigene innere und äußere Interessen zu vertreten. Er meint, dass er Polen nur dann helfen könnte, wenn er [der Westen] weniger seine eigenen kurzsichtigen Interessen unter Betracht ziehen würde und mehr Ordnung in seine eigenen Strukturen bringen würde.

2) Er ist sich dessen bewusst, dass die gegenwärtigen weltweiten Probleme global auftreten und es für die jeweiligen Nationen oder Staaten unmöglich wird, sich von ihnen zu isolieren.

3) Er nimmt nicht nur die positiven, sondern auch die negativen Erfahrungen vom August 1980 und in deren Fortsetzung wahr. Ohne Illusionen behandelt er die Sache der „Solidarność“ und ihrer Möglichkeiten, wobei er ein großes Realitätsempfinden zeigt. Besonders negativ nimmt er die psychologischen Folgen dieser Ereignisse auf, denn „die Nation ist frustriert, resigniert und arbeitet schlecht“. Er meint auch, dass die Opposition viel durch ein fehlendes Realitätsempfinden verloren hat, da sie vor August 1980 gewisse Positionen im gesellschaftlichen Leben eingenommen hatte. Er nimmt auch gefährliche Elemente im Verhalten und in der Haltung der jungen Generation wahr, darunter auch der jungen Priester.

4) Er meint, dass die Kirche einen nicht instrumentellen Charakter haben muss. Sie sollte eine eigenständige, subjektive gesellschaftlich-politische Rolle spielen, indem sie Fürsprecher der Armen und Leidenden ist. In seinem Verständnis ist es die Rolle der Kirche, die Funktion eines Mentors und Lehrers des Menschen und der Welt auszufüllen. Er betont deutlich, dass die Kirche Vorbilder und Ver-

haltensmodelle des Menschen und der Gesellschaft sucht. Er meint, dass die Selbstbefreiung zu den Menschen gehört und die Befreiung der Gesellschaft die Aufgabe der Kirche ist. Damit ist die Verteidigung des Glaubens untrennbar verbunden. Jedoch in Bezug auf die Frage der nationalen Traditionen behält er eine größere Distanz als Kard. St. Wyszyński, da er „weltlicher“ ist.

5) Er glaubt, dass die Kirche außer der Verkündung des Evangeliums die Nation unterstützen sollte, vor allem in der Situation, „wenn das kein anderer tut“ und demnach die Menschenrechte und die Rechte der Schwachen und Verfolgten verteidigen. Er will zweifelsohne eine Verbesserung der Situation der Arbeitswelt und die „Behandlung der Nation als Subjekt“.

In Fragen unserer Ökonomie ist er kritisch. Er meint, dass „die weitere Aufrechterhaltung von ökonomischen Prinzipien, die entgegen der Natur sind, in die Katastrophe führt“.

6) Er ist der Meinung, dass die staatlichen Machthaber sich, früher oder später, davon überzeugen werden, dass der „grundlegende Fortschritt, um aus der Krise herauszukommen, nicht möglich ist, ohne ein Minimum der Verständigung mit der Nation, und dass es dazu in der einen oder der anderen Form kommen wird“. In der Praxis bedeutet das, dass von ihm jene Ebene der Verständigung ignoriert wird, die eine Initiative der PRON [Patriotische Bewegung für Nationale Wiedergeburt] darstellen, während er noch 1982 eine deutliche Unterstützung den von der OKON [Bürgerliches Komitee für Nationale Wiedergeburt] formulierten Zielen gewährt hat.

III. Verhältnis zur Frage der ideologischen Gefährdung für die Kirche. [H.i.O.]

1) Den Marxismus betrachtet er als staatliche Weltanschauung eines sozialistischen Staats, der unter dem Schild einer „angeblichen Wissenschaftlichkeit“ religiöse Überzeugungen eliminieren will. Er hat ein negatives Verhältnis zur weltlichen Kultur und eine daraus resultierende Ansicht über die Pflicht der Kirche, eine Katechese auf vielen Ebenen durchzuführen.

2) Aus dem negativen Verhältnis der Machthaber zur Religion und der lancierten Atheisierung resultieren – seiner Meinung nach – alle möglichen negativen

Folgen für die Nation. Er meint, dass das Böse aus dem eingeführten Prinzip der Trennung von Kirche und Staat und aus der Weltlichkeit des Staats kommt. Nach seiner Meinung müssen diese Prinzipien neu interpretiert werden, da „man Gott nicht in der Kirche einsperren kann“. Er glaubt auch, dass die Toleranz der staatlichen Machthaber einseitig auf die Verteidigung des Atheismus und nicht der Religiosität ausgerichtet ist.

3) Dass gegenwärtig in Polen vom offenen Kampf gegen die Religion abgesehen wird, interpretiert er als eine modifizierte Kampfstrategie, die eine Eliminierung des religiösen Glaubens zu einem späteren Zeitpunkt vorsehe. Das bildet ihm zufolge gewisse Konsequenzen, die für die Kirche günstig sind, da sie ein Durchdringen in manche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erleichtern. Indem der Moment der Konfrontation verschoben wird, werden sie jedoch nicht vollständig eliminiert.

4) Er glaubt, dass die Zugehörigkeit von Gläubigen zur PVAP eine Gefährdung für ihren religiösen Glauben darstellt und ungewisse Perspektiven für diesen schafft. Er meint auch, dass eine Aktivität der Gläubigen für das Land für sie schwere Dilemmata schaffen, da der Patriotismus eine Aktivität nahelegen würde. Das hingegen kann dazu beitragen, dass die religiösen Werte in der Zukunft eliminiert werden. Er behauptet, dass dieses Problem in verschiedenen Formen und Lebensbereichen Ausdruck findet, z.B. im Schulwesen, das verstärkt durch eine doktrinär dem Katholizismus fremde Richtung der Erziehung und Bildung weiterentwickelt wird. Aus dem „Register ideologischer Gefährdungen“ zieht er nur eine Schlussfolgerung: „Für uns gibt es keinen anderen Weg als das Christentum. Es gibt keine andere Alternative angesichts des Sozialismus“. Daher „muss man sich von den Systembelastungen befreien“ sowie sämtliche für die Kirche entstehenden Gefahren zu Ende untersuchen und überdenken.

5) Er ist Verfechter der sog. „Siegestheologie“, die von Johannes Paul II. während seines letzten Besuchs proklamiert worden ist, die im Volk die Überzeugung erzeugen soll, dass es zur Realisierung der Idee des „Siegs des Glaubens“, des „Siegs der Kirche“, berufen ist, als da „der Christ immer siegt“. (Das ist ein neues Element in der kirchlichen Doktrin, das unter polnischen Bedingungen mit den sog. „August-Ideen“ verbunden ist.)

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in der kirchlichen Linie Kard. J. Glemp die grundlegenden Elemente beibehält, die aus den päpstlichen Weisungen resultieren. In der Praxis jedoch stumpft er sie deutlich ab, da er unsere innere Lage realistisch einschätzt und auf dem Standpunkt steht, dort, wo es möglich ist, zu vermeiden, dass sie Ursache für ernsthafte Spannungen in den Beziehungen Staat-Kirche wird.

Zum Abschluss dieser Einschätzung ist auch zu erwähnen, dass Kard. J. Glemp es trotz seiner Anstrengungen nicht geschafft hat, für sich einen Zugang zu den vatikanischen Kreisen zu erarbeiten. Bisher ist er Mitglied von nur einer Kongregation (Kongregation für die Ostkirchen), während Kard. Fr. Macharski an den Arbeiten einiger sehr wichtiger Kongregation teilnimmt, darunter der Kongregation für die Bischöfe und des Rats für Öffentliche Fragen der Kirche. Auch der Anteil des Primas an Arbeiten der Kommission des Episkopats ist recht bescheiden. Er füllt nämlich nur die Funktion des Vorsitzenden der Kommission für die KUL [Katholische Universität Lublin], der Kommission für Polnische Institutionen in Rom und der Kommission „Iustitia et Pax“ aus.

Trotz der großen Anstrengungen seines nächsten Umfelds, die ausländischen Kontakte des Primas zu erweitern (die im Übrigen effektiv durch seine zahlreichen Reisen unterstützt wurden), ist es bisher noch nicht dazu gekommen, sein Prestige unter den führenden Hierarchen der allgemeinen Kirche aufzubauen, was im Grunde die Situation weder im Episkopat noch in der römischen Kurie erleichtert.

Aus der Analyse der Gesamthaltung von Kardinal J. Glemp und seinen bestimmten politisch-kirchlichen Möglichkeiten sowie außerdem aus der Analyse der politischen Lage im Episkopat und in der Apostolischen Hauptstadt geht die dringende Notwendigkeit hervor, erneut über die Frage nachzudenken, ob die staatlichen Mächte neue Richtungen, Formen und Inhalte einer Einflussnahme auf die kirchlichen Institutionen in Polen und im Vatikan einschlagen, mit Gedanken an eine Erhöhung der Effizienz dieser Einflussnahme. (Dieses Problem wird in einer weiteren Notiz dargestellt.)

Ausgearbeitet von E. K.

15. Mitteilung der 235. Plenumskonferenz des Polnischen Episkopats. Juni 1989

Quelle: Komunikat 235 Konferencji Plenarnej Episkopatu Polski [in:] Komunikaty Konferencji Episkopatu Polski 1945–2000, Jan Żaryn (Red.), Sekretariat Konferencji Episkopatu Polski, Pallottinum 2006, S. 344–345.

Am 16. und 17. Juni 1989 hat in Gościkowo-Paradyż im Gebäude des Priesterseminars von Landsberg/Warthe die 235. Plenumskonferenz des Polnischen Episkopats beraten. Die Beratungen wurden von Kardinal Józef Glemp, Primas von Polen, geleitet.

1. Die Bischöfe haben mit Dankbarkeit das apostolische Grußschreiben Johannes Paul II. entgegengenommen, das aus Anlass des fünfundzwanzigsten Jahrestags der Verkündung der Konzilskonstitution „Über die Heilige Liturgie“ (*Sanctae Eucharistiae Sacramentum Concilium*) herausgegeben wurde, und darüber beraten. Sie äußerten die Überzeugung, dass es ein neuer Impuls für die Fortsetzung der liturgischen Erneuerung in Polen wird.

Die Pilgerfahrt des Heiligen Vaters nach Skandinavien wurde besprochen, wobei ihr ökumenischer Charakter hervorgehoben und die Überzeugung geäußert wurde, dass die mutigen seelsorgerischen Anstrengungen des Heiligen Vaters in gegenseitigem Verständnis und der Annäherung der protestantischen Kirchen an die katholische Kirche Früchte tragen werden.

2. Die Oberhirten der Kirche in Polen haben mit Zufriedenheit den Beschluss des Sejms am 17. Mai 1989 über die Verabschiedung des Gesetzes über das Verhältnis des Staats zur Katholischen Kirche in der Volksrepublik Polen ebenso wie des Gesetzes über die Sozialversicherung der Geistlichen aufgenommen. Sie haben die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass diese Gesetze die Beziehungen der Kirche und des Staates zum Wohle der Gesellschaft formen werden. Sie hoffen, dass sie gemäß den Buchstaben des Gesetzes und gemäß dessen Geist, der ihre Vorbereitung begleitet hat, umgesetzt werden.

Die Konferenz hat ihren Dank an das kirchlich-staatliche Redaktionsteam für den enormen rechtlichen Beitrag zur Vorbereitung und zur endgültigen Redaktion dieser Gesetze zum Ausdruck gebracht.

3. Die Bischöfe haben aufmerksam und mit Sorge die aktuelle Lage im Land begutachtet. In Polen werden Veränderungen vorgenommen, es erfolgt eine bedeutsame politische und gesellschaftliche Aktivierung. Das sind positive Erscheinungsformen und sie sollten zu wirtschaftlichen Veränderungen führen, die notwendig sind, um das Schicksal von Millionen von Familien und Alleinstehenden zu verbessern. Alles, was in unserem Land passiert, sollte unter Respektierung der moralischen und gesellschaftlichen Ordnung vorgenommen werden. Die politischen und gesellschaftlichen Kräfte hingegen sollten bei ihrem Handeln Maß halten, Besonnenheit und Umsicht sowie ein tiefgehendes Gefühl der Verantwortung für das weitere Schicksal des Landes bewahren. Darin drückt sich unsere nationale und bürgerliche Reife aus, die bewirkt, dass der polnische Staat das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft erlangt.

Die Kirche wird die Veränderungsprozesse gemäß der katholischen Soziallehre begünstigen, unter Aufrechterhaltung der eigenen Identität und unter Umsetzung der ihr entsprechenden Mission am polnischen Volk.

Die Oberhirten der Kirche vertrauen der Geduldig Zuhörenden Mutter Gottes in Rokitno die schwierigen Fragen des Heimatlands an und rufen die Kapläne, Orden und Gläubigen zum ausdauernden Gebet um das gemeinsame Anliegen der Heimat der Polen.

[...]

Gościkowo-Paradyż, 17. Juni 1989 (PO 25/89)

Quellenverzeichnis

Archiv der sozialen Demokratie Bonn – AdsD

1. Willy-Brandt-Archiv – WBA*
 - a. Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums
 - b. Parteivorsitzender. Persönliche Korrespondenz
2. Helmut-Schmidt-Archiv – 1/HSAA*
3. Herbert-Wehner-Archiv – 1/HWAA*
4. Deposita und Nachlässe:
 - a. Egon Bahr – 1/EBAA*
 - b. Horst Ehmke – 1/HEAA*
 - c. Walter Polkehn – 1/WPAD*
 - d. Egon Selbmann – 1/ESAG*
5. SPD, Parteivorstand – SPD PV*

Archiwum Akt Nowych Warszawa – AAN* [Archiv der Neuen Akten Warschau]

Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej – IPN* [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken]

Literaturverzeichnis

- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Band III: 1. Oktober bis 31. Dezember 1981 (hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte), München 2012.
- Bingen, Dieter, Die offene Krise der Macht in Polen, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1981, S. 1–8.
- Bingen, Dieter, Die Rolle der Kirche und ihre Prioritäten in der Forderung der Arbeiter, in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklung nach den Streiks, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1980, S. 18–26.
- Boll, Friedhelm (Hrsg.), „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. 40 Jahre Deutsch-polnische Verständigung, Bonn 2006.
- Dominiczak, Henryk, Organy bezpieczeństwa PRL w walce z Kościołem katolickim 1944–1990 [Die Sicherheitsorgane der Volksrepublik im Kampf gegen die katholische Kirche 1944–1990], Warschau 2000.
- Dudek, Antoni/Gryz, Ryszard, Komuniści i Kościół w Polsce 1945–1989 [Die Kommunisten und die Kirche in Polen 1945–1989], Krakau 2003.
- Dudek, Antoni, Sutanny w służbie Peerelu [Soutanen im Dienste der VR], in: Karta 25, 1998, S. 110–114.
- Heep, Barbara D., Helmut Schmidt und Amerika. Eine schwierige Partnerschaft, Bonn 1990.
- Hering, Rainer, Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht? Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: AfS 51, 2011, S. 237–266.
- Hering, Rainer, „Aber ich brauche die Gebote ...“. Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Studien der Helmut Schmidt und Loki Schmidt-Stiftung, Band 8/9, Bremen, 2012.
- Holzer, Jerzy, Polen und Europa. Land, Geschichte, Identität, Bonn 2007.
- Keppeler, Johannes, Kirchlicher Lobbyismus? Die Einflussnahme der katholischen Kirche auf den deutschen Staat seit 1949, Marburg 2007.
- Kindziuk, Milena, Kardynał Józef Glemp. Ostatni taki Prymas [Kardinal Glemp. Letzter derartiger Primas], Warschau 2010.
- Kisielewski, Stefan, An dieser Stelle Europas. Ein Pole über Ost und West und andere Fragen von heute, München 1964.

- Krawczak, Tadeusz*, Der Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe in den Augen der Partei und des Sicherheitsdienstes, in: *Boll, Friedhelm/Wysocki, Wiesław/Ziemer, Klaus* (Hrsg.), Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009, S. 164–172.
- Krebs, Bernd/Wojtowicz, Andrzej*, Kościoły zakładnikami czasów. Kościoły protestanckie Niemiec i Polski w XX wieku. Z prac Komisji Historii Kościoła PRE i EKD 1989–1999 [Kirchen als Zeitgeiseln. Protestantischen Kirchen in Deutschland und Polen im XX Jh. Arbeiten der Historischen Kommission PRE und EKD 1989–1999], Warschau 2003.
- Kuhn, Hartmut*, Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999.
- Liedhegener, Antonius A.*, Macht, Moral und Mehrheiten. Die politische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960, Baden-Baden 2006.
- Madajczyk, Piotr*, Na drodze do pojednania. Wokół orędzia biskupów polskich do biskupów niemieckich w 1965 r. [Auf dem Weg zur Versöhnung. Über den Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe 1965], Warschau 1994.
- Materski, Wojciech* (Hrsg.), Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami [Polen 1939–1945. Personenverluste und Opfer der Repression unter zwei Besatzungen], Warschau 2009.
- Mechtenberg, Theo*, Polens Kirche im Jahr des Papstbesuches, in: Aktuelle Ostinformationen 15, 1983, 3–4, S. 2.
- Nayhauf, Mainhardt Graf von*, Helmut Schmidt. Mensch und Macher, Bergisch Gladbach 1988.
- Raina, Peter* (Hrsg.), Bronisław Dąbrowski, Ks[ia]dz Arcybiskup Dąbrowski w służbie Kościoła i narodu. Rozmowy z władzami PRL [Pfarrer und Erzbischof Dąbrowski im Dienste von Kirche und Volk. Gespräche mit den Machthabern der Volksrepublik Polen], Bd. 1: 1970–1981, Bd. 2: 1982–1989, Warschau 1995.
- Schmidt, Helmut*, Menschen und Mächte, Berlin 1987.
- Schmidt, Helmut*, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990.
- Schmidt, Helmut*, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, 2. Aufl., Berlin 1998.
- Solidarność – doświadczenie i pamięć. Praca przygotowana przez Ireneusza Krzemińskiego wraz z zespołem [Solidarność – Erfahrung und Gedächtnis. Forschungsarbeit vorbereitet durch Ireneusz Krzeminski und Team], Danzig 2010.
- Stachewicz, Krzysztof*, Dzieje ruchu „księży patriotów“ w Polsce Ludowej [Die Geschichte der Bewegung der „patriotischen Priester“ in der Volksrepublik Polen], in: Ethos 37, 1997, S. 219–231.
- Świder, Małgorzata*, „Humanitaryzm polityczny“? Niemiecka Federacja Związków Zawodowych (DGB) i pomoc dla Solidarności [Politischer Humanitarismus? Deutscher

- Gewerkschaftsbund und Hilfe für Solidarność], in: *Dies.* (Hrsg.), *Polityka i humanitaryzm, 1980–1989* [Politik und Humanitarismus, 1980–1989], Thorn 2010, S.125–152.
- Świder, Małgorzata, Kontakty SPD z Kościołem katolickim w Polsce. Lata 80. XX [Kontakte der SPD zur katholischen Kirche in Polen. Die 1980er Jahre] in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, 2011, Nr. 4, S. 39–56.
- Świder, Małgorzata, Privatreise oder Spezialmission? Herbert Wehner in Warschau – Februar 1982, in: *Przegląd Stosunków Międzynarodowych/The International Affairs Review* 152, 2007, H. 2, S. 133–139.
- Świder, Małgorzata, Willy Brand w Warszawie – grudzień 1985 rok [Willy Brandt in Warschau – Dezember 1985], in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka* 65, 2010, 2, S. 245–267.
- Świder, Małgorzata, Wizyta Herberta Wehnera w Warszawie w lutym 1982 roku w świetle sprawozdań Frakcji SPD [Der Besuch Herbert Wehners in Warschau im Februar 1982 im Lichte der Berichte der SPD-Fraktion], in: *Rocznik Polsko-Niemiecki* 16, 2008, S. 72–94.
- Trzcielińska-Polus, Aleksandra, Pomoc RFN dla Polski i Polaków w latach 1980–1983 (na podstawie dokumentów Bundestagu 9. kadencji) [Hilfe der Bundesrepublik für Polen und die Polen in den Jahren 1980–1983 (auf Grundlage der Dokumente der 9. Legislaturperiode des Bundestags)], in: Świder, *Małgorzata* (Hrsg.), *Polityka i humanitaryzm 1980–1989*, Thorn 2010, S. 153–174.
- Wołoszyn, Witold J., „Walczyć o dusze młodzieży“. Zmagania Związku Młodzieży Polskiej z Kościołem katolickim na Lubelszczyźnie 1948–1957 [„Um die Seelen der Jugend kämpfen.“ Der Kampf des Bunds der Polnischen Jugend gegen die katholische Kirche im Lubliner Land 1948–1957], Lublin 2009.
- Żaryn, Jan, Kościół a władza w Polsce [Kirche und Macht in Polen], Warschau 1997.
- Żaryn, Jan, Kościół katolicki a „Solidarność“ w latach 1980–1981 [Die katholische Kirche und die „Solidarność“ in den Jahren 1980–1981], in: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej* 118–119, 2010, S. 151–154.
- Żaryn, Jan, Kościół w PRL [Kirche in der Volksrepublik Polen], Warschau 2004.
- Żurek, Jacek, Ruch „księży patriotów“ w województwie katowickim w latach 1949–1956 [Bewegung der „patriotischen Priester“ in der Wojewodschaft Kattowitz in den Jahren 1949–1956], Warschau/Kattowitz 2009.
- Żurek, Robert, Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe von 1965, in: *Boll, Friedhelm/Wysocki, Wiesław/Ziemer, Klaus* (Hrsg.), *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009, S. 67–76.

Zu der Autorin

Małgorzata Świder – Historikerin, studierte in Opole, Köln und Dortmund, 2001 promoviert bei Professor Dr. Herbert Hömig (Köln/Dortmund). Ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung. Seit Oktober 2001 Mitarbeiterin des Historischen Instituts der Universität in Opole. Ihre wissenschaftlichen Interessen und Forschungsschwerpunkte sind: deutsch-polnische Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Schlesien nach 1945, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie und ihre Beziehungen zu Polen.

Świder ist Autorin und Herausgeberin mehrerer Publikationen, unter anderem: Die sogenannte Entgermanisierung im Oppelner Schlesien in den Jahren 1945–1950, Lauf 2002; Z perspektywy Bonn. Przemiany polityczne w Polsce w latach 1980–1989, Thorn 2011; (Hrsg. mit Danuta Kisielewicz), Marzec’68 z czterdziestoletniej perspektywy, Opole 2009; (Hrsg.) Młodzież kontra system. Rola młodzieży w walce o niepodległość 1945–1989, Opole 2009; Das Bild der Deutschen in der polnischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und seine Instrumentalisierung, [in:] „Tudas Menedzment“, Oktober 2011, S. 42–53; (mit Friedhelm Boll), The FRG: Humanitarian Support without Big Publicity, [in:] Idesbald Goddeeris (Hrsg.), Solidarity with Solidarity, Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, New York/Toronto etc. 2010, S. 159–189; Die Minderheitenpolitik Polens auf dem Weg zur Normalität. Der Fall der deutschen Minderheit, [in:] Moritz Brunn/Frank Ettrich/Jan Henrik Fahlbusch u.a. (Hrsg.), Transformation und Europäisierung. Eigenarten und (Inter-)Dependenzen von postsozialistischem Wandel und Europäischer Integration, Berlin 2010, S. 223–240.

Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

Zuletzt sind erschienen:

Heinrich-August Winkler

Die Ehre der deutschen Republik. Zum 80. Jahrestag der Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 28 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 100)

ISBN 978-3-86498-502-7

Volker Weiß

Moses Hess (1812–1875). Leben, Werk und Erbe eines rheinischen Revolutionärs. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 99)

ISBN 978-3-86498-423-5

Klaus Schönhoven

Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Sozialen Demokratie, 2013. – 39 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 98)

ISBN 978-3-86498-408-2

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 129 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 97)

ISBN 978-3-86498-410-5

Mike Schmeitzner

Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 50 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 96)

ISBN 978-3-86498-153-1

Marc Buggeln

Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 170 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 95)

ISBN 978-3-86498-090-9

Helga Kutz-Bauer/Max Raloff

Aufstieg durch Bildung. Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 80 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 94)

ISBN 978-3-86498-054-1

Tim Völkerling

„Flucht und Vertreibung“ ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauerausstellung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Diskussion. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 73 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 93)

ISBN 978-3-86872-970-2

Meik Woyke (Hrsg.)

50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 56 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 92)

ISBN 978-3-86872-819-4

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 74 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 91)

ISBN 978-3-86872-690-9

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 92 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 90)

ISBN 978-3-86872-644-2

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 36 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 89)

ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 88)

ISBN 978-3-86872-412-7

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 60 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 43 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9